



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Imperialismus-Strategien am Beispiel der Österreicher im Sudan

Das Zusammenspiel kolonialer Akteure in Peripherie und Metropole
am Beispiel der Österreicher im Sudan im 19. Jahrhundert

Verfasser

Philipp Weingartshofer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Afrikanistik

Betreuer:

ao. Prof. Mag. Dr. Michael Zach

Danksagung

Mein Dank gilt der unvergleichlichen Gemeinschaft der Lehrenden und Studierenden an der Afrikanistik in Wien. All diese vielen Menschen waren es, die mich motivierten, die Afrikanistik zum Hauptgegenstand meiner Studien zu machen. Wir führten stundenlange Diskussionen und tauschten Ideen über verschiedenste wissenschaftliche Problemstellungen aus, feierten Feste, organisierten JungforscherInnenkonferenzen und Filmabende. Diese Gemeinschaft gab mir die Ideen, die hinter dieser Arbeit stecken. Und sie gab mir wertvolle Momente, die mich mein ganzes Leben begleiten werden. Danke Christine und Alexander, Claudia und Kerstin, Akin, Ulli, Inge, Birgit, Daniela, Arno, Walter und all die anderen!

Ein besonderer Dank gilt meinem Betreuer Dr. Michael Zach, der nicht nur durch seine Lehrveranstaltungen mein Interesse für das behandelte Forschungsgebiet geweckt hat, sondern mir auch während des Erstellens der Diplomarbeit zur Seite stand und mit dem ich lange, sehr fruchtbare Diskussionen über die Österreicher im Sudan führen konnte.

Meine Partnerin Mag. Birgit Zuba war eine große Stütze, die die Fertigstellung der Arbeit überhaupt erst ermöglichte. Sie las die Arbeit korrektur und gab mir immer wieder neue Denkanstöße. Ihre größte Leistung war aber, mich durch die Hochs und Tiefs, die der Autor einer wissenschaftlichen Arbeit zwangsweise erlebt, zu begleiten, und mich immer wieder zum Weitermachen zu motivieren. Danke!

Meinen Eltern danke ich dafür, dass sie mir das Studium ermöglicht haben.

Inhalt

1.	Einleitung.....	1
2.	Methode und Aufbau der Studie	5
3.	Zum Phänomen <i>Österreicher im Sudan</i>	9
4.	Warum trat das Phänomen <i>Österreicher im Sudan</i> in den 1820er Jahren auf?	16
4.1	Das ausgehende 18. Jahrhundert in Europa	16
4.2	Die Französische Revolution	19
4.3	Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Österreich.....	23
4.4	Die Industrielle Revolution	24
4.5	Europa nach der Doppelrevolution	31
4.6	Europäische Expansion und weltweite Dominanz – der Imperialismus	34
4.7	Veränderungen in Österreich	45
4.7.1	Der österreichische Weg zur Industrialisierung.....	46
4.7.2	Die Entwicklung rationaler Staatsziele.....	49
4.7.3	Landwirtschaft und Privatkonsum: die Basis der Industrialisierung	51
4.7.4	Energie- und Verkehrsprobleme	52
4.7.5	Österreichs Außenhandel.....	54
4.7.6	Wirtschaftliche und politische Entwicklung Österreichs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.....	60
4.8	Das Osmanische Reich vor 1789	62
4.9	Das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert.....	66
4.10	Ägypten als afrikanischer Schnittpunkt zwischen Asien und Europa.....	69
4.11	Europas Bild von Ägypten	70
4.12	Modernisierung in Ägypten.....	72
4.13	Muhammad Ali.....	73
4.13.1	Machtergreifung.....	73
4.13.2	Reformen des Militärs	74

4.13.3	Industrialisierung und Investitionen in die Infrastruktur.....	75
4.13.4	Annexion des Sudan durch Ägypten.....	79
4.14	Ägyptens Weg in Staatsbankrott und Fremdbeherrschung.....	83
4.15	Wirtschaftliche Aktivitäten im Sudan.....	84
5.	Die Men on the Spot und das offizielle Österreich	88
5.1	Verbindungen Wien-Khartum	88
5.2	Die europäische Community in Khartum.....	93
5.3	Österreicher im Sudan: Die Händler	98
5.3.1	Die Gründung des Österreichischen Konsulates in Khartum.....	98
5.3.2	Das Konsulat unter Konstantin Reitz	101
5.3.3	Das Konsulat unter Reitz‘ Nachfolgern	104
5.3.4	Der Sueskanal und die Auswirkungen auf den Sudan	107
5.3.5	Exkurs: Der Kolonialplan von Ignaz Pallme.....	110
5.3.6	Exkurs: Franz Binder – der einzige, der wirklich reich wurde?.....	115
5.4	Die Verbündeten in der Metropole: Der maritime Interessenskomplex.....	116
5.4.1	Die österreichische Handelsschifffahrt	116
5.4.2	Die Kriegsmarine	126
5.5	Die zentralafrikanische Mission	128
5.6	Die Missionsvereine in Österreich	134
6.	Schlussbetrachtung.....	136
7.	Literatur	142
8.	Kurzfassung (deutsch).....	147
9.	Abstract (english)	148

1. Einleitung

Im 19. Jahrhundert hielten sich etliche Bürger der Habsburgermonarchie im Gebiet des heutigen Sudan und Südsudan sowie deren Nachbarländern auf. Sie alle, und auch die Angehörigen anderer Staaten, die sich unter den Schutz des Habsburgerreiches stellten, werden in der Forschung oft der Einfachheit halber als *Österreicher im Sudan* zusammengefasst. Sowohl der Begriff *Österreicher* wie auch der Begriff *Sudan* sind also im weitesten Sinne zu interpretieren.

Viele dieser *Österreicher im Sudan* veröffentlichten im Anschluss an ihren Aufenthalt in Nordostafrika literarische Berichte über ihre Reisen, um ihren gesellschaftlichen Status und ihre finanzielle Lage zu verbessern. Einige von ihnen hatten jedoch eine akademische Ausbildung genossen und begaben sich primär zu Forschungszwecken in die Region. Zu dieser Gruppe gehört auch der Wiener Ägyptologe Simon Leo Reinisch, der 1875/76 in den Sudan reiste und als Begründer der Afrikanistik an der Universität Wien gilt.

Reinisch hatte Jahre vor seiner Sudanreise mit seinem Werk *Die ägyptischen Denkmäler auf Schloss Miramar* (1865) einen der ersten Beiträge österreichischer Wissenschaftler zur Ägyptologie verfasst. 1868 wurde er zum ersten außerordentlichen Professor für Ägyptologie an der Universität Wien ernannt. Im Laufe seiner weiteren wissenschaftlichen Tätigkeit widmete sich Reinisch der Linguistik, überschritt bald die von den Europäern imaginierte Grenze zwischen Ägypten und Afrika und erforschte auf seinen Reisen Sprachen südlich des zweiten Nilkataraktes, darunter Afar, Bedauye, Somali und Nubisch (Sommerauer 2010:6).

Das Heraustreten aus dem ägyptologischen Schatten und der Sprung zur Arealwissenschaft gelang der Wiener Afrikanistik mit Hans G. Mukarovskys ersten Publikationen zur afrikanischen Zeitgeschichte in den 1960er und 1970er Jahren (Sommerauer 2010:11). Mit der Ernennung von Inge Hofmann zur außerordentlichen Professorin 1983 wurde der Wiener Sudan-Schwerpunkt weiter ausgebaut. Hofmann publizierte vor allem im Bereich der Meroitistik, der Forschung über das historische Reich von Meroe

im Gebiet des heutigen Sudan (Sommerauer 2010:12). Auch der aktuelle Vizedekan der Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und Institutsvorstand des Instituts für Afrikawissenschaften, wie die Wiener Afrikanistik seit 2007 nunmehr heißt, Michael Zach, hat seinen Arbeitsschwerpunkt im Sudan.

Diese eng mit dem Sudan verwobene Geschichte des Wiener Afrikanistikinstitutes spiegelt sich auch im wissenschaftlichen Output in Form von Publikationen wider. Viele Werke zu den Österreichern im Sudan sind am Wiener Institut für Afrikanistik selbst entstanden oder wurden von Absolventen der Wiener Afrikanistik verfasst. In seinem 1985 erschienenen Werk *Österreicher im Sudan* gibt Zach einen Überblick über die individuellen Biographien der Österreicher, die sich zwischen 1820 und 1914 im Sudan aufhielten (Zach 1985). Ebenfalls in einem Literaturüberblick zu diesem Thema zu nennen ist die Dissertation von Mario Gritsch, der die Beziehungen Österreichs zum Sudan darstellt (Gritsch 1975). Unter den Werken zu einzelnen Österreichern zu erwähnen sind die Dissertation von Elisabeth Flandorfer zu Rudolf Slatin (Flandorfer 1971) und Dorothea McEwans Werk über die katholische Mission (McEwan 1988). Den Autoren jener Zeit haben wir die Aufarbeitung vieler Archivquellen und somit das Einfließen dieser Quellen in den wissenschaftlichen Diskurs zu verdanken. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass diese Werke eher deskriptiven Charakter besitzen.

In den letzten Jahren erschienen viele Werke, die nicht mehr die Darstellung des Ganzen, sondern die Analyse kleiner Teilbereiche zum Ziel hatten. Zu nennen sind hier Zachs spätere Werke, wie zum Beispiel sein Artikel über Ignaz Pallme (Zach 2007b), Endre Stiansens Artikel über den Händler Franz Binder (Stiansen 2007), Kathrin Kornfeinds Diplomarbeit über Ernst Marno (Kornfeind 2004) oder Gabriela Neverils Diplomarbeit, die verschiedene Reiseberichte quellenkritisch untersucht hat (Neveril 1999).

Das Phänomen *Österreicher im Sudan* wurde, wie soeben dargestellt, umfassend dokumentiert und vielfach analysiert. Allerdings: Es wurde bisher kaum untersucht, warum es überhaupt zu diesem Phänomen kam. Zumindest ist mir bisher kein Werk bekannt, das seinen Fokus darauf gelegt hätte. Genau das ist die Lücke in der Forschung, die ich mit dieser Diplomarbeit ein wenig verkleinern möchte. Da zur Entstehung des Phänomens vielfältige Interdependenzen und Interaktionen zwischen Peripherie und Metropo-

le beitrugen, bot es sich an, diese Analyse chronologisch ein wenig weiterzuführen, und damit auch gleich offizielles staatliches Engagement an der Peripherie zu erklären.

Roger Owen, ein britischer, auf den Nahen Osten spezialisierter Historiker, hat in den *Studies in the Theory of Imperialism* einen Satz geschrieben, der für mich wie kein anderer das Forschungsinteresse der Geschichtswissenschaft definiert. Er schrieb über die Anliegen der Historiker: „*Their primary concern is **why** something happened **when** it did.*“ (Owen 1972b:3, Hervorhebung durch den Autor).

Mein Forschungsanliegen ist es deshalb herauszufinden,

- warum das Phänomen *Österreicher im Sudan* in den 1820er Jahren auftrat und
- warum sich neben den *Men on the Spot* auch das offizielle Österreich vor Ort im Sudan engagierte.

Im 19. Jahrhundert expandierten viele europäische Staaten und brachten außereuropäische Gebiete unter ihre Kontrolle. Am Ende des 19. Jahrhunderts war die gesamte Welt politisch und militärisch komplett von Europa dominiert (Hobsbawm 1996b:25). Österreich zählte zwar nicht zu den Mächten, die sich an vorderster Front außerhalb Europas engagierten und erwarb auch nicht dauerhaft Gebiete in Übersee, war aber trotzdem ein Teil des expandierenden Europas, und damit des so genannten kollektiven Imperialismus. Österreich konnte als europäische Großmacht, auch wenn es selbst keine Kolonien besaß, die Expansionspolitik nicht ignorieren, da es in Europa selbst nicht an Einfluss verlieren wollte. Außerdem nahmen Österreicher für andere Länder an kolonialen Vorhaben teil und bereiteten teilweise durch ihre Expeditionen die Gebiete für die koloniale Inbesitznahme durch andere Länder vor. So trug auch Österreich beziehungsweise einzelne Österreicher zu den Ungerechtigkeiten und Verbrechen bei, die im Zuge von Imperialismus und Kolonialismus weltweit an verschiedenen Gesellschaften begangen wurden (Sauer 2007:77f).

Meine Forschungshypothese lautet, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Österreich, gepaart mit den Ideen der Revolutionen am Anfang des 19. Jahrhunderts begünstigte, dass Bürger der Habsburgermonarchie ihr Glück im Ausland suchten. Verschiedene Faktoren waren für die Anziehungskraft der Rotmeerregion für Reisende

und Auswanderer bestimmend. Die Besetzung des Sudan durch ägyptische Truppen erleichterte das Reisen in den Sudan. Dort angekommen, versuchten die *Men on the Spot* europäische Staaten zu einem Engagement vor Ort zu bewegen, da ihnen dies persönliche Vorteile verschaffen würde. Um Österreich zu einem Engagement im Sudan zu bewegen, hatten die *Men on the Spot* Verbündete in der Metropole, die die offizielle Politik Österreichs im imperialistischen Sinne beeinflussten. Aufgrund dieser Beeinflussung errichtete Österreich schließlich ein Konsulat in Khartum. Dieses Konsulat sollte 1871 wieder geschlossen werden, da eine Protektion der katholischen Mission nach ihrer Aufhebung 1862 nicht mehr erforderlich war, ein wirtschaftlicher Niedergang in Khartum einsetzte und durch die Eröffnung des Sueskanals 1869 der Sudan seine Bedeutung für Österreich verlor. Da sich der zu jenem Zeitpunkt amtierende Konsul Martin Hansal bereit erklärte, als Honorarkonsul weiterzuarbeiten, blieb das Konsulat noch als Honorarkonsulat bestehen, bis Khartum 1885 von den Truppen des Mahdi erobert wurde.

Vor dem geschichtlichen Hintergrund des 19. Jahrhunderts liegt es nahe, die Hypothesen anhand von Imperialismustheorien zu prüfen. Beim Recherchieren fiel mir auf, dass ein wirtschaftshistorischer Zugang zu diesem Thema in der afrikawissenschaftlichen Literatur nicht zu finden ist. Das Ziel dieser Diplomarbeit ist, mithilfe von sozioökonomischen Imperialismustheorien und wirtschaftshistorischer Literatur zu Österreich im 19. Jahrhundert die Ursachen für das Auftreten der Österreicher im Sudan, das Engagement des offiziellen Österreichs und das Verschwinden der Österreicher zu erklären. Dieser Zugang mag ein ungewöhnlicher im Feld der Afrikawissenschaften sein, da es in dieser Arbeit weniger um Afrika oder Handlungen von Afrikanern, sondern viel mehr um europäische Geisteswelten, Industrialisierung und Politik geht. Er erschließt allerdings viel für den afrikawissenschaftlichen Diskurs neue Literatur. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf den Faktoren in Afrika und Europa, die das Phänomen *Österreicher im Sudan* herbeiführten und wieder beendeten. Es ist nicht das Ziel, die Aktivitäten der Österreicher im Sudan selbst einer Analyse zu unterziehen. Ich habe die Österreicher im Sudan als Fallbeispiel für die Auswirkungen des Imperialismus gewählt, weil das Phänomen sehr gut abgrenzbar ist und außergewöhnlich detailliert dokumentiert wurde.

2. Methode und Aufbau der Studie

Die in der Einleitung dargestellte Forschungshypothese entspricht der aktuellen Strömung in der Geschichtswissenschaft, die Gesellschaft als zentrale Kategorie der Geschichtswissenschaft zu begreifen, aber trotzdem dem Individuum Platz für eigenmotivierte Handlungen einzuräumen. Diese Position ist eine Weiterentwicklung der materialistischen Geschichtsphilosophie, die von Karl Marx und Friedrich Engels begründet wurde. Sie spricht den Menschen als Akteuren individuellen Handlungsspielraum ab, und sieht daher die gesellschaftliche Struktur als einzig sinnvollen Untersuchungsgegenstand der Geschichtswissenschaft. So schrieben Marx und Engels: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“ (Marx und Engels 1989:Bd. 2 503 zit. nach Jordan 2009: 26).

Auf der anderen Seite steht die Auffassung der Geschichtswissenschaft als *historia rerum gestarum* – der Geschichte „als Erzählung von den geschehenen Taten und Dingen“ (Jordan 2009:17). Diese Erzählungen orientieren sich meist an einzelnen Taten einzelner Personen und an Jahreszahlen. Genau mit dieser Art der Geschichtsschreibung wollte die materialistische Geschichtsphilosophie aufräumen, da keine Geschichte der Menschen oder der Gesellschaften, sondern eine Geschichte derer, die sie beherrschten, geschrieben wurde.

Trotzdem kann ein quellenbeschreibendes, Fakten aufzählendes Vorgehen sinnvoll sein, wenn es um die Erstaufarbeitung eines Forschungsthemas, um das Erschließen der Quellen für die *Academic Community* geht, wie Bairu Tafla im Vorwort zu *Ethiopia and Austria* meint: „*As in the earlier work of its kind, the methodological approach must necessarily be to establish historical facts rather than to present an argumentative exposition, as many would have found fashionable.*“ (Tafla 1994:13). Ähnlich verorte ich die bisherige Literatur zu den Österreichern im Sudan: Die bisher arbeitenden Historiker haben dankenswerter Weise die Aufgabe übernommen, die Quellen zu lokalisieren und einem weiteren Kreis von Historikern zugänglich zu machen. Davon profitiere ich jetzt, indem ich mich auf die Analyse der publizierten historischen Fakten konzentrieren kann.

In dieser Diplomarbeit arbeite ich ausschließlich mit Sekundärliteratur. Diese Vorgehensweise kann leicht dazu führen, dass Fehler, die ein Historiker vom anderen abgeschrieben hat, von mir weiter abgeschrieben werden. Trotzdem denke ich, dass bei entsprechend kritischer Überprüfung der Quellen auch eine auf Sekundärliteratur basierende Arbeit einen qualitativ guten Beitrag zum afrikawissenschaftlichen Diskurs liefern kann.

Bei den Methoden zur Erprobung meiner Forschungshypothese orientiere ich mich an den Leitlinien der *Neuen Kulturgeschichte* (Jordan 2009:175-213), die postuliert, dass zwar nach wie vor die Gesellschaft die zentrale Kategorie der Geschichtswissenschaft zu bleiben habe, der Bedeutung von Individuen als Handlungsträger jedoch ausreichend Platz eingeräumt werden müsse (Jordan 2009:178). Für mich ist die Neue Kulturgeschichte damit die Klammer, die die Individuen wieder in die Geschichtswissenschaft zurückbringt, ohne den Fokus von der Gesellschaft als bestimmendes Element der Untersuchung zu nehmen.

Die vorliegende Arbeit ist eine hermeneutische Literaturarbeit. Über die Methode der qualitativen Textanalyse vor allem von Quellen, die bisher noch nicht aus afrikahistorischem Blickwinkel betrachtet wurden, sollen Erklärungsmöglichkeiten für die bereits beschriebenen Phänomene gefunden werden. Die Quellen bestehen hauptsächlich aus wirtschaftsgeschichtlicher Sekundärliteratur. Neben den international anerkannten Standardwerken zur europäischen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts liegt der Schwerpunkt auf Literatur zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Gleichzeitig führt meine Arbeit diese Quellen neu in den afrikawissenschaftlichen Diskurs ein, da sie bis auf wenige Ausnahmen bisher nicht für afrikawissenschaftliche Arbeiten herangezogen wurden.

Zur Analyse dieser Quellen ziehe ich verschiedene Theorien, vor allem Imperialismustheorien, die ich für die Beantwortung der jeweiligen Fragestellung für sinnvoll erachte, heran. Wie in der Geschichtswissenschaft üblich, erfolgt eine durchgängige kritische Analyse, während historische Veränderungen beschrieben werden (Osterhammel 2011:18).

Am Beginn der Arbeit (Kapitel 3 „Zum Phänomen *Österreicher im Sudan*“, Seite 9) gebe ich einen ereignisgeschichtlichen Überblick über die Eingliederung des Sudan in das europäische Weltsystem sowie über die Österreicher im Sudan. Dieser Überblick bietet die Grundlage für den Hauptteil meiner Diplomarbeit, in dem ich meine Hypothesen prüfe.

Ich beziehe mich in meinen Untersuchungen zur ersten Forschungsfrage auf *Eric Hobsbawms These von der Doppelrevolution*, die er in seinem Werk zum 19. Jahrhundert vertritt. Hobsbawms These besagt, dass die Industrielle Revolution in Großbritannien und die Französische Revolution gemeinsame Wurzeln hätten. Diese Doppelrevolution wäre die Ursache für die Veränderungsprozesse im 19. Jahrhundert, die Europa wirtschaftlich und militärisch so mächtig machten, dass es am Ende des Jahrhunderts die Welt dominierte. Ein Teil der These von der Doppelrevolution gilt heute als überholt. Die beiden Revolutionen haben keine gemeinsamen Wurzeln – oder zumindest ist das nicht so eindeutig, wie Hobsbawm meinte (Osterhammel 2011:776). Die Bedeutung, die Hobsbawm der Industrialisierung in Großbritannien und der Französischen Revolution auf die weitere Entwicklung Europas beimisst, ist hingegen bis heute unwidersprochen und wird explizit auch in jüngeren Werken als Stand der Wissenschaft angeführt (Revel 2003). So nennt auch Osterhammel Hobsbawms Werk zum 19. Jahrhundert „*eine der besten Gesamtdarstellungen Europas seit der Französischen Revolution*“ (Osterhammel 2011:89).

Die vorliegende Arbeit bedient sich der Thesen Hobsbawms, um die Auswirkungen der Industriellen Revolution und der Französischen Revolution auf Österreich und den Sudan zu erklären, und bezieht sich damit auf jene Bereiche der These von der Doppelrevolution, die heute noch als gültig angesehen werden.

Am Beginn des ersten Hauptteils (Kapitel 4 „Warum trat das Phänomen *Österreicher im Sudan* in den 1820er Jahren auf?“, Seite 16) steht eine umfassende Auseinandersetzung mit der Gesellschaft Österreichs im 19. Jahrhundert. Der Schwerpunkt liegt auf den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen, die sich im 19. Jahrhundert ergeben haben, und die – so meine These – dazu geführt haben, dass sich ab 1820 etliche Österreicher in den Sudan begaben.

Im zweiten Hauptteil (Kapitel 5 „Die Men on the Spot und das offizielle Österreich“, Seite 88) arbeite ich die Verbindungen der Österreicher im Sudan mit proimperialistischen Gruppen der Metropolgesellschaft heraus, um zu zeigen, dass sich die *Men on the Spot* bemühten, den Staat für ihre persönlichen Interessen zu instrumentalisieren. Im Zuge der Untersuchung der Aktivitäten der Österreicher im Sudan wird auch klar, warum sie sich wieder aus dem Sudan zurückzogen. Es änderten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die europäischen Händler im Sudan, gleichzeitig veränderten sich durch die Eröffnung des Sueskanals die Handelsrouten. Nicht zuletzt wurde die Zentralafrikanische Mission, die unter Protektion des österreichischen Kaisers stand, aufgrund Misserfolges, aufgehoben.

Die Diplomarbeit schließt mit einer zusammenfassenden Schlussbetrachtung (Kapitel 6, Seite 136) ab.

3. Zum Phänomen *Österreicher im Sudan*

In diesem Kapitel gebe ich einen kurzen Überblick über die Österreicher im Sudan. Wie schon in der Einleitung erwähnt, bezieht sich „*Österreicher*“ auf alle Bürgerinnen und Bürger der Habsburgermonarchie, einschließlich der damals zahlreichen Passösterreicher¹, und „*Sudan*“ bezeichnet alle Gebiete der heutigen Staaten Sudan und Südsudan.

Im Sommer 1820 begann Ägypten mit der Eroberung des Sudan. Während das Niltal bis zum Zusammenfluss von Blauem Nil und Weißen Nil schnell unter ägyptische Kontrolle gelangte, dauerte es bis 1874, um alle sudanesischen Gebiete fest an Ägypten zu binden. Speziell das Sultanat Darfur wusste seine Unabhängigkeit lange zu verteidigen (O'Fahey und Spaulding 1974:182). 1881 ging die europäisch-türkische Präsenz vorübergehend zu Ende, als eine religiös geprägte Widerstandsbewegung die Macht übernahm und Ägypter und Europäer aus dem Land vertrieb (Sanderson 1985:609-619). 1899 eroberten britische Truppen den Sudan und banden ihn wieder in das europäische Weltsystem ein. Bis zu seiner Unabhängigkeit 1955/1956² wurde der Sudan von Ägypten und Großbritannien gemeinsam als Kondominium beherrscht.

Zur Zeit des Überfalls Ägyptens auf den Sudan im Jahr 1820 gibt es die ersten dokumentierten Aufenthalte von Österreichern im Sudan: Drei Offiziere aus dem italienischsprachigen Teil der Habsburgermonarchie nahmen im Rahmen des ägyptischen Invasionsheeres am Feldzug teil. *Giuseppe Michele Zuccoli*, *Domenico Ermenegildo Frediani* und *Giulio Andrea Cornaro* verließen den Sudan nach dem Feldzug wieder. Zuccoli hinterließ Tagebuchaufzeichnungen, die der österreichische Orientalist Anton Prokesch in seinen Arbeiten als Quelle heranzog. (Zach 1985:19-22). Da diese drei Militärpersonen den Sudan nach Beendigung ihrer Arbeitsverhältnisse wieder verließen und somit keinen nachhaltigen Einfluss auf die Beziehungen Österreichs zum Sudan ausübten, werden sie in dieser Arbeit nicht weiter behandelt.

¹ Bürger anderer europäischer Staaten, die sich unter österreichischen Schutz stellten, um dadurch Privilegien zu erlangen.

² Das sudanesische Parlament erklärte unilateral die Unabhängigkeit am 19. Dezember 1955, während Ägypten und Großbritannien diese erst mit 1. Jänner 1956 anerkannten. Je nach bevorzugter Lehrmeinung des Völkerrechts sind beide Daten zulässig. Die offizielle Unabhängigkeitsfeier unter Teilnahme der neuen sudanesischen Regierung fand jedenfalls am 1.1.1956 statt.

Ebenfalls zu Beginn der ägyptischen Herrschaft und im Auftrag Muhammad Alis behauptet *Eduard Ferdinand Freiherr von Callot* im Jahr 1830 in den Sudan gekommen zu sein. Als er in Folge der gescheiterten Revolution von 1848 in Wien in Haft saß, schrieb er das 10 Bände umfassende Reisewerk *Der Orient und Europa*, welches 1854 in Leipzig veröffentlicht wurde. Aufgrund seiner genauen Beschreibungen antiker Tempel in Meroe zählte man Callot lange Zeit zu den Begründern der Sudanarchäologie. Offensichtlich nicht zusammenpassende Zeitangaben in seinen Berichten – so will Callot innerhalb eines Jahres von Kairo über den Sudan nach Äthiopien, und von dort über Mekka und Medina wieder ans Mittelmeer zurückgereist sein – wurden mit der langen Zeit erklärt, die zwischen der Reise und der Niederschrift vergangen war (Zach 1985:25). Tatsächlich dürfte Callot jedoch niemals im Sudan gewesen sein, wie Zach 2007, nach einer kritischen Neubeurteilung der Quellen, meinte (Zach 2007a). Es kann zwar nicht zweifelsfrei bewiesen werden, dass Callot nicht im Sudan war, es ist jedoch sehr wahrscheinlich: Berichte über Callot im Sudan finden sich nur bei Callot selbst, die detaillierten Beschreibungen der Tempel von Meroe folgen dem Reisewerk des französischen Forschers Frédéric Cailliaud (inklusive der Fehler, die Cailliaud gemacht hatte), die Beschreibung Äthiopiens gleicht der des deutschen Naturforschers Eduard Rüppell (Zach 2007a:109f). Somit scheidet Callot als Quelle zu Vorgängen im Sudan aus, ist aber interessant als Quelle für Vorgänge in Europa. Unter der Annahme, dass Callot seinen Abenteuerroman veröffentlicht hat, um damit Geld zu verdienen oder seinen gesellschaftlichen Status zu heben, spricht die Veröffentlichung dafür, dass sich die österreichische Öffentlichkeit in den 1850er Jahren für den Sudan interessiert hat.

Auch die weiteren Aufenthalte von Österreichern im Sudan hatten mit Ägyptens Expansion zu tun: 1835 engagierte Muhammad Ali Bergbauexperten aus der Habsburgermonarchie, um die neu eroberten Landesteile nach Bodenschätzen absuchen zu lassen. *Joseph Russegger* leitete eine Montanexpedition und hielt sich von 1836 bis 1839 im Sudan sowie im Gebiet des heutigen Libanon und Syrien auf. Russegger wurde auf seiner Expedition von anderen Österreichern begleitet, unter denen auch der bekannte Botaniker *Theodor Kotschy* war, der 606 Pflanzenarten als erster beschrieb³ und über 600.000 Pflanzenexemplare sammelte. Während Kotschy für seine botanischen Verdienste bekannt wurde, machte Russegger sein siebenbändiges Reisewerk *Reisen in Europa, Asien*

³ <http://www.ipni.org/ipni/plantnamesearchpage.do> [Zugriff am 19.01.2013]

und Afrika, das zwischen 1843 und 1849 erschien, einigermaßen bekannt (Zach 1985:33-45).

1837 – also zur gleichen Zeit, als Russegger nach Bodenschätzen suchte – kam der erste „unabhängige“ Österreicher in den Sudan. *Ignaz Pallme* war Geschäftsmann und besaß Anteile an einer Kairoer Handelsgesellschaft. Er bereiste den Sudan, da er sich neue Geschäftschancen erhoffte. Er veröffentlichte 1843 sein Reisewerk, das vor allem für die genauen Berichte aus Kordofan bekannt ist. Später versuchte er mit einem Kolonialplan die österreichische Außenpolitik zu beeinflussen oder einfach nur eine Anstellung im österreichischen Staatsdienst zu bekommen (Zach 1985:45-48). Da Pallme der erste österreichische Händler im Sudan war und später mit dem Kolonialplan von sich reden machte, wird er in dieser Arbeit noch ausführlicher behandelt (Kapitel 5.3.5, Seite 110). Er dient dabei als Fallbeispiel der Einflussnahme einzelner Personen mit imperialistischem Interesse auf die Außenpolitik.

In den 1850er Jahren nahm die Präsenz von Österreichern im Sudan zu. Einerseits eröffnete die Habsburgermonarchie in Khartum ein Konsulat, andererseits übernahm Österreich auch die Protektion über die Zentralafrikanische Mission, die zu Beginn ihren Hauptsitz in Khartum hatte.

Das im Jahr 1850 eröffnete Konsulat gehörte zu den ersten diplomatischen Vertretungen eines europäischen Staates im Sudan. Zunächst wollte man es mit einem ehrenamtlich tätigen Honorarkonsul besetzen. Nachdem der dafür vorgesehene aus Württemberg stammende *Johann von Müller* allerdings für diplomatische Verwicklungen gesorgt hatte, und sich trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht in den Sudan begeben hatte, wurde der Kanzlist des Generalkonsulates in Alexandria, der aus Hessen stammende *Dr. Konstantin Reitz*, nach Khartum entsandt (Zach 1985:88). Speziell österreichische Quellen berichten über eine sehr aktive und erfolgreiche Tätigkeit von Reitz. Er verschaffte den Europäern in Khartum neue Handelsmöglichkeiten und größere Gewinnspannen und wusste seine Position auch repräsentativ zu nutzen, sodass er zum wichtigsten Europäer in Khartum wurde. Er führte die Amtsgeschäfte bis zu seinem Tod am 26. Mai 1853 (Gritsch 1975:76f). Das Konsulat wurde von Reitz' Sekretär *Theodor von Heuglin* weitergeführt. Wie Reitz stammte dieser ebenfalls nicht aus der Habsburgermonarchie, und war ebenso evangelisch, was für Zwist mit der katholischen Mission

sorgen sollte. Heuglin interessierte sich allerdings mehr für die Naturforschung als für die Beförderung des österreichischen Handels (Gritsch 1975:103). Als er Khartum wegen einer Reise nach Europa verließ, beauftragte er *August Ritter von Genczik*, die Konsulatsgeschäfte weiterzuführen. Genczik war als Arzt im Auftrag der ägyptischen Regierung ins Land gekommen und unter anderem für Pockenimpfungen in Khartum verantwortlich. Er wohnte im Konsulatsgebäude. Genczik begab sich allerdings ebenfalls nach Europa, kehrte aber bald wieder in den Sudan zurück, da er plante, als Händler reich zu werden. Um den Aufenthalt in Khartum zu finanzieren, bewarb er sich beim Außenministerium um den Posten als Konsulatssekretär, den er auch prompt erhielt. Genczik und Heuglin bekleideten ihre Posten bis 1857, als beide vom Wiener Arzt und Abenteuerreisenden *Joseph Natterer* abgelöst wurden. In Natterers Amtszeit kam es zu diplomatischen Verwicklungen in Khartum: Die Mission beschwerte sich über Natterer und drohte damit, sich französischem Schutz zu unterstellen. Natterer nahm daraufhin den Kampf gegen den Sklavenhandel äußerst engagiert auf, was zur Feindschaft mit den Khartumer Händlern führte. Angeblich wurden mehrere Anschläge auf Natterers Leben ausgeführt, worauf dieser den Sudan kurzzeitig verließ, um später wieder zurückzukehren, wobei er sich nicht mehr mit dem Sklavenhandel auseinandersetzte. Kurz vor seiner geplanten endgültigen Abreise nach Europa starb Natterer am 17. Dezember 1862 in Khartum (Zach 1985:99-103). Die Amtsgeschäfte wurden kurzzeitig vom österreichischen Händler *Franz Binder* weitergeführt. Binder war einer der wenigen Österreicher, die als Händler nach Khartum kamen und sich dort etablierten. Es wird sogar spekuliert, dass Binder zu seiner Zeit der reichste Europäer in Khartum war (Stiansen 2007). Auf ihn werde ich noch im Kapitel 5.3.6 ab Seite 115 eingehen. Binder wurde noch 1863 vom Lehrer der Missionsschule *Martin Ludwig Hansal* abgelöst. Hansal unterrichtete zunächst an seinem Geburtsort in Mähren und näherte sich über das Weinviertel immer mehr Wien an, bis er an der Pfarrhauptschule am Rennweg in Wien unterrichtete, wo er vom Marienverein, dem österreichischen Unterstützungsverein für die Mission, als Missionslehrer angeworben wurde. Der Beginn der Amtszeit war von schweren Erkrankungen Hansals geprägt, die ihn immer wieder dazu zwangen, Khartum zu verlassen. 1871 sollte das Konsulat mangels weiterer Notwendigkeit geschlossen werden. Hansal erklärte sich allerdings bereit, als Honorarkonsul weiterzuarbeiten, und so blieb es weiterhin bestehen. Das Ende für Hansals Leben und die Präsenz Österreichs im Sudan war die *Mahdiya*, ein religiös geprägter Unabhängigkeitskrieg, der 1881 begann. Hansal blieb

als einer der letzten Europäer in Khartum und wurde am 25. Jänner 1885 bei der Erstürmung Khartums durch Truppen des Mahdi getötet.

Wie schon erwähnt hing die Präsenz von Österreichern im Sudan nicht nur mit dem Konsulat und Handelsinteressen, sondern auch mit der Mission zusammen. 1850 übernahm Österreich die Protektion über die *Katholische Mission für Zentralafrika* mit Sitz in Khartum. Die Mission wurde zunächst von *Ignaz Knoblecher* geleitet, der aus St. Kanzian im heutigen Slowenien stammte. Auf Knoblechers Betreiben ist auch die Übernahme der Protektion über die Mission durch Österreich entstanden. Es war deklarierte Aufgabe des österreichischen Konsulates, die Tätigkeiten der Mission zu schützen – weshalb diese beiden Institutionen die nächsten Jahrzehnte eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig beeinflussen sollten. Die ersten Schüler für ihre neu gegründete Missionsschule besorgten die Missionare in Khartum am lokalen Sklavenmarkt (Zach 1985:57). In Knoblechers Zeit expandierte die Mission und die Stationen in Heiligenkreuz und Gondokoro wurden gegründet. Viele der Missionare, die in Khartum tätig wurden, stammten aus dem Gebiet der Habsburgermonarchie – dies wohl auch deshalb, weil sich in Österreich ein Unterstützungsverein gebildet hatte und die Sudanmission so in Österreich bekannter war als anderswo in Europa, und weil die Missionare regelmäßig an ihre Heimatpfarren schrieben und aus dem Sudan berichteten. So warben die Missionare gezielt um Nachwuchs. Allerdings lebten wenige der Missionare lange genug, um im Sudan selbst nennenswerte Spuren zu hinterlassen. Ignaz Knoblecher verließ den Sudan als einer der wenigen lebend, starb allerdings auf der Rückreise von Khartum nach Rom in Neapel (Zach 1985:65). Gemeinsam mit Knoblecher ging der Kärntner *Bartholomäus Mosgan* im Jahr 1851 in den Sudan. Nach einem Aufenthalt in Khartum zur Genesung einer Erkrankung übernahm er die Leitung der Missionsstation Gondokoro und starb im Jänner 1858 (Zach 1985:65-67). Der Tiroler *Joseph Gostner* kam 1853 in den Sudan, war als Lehrer an der Missionsschule tätig, und starb im April 1858 (Zach 1985:67f). *Alois Haller*, wie Gostner Tiroler, war von Knoblecher persönlich angeworben worden. Er kam im Dezember 1853 in Khartum an und starb ein halbes Jahr später im Juni 1854 (Zach 1985:68). Andere, wie *Joseph Staller*, der sich 1855 auf den Weg in den Sudan machte, hatten mehr Glück: Staller erkrankte bereits auf der Anreise, kehrte in Kairo um, und gesundete wieder in seiner Heimat (Zach 1985:76). Wie Gostner und Haller war auch *Franz Morlang* Tiroler. Er kam 1856 in Khartum an und reiste bald nach Gondokoro weiter. Die dortige Station leitete er bis 1863. Er kehrte

als einer der wenigen Missionare lebend nach Europa zurück. Morlang verdanken wir viele Aufzeichnungen über Sprache und Leben der Bari, in deren Gebiet er zu missionieren versuchte (Zach 1985:71-76). Aufgrund der hohen Sterberate war die Mission nicht weiter zu betreiben. Um sie doch noch zu retten, wurde sie im Jahr 1861 dem Franziskanerorden übergeben. Es gelang dem neuen Provikar *Matthäus Kirchner* 64 Personen für die Mission zu gewinnen. Innerhalb eines Jahres starben 22 Personen aus dieser Gruppe – und auch der neue Provikar überlebte nicht lange. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Todesfälle und vor allem des dauerhaften Unvermögens, Einheimische für das Christentum zu gewinnen, wurde die Mission 1862 aufgehoben (Zach 1985:84).

Einige Österreicher kamen unabhängig von Konsulat oder Österreichischer Mission in den Sudan. *Rudolf Slatin* kam etwa als Privatmann in den Sudan und wurde dann Beamter der Provinzverwaltung. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es nicht ungewöhnlich, dass Europäer im ägyptischen Verwaltungssystem hohe Verantwortung trugen. So waren fast alle Provinzgouverneure kurz vor Ausbruch des Mahdi-Aufstandes 1881 Europäer. Slatin gelangte zu hoher Bekanntheit, da er im Zuge des Krieges mit den Truppen des Mahdi in Gefangenschaft geriet und etliche Jahre im Sudan festgehalten wurde. Über seine Zeit der Gefangenschaft verfasste er das Buch *Feuer und Schwert im Sudan*, in dem er sich selbst zum Helden stilisierte und das Mahdi-Regime dämonisierte. 1899 kehrte er mit den britischen Truppen, die den Sudan für Großbritannien und Ägypten zurückeroberten, wieder in den Sudan zurück. Mit Slatin haben sich auch schon etliche wissenschaftliche Werke auseinandergesetzt. Neben den oft rein faktenbezogenen und teilweise unkritischen Werken von Flandorfer (1971) und Brook-Shepherd (1972) existiert eine Diplomarbeit von Gabriela Neveril, die *Feuer und Schwert im Sudan* kritisch analysiert (Neveril 1999).

Pater Joseph Ohrwalder aus Tirol arbeitete als Missionar für die aus Verona stammenden Comboni-Missionare, die die Nachfolge der von Österreich unterstützten Mission antraten. Er ging 1881 in den Sudan und arbeitete in El Obeid und den Nuba-Bergen. 1882 geriet er in Gefangenschaft der Truppen des Mahdi und wurde in Omdurman festgehalten. 1891 flüchtete er mit zwei italienischen Missionsschwestern nach Ägypten und veröffentlichte seine Erlebnisse als Buch *Aufstand und Reich des Mahdi im Sudan*.

Nach dem Ende der Herrschaft der Mahdisten ging er zurück in den Sudan und setzte seine Missionstätigkeit fort (Zach 1985:184-187).

Mit der Mahdiya endete die europäische Präsenz im Sudan, da Vertreter Europas oder des Osmanischen Reiches als Feinde betrachtet wurden. 1899 eroberte Großbritannien den Sudan und beendete das Mahdi-Regime. Aus politischen Gründen wurde die Intervention als ägyptisches Unternehmen mit britischer Unterstützung dargestellt und der Sudan danach offiziell gemeinsam als Kondominium regiert. Wiewohl einige Österreicher zur Zeit des Anglo-Ägyptischen Kondominiums den Sudan bereist haben oder dort beruflich tätig waren, so gab es keine offizielle Präsenz der Habsburgermonarchie mehr. Aus diesem Grund beschäftigt sich diese Arbeit nur mit den Österreichern im Sudan vor der Mahdiya.

4. Warum trat das Phänomen *Österreicher im Sudan* in den 1820er Jahren auf?

Im Zusammenhang mit dem Auftreten des Phänomens *Österreicher im Sudan* ist meine These, dass die Ursachen dafür primär im Österreich des beginnenden 19. Jahrhunderts zu suchen sind, während sekundär die Öffnung des Sudan für europäische Interessen durch die ägyptische Eroberung 1820 dafür verantwortlich ist. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Österreich, beeinflusst durch die Industrielle Revolution Großbritanniens und die politische Revolution Frankreichs führte dazu, dass Bürger der Habsburgermonarchie ihr Glück im Ausland suchten. Aus diesem Grund analysiere ich im ersten Hauptteil meiner Arbeit die Veränderungen der Gesellschaften in Österreich und im Sudan während des langen 19. Jahrhunderts. Der Begriff *langes 19. Jahrhundert* bezeichnet die Zeit zwischen der Französischen Revolution 1789 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Diese Periodisierung wurde von Eric Hobsbawm geprägt (Osterhammel 2011:89). Zu Beginn dieser Zeitspanne stehen zwei Revolutionen: Die Französische Revolution verhilft neuen politischen Ideen endgültig zum Durchbruch und die Industrielle Revolution in Großbritannien bewirkt eine komplette Umstrukturierung der Wirtschaft und der Gesellschaft in Europa.

In das 19. Jahrhundert fallen auch die weitere Expansion Europas und das Zugänglichmachen außereuropäischer Gebiete für Europäer. Die ägyptische Annexion des Sudan ermöglicht es Europäern, relativ unkompliziert Reisen südlich des zweiten Nilkataraktes zu unternehmen. Durch technischen Fortschritt sank der Zeit- und Geldaufwand.

4.1 Das ausgehende 18. Jahrhundert in Europa

Das Europa der Menschen bis etwa 1780 war ein völlig anderes als jenes der Sudanreisenden um 1820. Wirtschaft und Gesellschaft waren geprägt von einem extremen Stadt-Land-Gefälle. Zwischen 70 und 95 Prozent der Bevölkerung lebten am Land und arbeiteten, teilweise als Sklaven (wie in Russland) oder in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen auf Gütern der Aristokratie, teilweise als mehr oder weniger freie Kleinbauern in

einem Feudalsystem (Hobsbawm 1996b:11). Gesellschaftlich scharf abgegrenzt vom Land lebten in den ländlichen Kleinstädten Getreide- und Viehhändler, Notare und Anwälte. Eine kapitalistisch orientierte Landwirtschaft, in der die Landwirte einen Entscheidungsspielraum als Kleinunternehmer hatten, gab es nur in Großbritannien, das mit diesem System eine große Ausnahme in Europa darstellte (Hobsbawm 1996b:17).

Fehlende Infrastruktur beschränkte den Handel mit Gütern des täglichen Bedarfes auf das regionale Umfeld. Über Land betrug die Transportgeschwindigkeit um die 5 km/h – die Geschwindigkeit, die der Fuhrmann erreichte, wenn er neben seinem Ochsen marschierte. Der Personentransport war mit der Einführung des Postkutschensystems zwar etwas schneller geworden, dafür aber nur für die Eliten des Landes erschwinglich. Die Landbevölkerung konnte sich eine Reise maximal bis zur nächsten Marktstadt leisten. Schneller und billiger war der Transport auf dem Wasser. Das Flussabwärtstransportieren war aufgrund der Strömung kein Problem, das Treideln⁴ flussaufwärts war zwar langsam, es konnten aber große Lasten transportiert werden. Am billigsten und schnellsten zu befahren war der Seeweg, auch wenn dieser aufgrund der Nutzung von Segelschiffen stark wetterabhängig war (Jordan 2009:70f). Bis auf Luxusgüter, die immer schon weltweit gehandelt wurden, gab es nicht viel zu transportieren. Nur in Großbritannien war bereits im Laufe des 18. Jahrhunderts eine nennenswerte Nachfrage nach Konsumgütern entstanden (Osterhammel 2011:917).

Europas politische Landschaft war geprägt von absolutistisch regierenden Monarchen, die ihre Herrschaft meist mit dem angeblichen Willen Gottes rechtfertigten. Die große Ausnahme stellte Großbritannien dar, in dem die Monarchie auf Basis einer Verfassung regierte. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren die absolutistischen Regime instabil geworden. Die Herrscher kämpften an mehreren Fronten: Die Aristokratie und der Klerus (der *Erste* und der *Zweite Stand*) wollte ihre althergebrachten Rechte nicht aufgeben, doch der *Dritte Stand* (die Bürger, und von der Anzahl her wesentlich bedeutender, die Bauern) forderte Reformen. In Kontinentaleuropa hatte sich herumgesprochen, dass es in Großbritannien bürgerliche Freiheiten und ein Parlament gab, in dem seit 1689, in der *Bill of Rights* garantiert, sogar eine Redefreiheit galt, die nicht einmal der König einschränken durfte.

⁴ Treideln bezeichnet das Flussaufwärtsziehen von Schiffen durch Menschen, Tiere oder später Lokomotiven.

Inwieweit die philosophischen Werke jener Zeit von weiteren Kreisen der Bevölkerung rezipiert wurden, muss einer philosophiehistorischen Betrachtung überlassen werden, die in dieser Arbeit leider keinen Platz finden kann. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass wohl eher die aristokratischen und bürgerlichen Eliten mit ihnen vertraut waren als die großteils illiteraten Bauern. Jedenfalls wurden im 18. Jahrhundert jene Schriften publiziert, auf die sich die politische Ideologie des Liberalismus gründete. Montesquieu forderte in seinem 1748 publizierten Hauptwerk *Vom Geist der Gesetze* (De L'esprit des Loix) die Gewaltenteilung, um die Freiheit der Bürger vor den Herrschenden zu sichern (de Montesquieu und Weigand 1994: Buch 11, Kapitel 4). Montesquieu rezipierte dabei auch Ideen des Briten John Locke, der 1689 seine *Zwei Abhandlungen über die Regierung* (Two Treatises of Government) veröffentlicht hatte, in der er vom Urzustand des freien Menschen ausgeht, der von niemandem ohne seine Zustimmung regiert werden dürfe: „Men being, as has been said, by nature, all free, equal, and independent, no one can be put out of this estate, and subjected to the political power of another, without his own consent.“ (Locke 1690: Chapter VIII, Sect. 95). Damit einhergehend postulierte er auch den Schutz des Privateigentums vor dem Zugriff des Herrschers. Beim Begriff des Privateigentums setzte der Schotte Adam Smith an, der 1776 sein Hauptwerk *Reichtum der Nationen* (An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations) veröffentlichte, in dem er die herrschenden Konzepte des Merkantilismus und der Physiokratie widerlegte und steigenden Wohlstand nicht mehr allein dem Handel oder der Landwirtschaft, sondern vor allem der Wertschöpfung menschlicher Arbeitskraft zuschrieb (Smith 1990:33-51)⁵.

Die Ideen der Aufklärung verbreiteten sich im 18. Jahrhundert in Kontinentaleuropa, setzten sich jedoch nicht durch. Sehr wohl aber verspürten die Herrschenden einen Reformdruck. So ist zu erklären, dass die Bauernbefreiung in der Habsburgermonarchie durch Joseph II. bereits 1781 – also vor der Französischen Revolution – stattfand (Hobsbawm 1996b:23). Neben diesem inneren Reformdruck kämpften die Herrscher vieler Reiche gegen Ende des 18. Jahrhunderts gegen Autonomiebewegungen an der Peripherie an. Beispielsweise traten 1782-1784 die *Irish Volunteers* gegenüber der briti-

⁵ Heute ist Smith vor allem für seine Ablehnung von Beschränkungen des Marktes und sein sprachliches Bild von der unsichtbaren Hand bekannt. Im Rahmen des gesamten Werkes handelt es sich dabei aber nur um ein kurzes Kapitel, in dem er nachweist, dass Einfuhrbeschränkungen dem Wohlstand der Gesellschaft zum Nachteil gereichen (Smith 1990: 476-483).

schen Krone für eine Unabhängigkeit Irlands ein und im Jänner 1789 (also Monate vor der Revolution in Frankreich) rebellierte die Österreichischen Niederlande gegen die Habsburgerherrschaft (Hobsbawm 1996b:54). Die weitestreichenden Folgen hatte wohl die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten 1776. Osterhammel begreift die Französische Revolution nicht als Startschuss für ein revolutionäres Zeitalter in Europa, sondern als Teil eines *atlantischen Revolutionsfeldes* (Osterhammel 2011:737).

Am Beginn des langen 19. Jahrhunderts verloren europäische Staaten große Kolonialgebiete: Spanien verlor seine Kolonien in Südamerika (Ecuador erklärte 1809 seine Unabhängigkeit, die anderen Territorien Südamerikas folgten innerhalb der nächsten Jahre) und Großbritannien hatte bereits 1783 die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika im Frieden von Paris anerkennen müssen. Und doch brachte das lange 19. Jahrhundert die absolute politische und militärische Hegemonie Europas – die Gründe dafür sind in den Folgen der Industriellen Revolution in Großbritannien und der Französischen Revolution, von Hobsbawm im Begriff der *Doppelrevolution* zusammengefasst, zu suchen. Bis dahin standen den Akteuren europäischer Expansion außereuropäische Mächte gegenüber, die ebenbürtig oder stärker waren. Nach der Doppelrevolution waren die Europäer in der Lage, jedes Gebiet, das sie zu dominieren wünschten, auch tatsächlich zu unterwerfen (Hobsbawm 1962:55).

4.2 Die Französische Revolution

Revolutionen waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts nichts Neues im Laufe der Geschichte. So hatte England bei diversen Revolutionen seine Königshäuser ausgetauscht. Die letzte Revolution, die in Großbritannien stattgefunden hatte, war die *Glorious Revolution* im Jahr 1688 gewesen (Nonn 2007:106). Die Vereinigten Staaten hatten sich wenige Jahre vor der Französischen Revolution im Jahr 1776 im Zuge einer Revolution von Großbritannien losgesagt. Revolutionen waren also durchaus nichts Besonderes. Was aber macht die Französische Revolution so einzigartig, dass Historiker mit ihr das *lange 19. Jahrhundert* beginnen lassen?

Zuvor war Geschichte weitgehend als Abfolge von Vorherbestimmtem verstanden worden. Die Generationen erlebten einen kontinuierlichen Aufstieg, bis sie das *Goldene Zeitalter* erreicht hatten. Danach wurde es wieder schlechter, aber das *Rad der Geschichte* drehte sich weiter, und irgendwann ging es wieder bergauf. Jeder hatte in diesem Kreislauf seinen durch Gott vorherbestimmten Platz. Revolutionen dienten dazu, Bestehendes zu sichern oder Verlorenes wiederherzustellen, aber nicht dazu, Neues zu erreichen (Nonn 2007:106). Sowohl bei der *Glorious Revolution* als auch bei der Amerikanischen Revolution wurden zwar die nominellen Herrscher ausgetauscht, die herrschenden Eliten blieben aber dieselben. In Großbritannien behielt der Adel seine Führungsrolle, und auch in den jungen USA herrschte dieselbe Elite wie vor der Unabhängigkeit von Großbritannien (Nonn 2007:107).

Die Französische Revolution brach aus dem Rad der Wiederholungen aus: Es ging um etwas Einzigartiges, etwas Neues, das es noch nie zuvor gegeben hatte. Anstatt des Kaisers von Gottes Gnaden stand jetzt das Parlament – gewählt von den Bürgern⁶. Bei der französischen Revolution handelte es sich um eine Revolution, die Neues schuf, das noch nie zuvor existiert hatte. Das *Rad der Geschichte* war zerbrochen. *Geschichte* wurde von nun an als Entwicklung begriffen, die dem Einzelnen Chancen eröffnete, sein Leben so zu gestalten, wie es vorher nie möglich gewesen wäre, aber auch eine Entwicklung, die das ganze Volk weiterbringen konnte – der Glaube an einen allgemeinen *Fortschritt* wurde geboren (Nonn 2007:107).

Diesen Fortschrittsbegriff halte ich für zentral in Bezug auf die außereuropäische Expansion beziehungsweise die Entwicklung des Außenhandels, was die persönliche Motivation der Akteure der Expansion betrifft. „*Ich kann etwas erreichen, was noch niemand aus meiner Familie geschafft hat!*“ war vielleicht einer der Sätze, die sich Europäer dachten, bevor sie in den Sudan oder nach Äthiopien reisten.

Neben der Etablierung des linearen Fortschrittsbegriffes führte die Französische Revolution auch zu einer Rationalisierung der Staatswesen in Europa. Der alleinige Herrschaftsanspruch von Gottes Gnaden hatte seine Legitimation weitgehend verloren, und selbst die konservativsten und absolutistischsten Herrscher hatten verstanden, dass der

⁶ Zumindest von den Männern, die Geld hatten, nicht vom gesamten Volk.

Staat und sein Volk nicht mehr ihr eigenes gottgegebenes Privateigentum waren. Die Basis des Zusammenlebens war nun die formale Gleichheit. Aus den Untertanen wurden Staatsbürger, und die Herrscher hatten gegenüber der Gemeinschaft dieser Staatsbürger eine Rechenschaftspflicht (Osterhammel 2011:737).

Doch warum war es ausgerechnet in Frankreich zur Revolution gekommen? Während Großbritannien das weltweite Vorbild in Bezug auf technische Entwicklungen war, kamen die neuen Ideen des ausgehenden 17. Jahrhunderts aus Frankreich. Frankreich war zugleich der bevölkerungsreichste Staat Europas und repräsentierte das klassische *Ancien Régime* des ausklingenden 18. Jahrhunderts. Nirgendwo anders war der Gegensatz zwischen neuen sozialen Bedürfnissen und dem alten Regime so deutlich (Hobsbawm 1962:55). Zu diesem großen Reformwillen in der Bevölkerung und dem Reformunwillen der Herrschenden kam noch ein zu jenem Zeitpunkt schwacher Staat, dessen Ansehen in der Bevölkerung dramatisch sank (Osterhammel 2011:754). Diese Konstellation war die tiefer liegende Ursache für die Revolution.

Auslöser der Revolution war aber der bevorstehende Staatsbankrott, hervorgerufen durch die Teilnahme am Siebenjährigen Krieg und die Unterstützung der abtrünnigen Kolonien im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Trotz des absolutistischen Staatsmodells konnte Ludwig XVI. nicht einfach die Steuern erhöhen oder die Schulden annullieren lassen – dazu war er bereits zu schwach. Aus diesem Grund suchte er Unterstützung beim Adel. Der Adel wiederum sah die Chance gekommen, seine Bedeutung langfristig formell abzusichern und forderte die Einberufung der Generalstände (Osterhammel 2011:755). Die Generalstände waren eine formelle Versammlung von Vertretern der drei Stände (Adelige, Klerus und Bürger), die zuletzt 1614 getagt hatten. Sie traten am 5. Mai 1789 in Versailles zusammen. Innerhalb der Versammlung kam es zu unüberbrückbaren Differenzen zwischen Erstem und Drittem Stand, worauf sich letzterer zur Nationalversammlung erklärte. Gleichzeitig kam es, vor allem in Paris, wegen einer schlechten Ernte zu einer Wirtschafts- und Brotpreiskrise, die vor allem die städtischen Unterschichten betraf. Besonders hoch waren die Preise im Mai, kurz vor der neuen Ernte. Die Lebenshaltungskosten für die städtischen Unterschichten verdoppelten sich. Im Gegensatz zu früher – die Einberufung der Generalstände hatte sich auch in den Unterschichten herumgesprochen – kam es nicht zu den bisher üblichen spontanen Randalen, sondern die Protestierer hatten eine politische Perspektive und stellten sich hinter

ihre Vertreter in den Generalständen. König Ludwig XVI. schickte das Militär, um die Proteste zu beenden – und mobilisierte damit auch die bisher nicht protestierenden Unzufriedenen. Am 14. Juli 1789 stürmte das Volk die Bastille, ein Gefängnis, das die Autorität des Königs symbolisierte. Der Fall der Bastille war ein symbolischer Akt, die Information darüber verbreitete sich europaweit. Am Land führte die Nachricht zu einem Bauernaufstand. Drei Wochen nach dem 14. Juli 1789 war das Regime von Ludwig XVI. zusammengebrochen (Hobsbawm 1962:57-61).

Die Konsequenzen der Revolution waren bald europaweit spürbar. In Frankreich wurde die Regierung von der Nationalversammlung sowie zahlreichen bürgerlichen Stadt- und Regionalverwaltungen übernommen. Bereits am 26. August veröffentlichte die Nationalversammlung mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte („*Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen*“) das erste Gesetzeswerk dieser Art in Europa. Die britische Magna Charta beschränkte die Macht des Königs und gab dem Adel gewisse Rechte. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte war hingegen das erste Gesetz, das einem Menschen Rechte einräumte, allein aufgrund der Tatsache seines Menschseins. Das bürgerliche Regime setzte zügig auf Basis der Philosophie der Aufklärung und des Nationalismus Reformen um, die europaweite Resonanz hervorriefen, wie die Säkularisierung des kirchlichen Besitzes, und sich teilweise später über die ganze Welt ausbreiten sollten, wie das metrische System oder der freie Markt, aber kaum Auswirkungen auf die Lebensqualität des Großteils der Bevölkerung hatten, weshalb die Regierung bald in Bedrängnis geriet (Hobsbawm 1962:126).

Das bürgerliche Regime fühlte sich von zwei Seiten bedroht. Auf der einen Seite war der Großteil des Volkes nach wie vor unzufrieden, da sich die Lebensqualität kaum geändert hatte. Der Brotpreis in Paris schwankte noch heftiger als vor der Revolution. Auf der anderen Seite plante der teilweise aus Frankreich geflohene Adel die Wiedereinsetzung Ludwigs XVI. mithilfe einer Militärintervention der konservativen europäischen Monarchien (Hobsbawm 1962:127). Frankreich erklärte im April 1792 den Krieg gegen die Koalition aus Preußen und Österreich, den damaligen Leitmächten des konservativen Monarchismus in Europa. Ob es dies vorwiegend aufgrund innenpolitischer oder außenpolitischer Gründe tat, ist umstritten. Es fällt jedenfalls auf, dass Frankreich gegenüber Großbritannien vor der Revolution an Macht verloren hatte, die es nach der

Revolution (zumindest kurzfristig) wieder zurückgewinnen konnte (Osterhammel 2011:755).

Die Revolutionskriege trugen die Ideen der französischen Revolution tatsächlich durch Europa. Sie ermöglichten die Unabhängigkeit etlicher fremdbeherrschter Gebiete und das Entstehen von Nationalstaaten.

Mit den Revolutionskriegen begann eine Entwicklung, die sich fortsetzen und schließlich im Zweiten Weltkrieg kulminieren sollte: das Ausgreifen des Krieges in alle Lebensbereiche der Zivilbevölkerung. Da die revolutionäre Republik nicht auf stehende Berufsheere zurückgreifen konnte, wurde die allgemeine Wehrpflicht (*levée en masse*) eingeführt. Die Rüstungsproduktion wurde durch staatliche Kontrolle der Wirtschaft und Rationierung kriegswichtiger Güter sichergestellt. Diese Maßnahmen waren zuvor unbekannt gewesen. Kriege waren eher eine Art privater Aktivität gewesen, die zwischen Herrschern und ihren Heeren stattgefunden hatten. Die Zivilbevölkerung war von den Kriegen meist nur peripher tangiert worden. Für die Franzosen änderte sich das mit den Revolutionskriegen: Es befand sich nicht mehr der Herrscher im Krieg mit einem anderen Herrscher, sondern das ganze Land befand sich im Krieg. Diese neue Art der Kriegsführung erwies sich als sehr erfolgreich (Hobsbawm 1962:128f).

4.3 Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Österreich

Viel weiter muss die Französische Revolution gar nicht behandelt werden, um die Auswirkungen auf Österreich beziehungsweise die Österreicher verstehen zu können. Auch wenn das bürgerliche Regime in Frankreich zunächst durch ein radikales und dann vom Kaiserreich unter Napoleon Bonaparte abgelöst wurde, vertrat Frankreich nach außen hin dieselben Werte und trug diese offensiv in die Welt hinaus. Ich möchte hier nochmals an die Feststellung, die zu Beginn dieses Kapitels getroffen wurde, erinnern: Die Revolution von 1789 war neu, weil sie Neues schuf, und nicht dazu diente, Bestehendes zu sichern oder Verlorenes wieder herzustellen (Nonn 2007:106). Die Regimewechsel im Anschluss an die Revolution dienten dazu, die Neuerungen, die die Revolution ge-

schaffen hatte, abzusichern. Auch wenn Frankreich nicht ganz Europa erobern konnte – seine Ideen hatten es getan. Zumindest Hobsbawm sieht in Napoleon das große Vorbild für die Bürgerlichen Europas: Er war aus eigener Kraft vom Sohn eines kleinen Landadeligen zum Kaiser der Franzosen und (zumindest kurzzeitig) mächtigsten Mann Europas aufgestiegen (Hobsbawm 1962:173).

Darüber hinaus hatte die Französische Revolution bewiesen, dass revolutionäre Ideen Bestand haben können und das Volk auf revolutionärem Wege seine Interessen gegenüber den Mächtigen durchsetzen kann. Aus Sicht der konservativ-reaktionären Herrscherhäuser Europas stellte dies die größte Gefahr da, die in Europa selbst durch die Französische Revolution ausgelöst wurde. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, gründeten Österreich, Preußen und Russland 1815 auf Initiative des österreichischen Außenministers Metternich die Heilige Allianz, deren vorrangige Aufgabe es war, alle gesellschaftlichen Strömungen zu unterdrücken, die eine absolutistisch-religiöse Herrschaft in Frage stellten.

Aus meiner Sicht sind die Veränderungen, die die Französische Revolution im Weltbild des Bürgertums ausgelöst hat, der Schlüssel zum Entstehen jener Bevölkerungsgruppe, die später die *agents of an expanding society* (Robinson 1972:118f) hervorbringen sollte. Die *agents of an expanding society* sind jene Personen, die Europa in Richtung außereuropäischer Gesellschaften verließen, und die dort aus persönlichem Interesse versuchten, die lokalen Gesellschaften europäischen Interessen unterzuordnen.

4.4 Die Industrielle Revolution

Zu Beginn des langen 19. Jahrhunderts kam es – zunächst in Großbritannien, später in ganz Nordwesteuropa – zu einem sprunghaften Anstieg der Produktion von Konsumgütern, die auf den Bedarf des Weltmarktes ausgerichtet waren. Dieser Prozess ist der Übergang vom Merkantilismus zur Industrialisierung (Walter 2006:176).

Ein Teil der Historiker bevorzugt den Begriff *Industrialisierung* für die wirtschaftlichen Entwicklungen in Großbritannien in der Sattelzeit zwischen 18. und 19. Jahrhundert

(Osterhammel 2011:909-912). Damit soll betont werden, dass kaum großartige Neuerungen passierten, sondern sich lediglich bereits laufende Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung verdichteten (Walter 2006:176), und sich so die Menge der produzierten Güter binnen weniger Jahre vervielfachte (Hobsbawm 1962:73). Die Begleiterscheinungen dieser Entwicklung, wie die Entstehung des Proletariats, die Urbanisierung etc. werden als kontinuierliche Weiterentwicklung lange existierender gesellschaftlicher Prozesse interpretiert. Um mit den Begriffen von Fernand Braudel zu arbeiten: Bei diesen Historikern steht die *longue durée* im Vordergrund (Jordan 2009:82).

Andere Historiker sehen die Veränderungen, die die Verdichtung des Industrialisierungsprozesses in der Gesellschaft bewirkt hat, im Vordergrund und sprechen daher von der *Industriellen Revolution*.

Populär wurde der Begriff *Industrielle Revolution* in den 1830er Jahren in Frankreich. Überliefert ist, dass 1836 der Abgeordnete Lamartin im französischen Parlament über die Entwicklungen in Großbritannien sagte: „*C'est une révolution tout entière, c'est le 1789 du commerce et de l'industrie.*“ (Bezanson 1922:347). In der Literatur verbreitet wurde der Begriff von Karl Marx in *Das Kapital* und John Stuart Mill in *Principles*, auch Friedrich Engels verwendete ihn. Gerade bei Marx und Engels ist aber belegt, dass sie den Begriff nicht selbst „erfanden“, sondern aus Diskursen in Frankreich und seinen Nachbarländern übernahmen und auf Großbritannien anwandten (Bezanson 1922). Hobsbawm argumentiert für den Begriff der Revolution mit Hilfe der Statistik: Die Wurzeln der Industrialisierung ließen sich zwar weit zurückverfolgen. Trotzdem käme es ab den 1780er Jahren zu einem extremen, fast vertikalen Anstieg des Wirtschaftswachstums. Genau in dieser Phase fände der *Take-off into self-sustained growth* statt (Hobsbawm 1996a:28f), wobei sich Hobsbawm Argumentationen und Begriffen von Walt W. Rostows Stufenmodell der wirtschaftlichen Entwicklung (Rostow 1960) bedient, das mittlerweile in großen Teilen als überholt gilt (Osterhammel 2011:913).

Die Vorbedingungen der Industriellen Revolution

Hobsbawm bezieht sich in seinen Untersuchungen zur Industrialisierung ausschließlich auf Großbritannien. Die Aussagen sind auch ausschließlich in diesem speziellen Kontext zu sehen, da es nach wie vor keine allgemein gültige Theorie der Industrialisierung in den Geschichts- oder Sozialwissenschaften gibt (Osterhammel 2011:915). In weiterer

Folge werden also Faktoren aufgezählt, die die Industrialisierung in Großbritannien positiv beeinflussten, ohne dass dabei behauptet wird, dass einer oder mehrere dieser Faktoren die Beschleunigung der Industrialisierung – eben die Industrielle Revolution – ausgelöst hätte.

Die Industrielle Revolution benötigte kaum technische Fortschritte. So wurden zum Beispiel in der Baumwollproduktion bestehende Techniken einfach ein wenig weiterentwickelt. Die ersten Erfindungen, die die Produktivität erhöhten, stammten nicht von akademischen Ingenieuren, sondern von Handwerkern, die sich über die Effizienz ihrer Arbeit Gedanken gemacht hatten. So wurde die *Spinning Jenny*, eine der ersten Spinnmaschinen, von einem Weber konstruiert. Hobsbawm geht soweit, zu behaupten, dass keine der technischen Innovationen der Industriellen Revolution über die Fähigkeiten eines in seiner Werkstatt experimentierenden intelligenten Handwerkers hinausgehen würde (Hobsbawm 1996b:30). Das mag auch der Grund dafür sein, dass die Industrielle Revolution in Großbritannien möglich war, obwohl das Schul- und Universitätssystem dem Kontinent weit unterlegen war – man benötigte für die Industrielle Revolution keine genialen Wissenschaftler oder großen Forschungslabors (Hobsbawm 1996b:30). Die wenigen technisch gut ausgebildeten Arbeitskräfte, die man benötigte, ließen sich aus dem Bergbausektor rekrutieren (Osterhammel 2011:918). Trotzdem gab es über Konstruktionsverbesserungen hinaus Fortschritte in den kommerziell wichtigen Grundlagenwissenschaften wie der Chemie. Die Forscher waren oft gleichzeitig in aufklärerischen Zirkeln, wie der *Lunar Society of Birmingham* oder den *Freimaurern*, aktiv und stellten ihre Erkenntnisse in den Kontext des allgemeinen Fortschrittes der Menschheit (Hobsbawm 1996b:20f). So holten sie auch die eher wissenschafts-skeptischen neuen Industriellen auf ihre Seite, da diese zwar nicht viel von der Wissenschaft hielten, sich jedoch als gesellschaftliche Avantgarde begriffen. Über diesen Umweg konnte die Wissenschaft die neue Klasse der Kapitalisten beeinflussen.

Technische Weiterentwicklungen in der Landwirtschaft führten ab 1700 zu Produktivitätssteigerungen. Beispielsweise wurden Ochsen durch Pferde als Zugtiere ersetzt (diese waren schneller, leichter zu halten und universeller einsetzbar) und Sicheln wurden durch Sensen abgelöst. Die Effizienz einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft wurde zwischen 1700 und 1850 um 1.200 % gesteigert (Nonn 2007:47). Nur so war es möglich,

die Arbeiter des Industriezeitalters auch zu ernähren. Außerdem stellte die Landwirtschaft sowohl Investoren als auch Konsumenten der frühen Industrialisierung.

Ein weiterer Faktor, der mit der Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft zusammenhängt, ist die Produktion der Rohstoffe. Die Textilwirtschaft gehörte zu den ersten industrialisierten Wirtschaftsbereichen. Die Steigerungen in der Verarbeitung erforderten auch eine Steigerung bei der Produktion der Baumwolle. Diese wurde unter anderem durch die Erfindung der Egreniermaschine 1793 ermöglicht, die die Baumwollfasern von der Samenkapsel trennt.

Europa ist ein sehr kleinräumig strukturierter Kontinent, auf dem sich viele kleine politische Entitäten entwickelten, die miteinander in Konkurrenz standen. Keine Industrieregion lag weit vom nächsten Seehafen, ganz besonders gilt dies für die britischen Inseln. Die Bedeutung des Schiffes als schnellstes und billigstes Transportmittel darf nicht unterschätzt werden – erst recht nicht vor Erfindung der Eisenbahn.

In den frühen Industriezentren waren die wesentlichsten Bodenschätze (Mineralkohle und Eisenerz) räumlich nah vorhanden und relativ leicht abbaubar. Allerdings wären diese Rohstoffe auch in anderen Regionen der Welt in ähnlicher Konstellation verfügbar gewesen.

Nordwesteuropa war die einzige Weltregion, in der die Staaten potenziellen Investoren einen gesicherten institutionellen Rahmen anbieten konnten. Staat und Recht sicherten persönliche Freiheit und kapitalistischen Wettbewerb. Personen, die das unternehmerische Risiko auf sich nahmen und ihre Ideen umsetzten, konnten mit hohen finanziellen Renditen und sozialer Anerkennung rechnen. Zudem waren, speziell in Großbritannien, Steuern und Sozialabgaben niedrig. Diese Situation war einzigartig in Europa. In anderen Staaten, die ebenfalls einen gesicherten institutionellen Rahmen bieten konnten, waren die Steuern wesentlich höher oder der Staat versuchte sich selbst als wirtschaftliches Monopol zu etablieren, und Privateigentum war nicht gesichert. Nonn (2007:52-59) nennt hier als Beispiel China. Ich sehe hier Parallelen zu den afrikanischen Sahelkönigreichen. Dort wurden durch Fernhandel große Mengen an Kapital akkumuliert, das dem Staat beziehungsweise dem Herrscher zufiel. Die Herrscherklasse investierte es in Repräsentativbauten und persönlichen Luxus. So wurde das Kapital dem Wirt-

schaftskreislauf entzogen und konnte nicht mehr produktiv verwendet werden. Auch Österreich setzte zum damaligen Zeitpunkt auf staatliche Monopole zum Ausbau der Wirtschaft.

Neben dem Naturraum und den gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen benötigte die Industrialisierung Kapital. Dieses Kapital stellte zu einem sehr kleinen Teil die bereits ab 1700 ins kapitalistische System integrierte Landwirtschaft zur Verfügung. Der größte Teil des Kapitals kam von den Profiteuren des transatlantischen Sklavenhandels. Dieser hatte eine finanzkräftige Klasse von Plantagenbesitzern und Kaufleuten hervorgebracht, die sich im protoindustriellen Verlagssystem engagierte und es kontrollierte (Hobsbawm 1996b:20f).

Die bisher dargestellten Faktoren sind notwendig, um eine industrielle Produktion in Gang zu bringen. Um diese aufrechtzuerhalten waren große Absatzmärkte vonnöten. Und genau hier hatte Großbritannien wiederum einen Vorsprung gegenüber dem restlichen Europa. So sehr es Freihandel predigte, so sehr schottete es die Gebiete, die unter seinem Einfluss standen, vom wirtschaftlichen Einfluss anderer Mächte ab. Großbritannien benötigte seine Kolonien also nicht unbedingt als Rohstofflieferant für die Industrielle Revolution, sondern viel mehr als Absatzmarkt für die nun in großer Zahl hergestellten Industrieprodukte, wie zum Beispiel Baumwollhemden. Diese Exportartikel konnten über die bereits bestehenden Fernhandelswege auf der ganzen Welt verkauft werden. Es musste nur die Kapazität bereits bestehender Verkehrswege erhöht werden (Hobsbawm 1962:73).

Auffällig ist, dass Hobsbawm – obwohl er Marxist ist! – überhaupt nicht auf die Bedeutung von Absatzmärkten zu Beginn der Industrialisierung eingeht. Osterhammel räumt diesem genuin britischen Phänomen eine wesentliche Bedeutung ein: Nur in Großbritannien verfügte die Bevölkerung Anfang des 19. Jahrhunderts über eine entsprechende Kaufkraft, sodass sie „*Güter des gehobenen Bedarfs*“ nachfragte (Osterhammel 2011:917). Diese neuen Konsumgüter dienten nicht zur Deckung basaler Lebensbedürfnisse, waren aber auch nicht Luxusprodukte, die sich nur die Reichsten leisten konnten. Die meisten dieser Produkte wurden von lokalen Gewerben hergestellt. Neben diesem großen Binnenmarkt hatte Großbritannien über seinen gut gefestigten Überseehandel auch Zugang zu außereuropäischen Absatzmärkten (Osterhammel 2011:918).

Die Auswirkungen der Industriellen Revolution

Die Industrialisierung reduzierte die Stückkosten in der Produktion massiv. Dies gelang deshalb, weil zu ähnlichen Gesamtkosten nun eine viel größere Menge produziert wurde. So konnte eine Spinning Jenny der ersten Generation mit 8 Spindeln ungefähr 2-3 Handweber ersetzen. Die späteren Generationen mit bis zu 60 Spindeln ersetzten dann 25 Handweber. Die Summe, die für den Ankauf eines mechanischen Webstuhles erforderlich war, konnte von jedem ein wenig wohlhabenderen Handwerker selbst aufgebracht werden. Kaum war die Maschine im Einsatz, amortisierte sie sich, da bei vergleichbaren Gesamtproduktionskosten die Zahl der produzierten Ware stark anstieg, im Fall von Baumwoll-Fertigwaren zwischen 1785 und 1850 um das 50-fache (Hobsbawm 1962:79). Die sinkenden Stückkosten in Kombination mit der leichten Inflation führten anfangs zu enorm hohen Profitraten für die Kapitalisten, die teilweise jenseits der 100 % pro Jahr lagen (Hobsbawm 1962:75).

Ab 1800 sanken die Profitraten deutlich. Das lag einerseits an der größer gewordenen Konkurrenz im Industriesektor, andererseits an der napoleonischen Kontinentalsperre, die Großbritannien viele seiner Exportmärkte verschloss. Nach dem Ende der napoleonischen Kriege ging die Inflation in eine Deflation über, was die Profitraten weiter sinken ließ (Hobsbawm 1962:84).

Diese Phase der Industrialisierung halte ich für wesentlich im Bezug auf den Imperialismus. Großbritanniens Kapitalisten erkannten, dass fremde Mächte eine Gefahr für ihre Geschäfte darstellen konnten, wenn diese in ihrem Einflussbereich keine britischen Importe zuließen oder diese erschwerten. Nach der Erfahrung der Kontinentalsperre gingen die britischen Kapitalisten wohl davon aus, dass Frankreich in seiner gesamten Einflussphäre britische Importe zu verhindern versuchen würde – egal, ob diese Einflussphäre in Europa, Asien oder Afrika lag. Somit war aus der Sicht der kapitalistischen Schicht klar, dass der Staat Großbritannien die Exportmärkte vor dem Zugriff anderer Mächte schützen musste. Mit dieser fixen Idee einer einflussreichen Klasse – schützt unsere Exportmärkte! – lassen sich die imperialistischen Aktivitäten Großbritanniens leicht erklären. Das Fehlen dieser einflussreichen Bevölkerungsklasse in Österreich wiederum erklärt, warum Österreich keine dauerhafte Präsenz im Sudan aufbaute.

Neben der Angst um die Exportmärkte machten sich Großbritanniens Kapitalisten auf die Suche nach neuen Investmentmöglichkeiten, da die Investitionen in die heimische Industrie keine allzu großen Profite mehr versprachen. Zunächst wurde viel Kapital exportiert und vor allem in südamerikanischen Staatsanleihen angelegt. Allerdings stellte sich bald heraus, dass es sich dabei um ein riskantes Investment handelte: Zwischen 1818 und 1835 fielen 16 von 35 Lateinamerikaanleihen aus (Hobsbawm 1962:96). Auch in das Osmanische Reich und nach Ägypten wurde Kapital exportiert. Als diese Länder ihren Schuldendienst nicht mehr erbringen konnten, gewann Großbritannien dadurch politischen Einfluss, der in einer de-facto Kolonialherrschaft endete. Die Investoren, denen die außereuropäischen Staatsanleihen zu gefährlich waren, steckten ihr Geld in den Eisenbahnbau (Hobsbawm 1962:97).

Die kapitalistische Klasse Großbritanniens hatte neben dem Staat, der ihre Interessen vertrat, noch einen entscheidenden Vorsprung gegenüber den Konkurrenten Festlandeuropas: Ihr Kapitalstock (und vor allem: die Kaufkraft der Konsumenten, die ihre Produkte kauften) blieb auch nach den napoleonischen Kriegen erhalten. Die bereits erwähnte Deflation schmälerte zwar die Profite, war aber immer noch besser als die Hyperinflation, die den Kontinent erfasste. Fast alle Staaten hatten zur Finanzierung der napoleonischen Kriege mit der Ausgabe von inkonvertiblem Papiergeld begonnen. Papiergeld war bereits länger im Umlauf, allerdings war es konvertibel, das heißt, es konnte jederzeit in Gold umgetauscht werden. Bei inkonvertiblem Papiergeld war das nicht mehr der Fall. Es lebte also vom Vertrauen des Papiergeldbesitzers zur ausgebenden Institution. Während das britische (Papier-)Pfund stabil blieb, sank der Wert des ausgegebenen Papiergeldes in Frankreich auf 0,3 % des Ausgangswertes. Auch Österreich (10 % des Ausgangswertes) und Russland (20 % des Ausgangswertes) standen nicht viel besser da. Alle diese Länder hatten versucht, die Kriegsausgaben über Staatsanleihen zu finanzieren, was ihnen bei gleichbleibenden Einnahmen höhere Ausgaben, vor allem durch die Zinsbelastungen, brachte. Großbritannien hingegen führte um 1800 die Einkommensteuer ein und übertrug so die Kriegsfinanzierung seinen Steuerzahlern. Somit war es nach den napoleonischen Kriegen das einzige Land Europas, das nicht kurz vor dem Staatsbankrott stand – obwohl es drei bis vier Mal so viel wie Frankreich für die Kriege ausgegeben hatte (Hobsbawm 1962:199).

Am Ende der Industriellen Revolution sehen wir also ein Großbritannien, dessen Eliten über viel Kapital verfügen, für dessen Sicherung und Vermehrung sie von staatlich geschützten Exportmärkten abhängig sind. Der Staat steht finanziell gut da und kann es sich leisten, den Wünschen der Kapitalisten zu entsprechen und sich entsprechend diplomatisch und militärisch in deren Sinne zu engagieren.

4.5 Europa nach der Doppelrevolution

Bei einer Analyse der Gesellschaft Europas um 1850 lässt sich nicht mehr erklären, welche Veränderung nun auf die Industrialisierung und welche auf die politische Aufklärung zurückzuführen ist. Über die Einzelauswirkungen hinaus verknüpften sich auch die Folgen der Revolutionen, und so entstand aus der Französischen Revolution, der Industriellen Revolution und deren Interdependenzen etwas völlig Neues: das moderne, industrialisierte, kapitalistische Europa, das Europa der Bürger, das Europa des verarmten Proletariats und das Europa des Nationalismus.

Doch was genau war diese Doppelrevolution? Der österreichische Wirtschafts- und Sozialhistoriker Alois Brusatti macht drei Gesellschaftsbereiche aus, die einen radikalen Wandel erlebten und so die gesamte Gesellschaft nachhaltig veränderten:

- Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft werden nun von rationalen Grundsätzen geleitet. Deren Prozesse werden nun nicht mehr vom Glauben an „Gottes Wille“ angetrieben, sondern von rational definierten Grundsätzen.
- Der Mensch an sich emanzipiert sich als Individuum und schwingt sich zum eigenen Gestalter seines Lebens auf – es ist nicht mehr nur Diener für Gott und Kaiser.
- Auch der Staat ändert sich massiv. Er ist nicht mehr das Privateigentum des Herrschers, der mit ihm nach Gutdünken machen kann, wie ihm beliebt. Es werden rationale Staatsziele entwickelt, in denen der Bürger weit mehr ist, als lediglich beherrschtes Objekt.

(Brusatti 1979:67)

Ursachen für diese Veränderungen sind die politischen Ideen, denen die Französische Revolution zum Durchbruch verholfen hatte und jene gesellschaftlichen Tatsachen, die die Industrielle Revolution, von Großbritannien ausgehend, geschaffen hatte.

Die Werkzeuge, die die weltweite Expansion dieses neuen Europa erst möglich gemacht hatten, waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts und von der Industrialisierung selbst entwickelt worden. Luxusgüter wurden schon lange über weite Strecken gehandelt – man denke an die Handelswege der Seidenstraße, auf der seit der europäischen Bronzezeit Handel und Technologietransfer zwischen China und Europa stattfand, oder die Bernsteinstraße, die sich zur Zeit des Imperium Romanum als Handelsweg etablierte. Damit der Fernhandel aber einen für die Gesamtwirtschaft wesentlichen Einfluss erlangen konnte, waren technologische Fortschritte notwendig, die größtenteils im 19. Jahrhundert passierten. Verschiedenste Technologien ermöglichten die schnellere und billigere Überwindung des Raumes.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Europa die Straßen befestigt, die Durchschnittsgeschwindigkeit der Kutschen verdreifachte sich damit von 5 auf 15 km/h. Mit der Ausbreitung der Eisenbahn ab ca. 1830 verdreifachte sich die Geschwindigkeit nochmals auf 45 km/h. Das bedeutet zwischen 1789 und 1850 eine Verneunfachung der möglichen Reisegeschwindigkeit (Nonn 2007:70).

Auch auf See wurden die alten Fortbewegungsmittel im 19. Jahrhundert abgelöst: An Stelle der Segelschiffe traten nun ab 1850 immer mehr Dampfschiffe, der Handel wurde zuverlässiger und nicht mehr abhängig von jahreszeitlich unterschiedlichen Windverhältnissen. Mit der Einführung der Dampfschiffe wurde auch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung von Kanälen möglich –hier verweise ich auf den Sueskanal, dessen Bedeutung für die europäischen Strategien in Nordostafrika eine wesentliche war (Nonn 2007:74) und auf den ich in Kapitel 5.3.4 ab Seite 107 genauer eingehe.

Auch die Übermittlung von Informationen revolutionierte sich im 19. Jahrhundert. Die Botenreiter wurden durch Kabel und Technik abgelöst. 1837 wurde der elektromagnetische Telegraf erfunden, mit dem Morsezeichen über Kabel übertragen werden konnten. Dieser „Globalisierung der Information“ mag auch zu verdanken sein, dass beispielsweise der böhmische Glasindustrielle über die Information verfügte, dass es im Sudan

eine Nachfrage nach Glasperlen gäbe – und er einen seiner Söhne ebendort hinschickte. Etwas, das im 19. Jahrhundert zwar immer noch ein großes Abenteuer darstellte, wäre im 16. oder 17. Jahrhundert noch gänzlich undenkbar gewesen.

Was bedeuteten diese Veränderungen kumuliert für die Menschen in Europa? Sie wurden aus ihrem bis dahin stark begrenzten Lebensraum quasi herausgerissen. Der Horizont erweiterte sich vom eigenen Dorf (und vielleicht dem nächsten Markort) ganz gewaltig. Nationale Märkte für Güter und Arbeit entwickelten sich, und nicht nur die Waren, sondern auch die Menschen wurden mobil. Damit geht einher, dass an einem Ort mehr Arbeitskräfte konzentriert werden konnten, als in der unmittelbaren Umgebung Nahrungsmittel zur Verfügung standen.

Es entstand aber auch ein nationaler „Markt der Informationen und Ideen“ – neue Ideen konnten sich viel schneller als früher ausbreiten, nicht nur durch Medien, sondern auch durch Mundpropaganda, wenn der Dorfbewohner, der in der Stadt arbeitete, seine Verwandten am Land besuchen kam. Das führte zu einer Politisierung größerer Teile der Bevölkerung (Osterhammel 2011:769). Die Entwicklung kulminierte darin, dass der Mensch begriff, dass sein Platz im Dorf nicht göttlich vorherbestimmt war, sondern dass jeder selbst „seines Glückes Schmied“ ist und sein Leben grundsätzlich selbst in die Hand nehmen könnte. In der Realität standen dieser idealistischen Idee fast unüberwindliche Hürden entgegen, aber der Keim der Idee wurde verbreitet, und die Bevölkerung wurde kritischer.

Auf dieser ersten Idee, nicht mehr alles so zu akzeptieren, wie es zu jener Zeit war, bauten die Ideen auf, die den politischen Rahmen des 19. Jahrhunderts gestalten sollten: Individualismus, Liberalismus, Rationalismus und Fortschrittsglaube (Nonn 2007:79, 86).

Gemeinsam mit den neu erschaffenen Industrieprodukten bildeten sie die Werkzeuge, mit denen Europa im Laufe des 19. Jahrhunderts den Rest der Welt dominieren und nach seinen Wünschen gestalten sollte.

4.6 Europäische Expansion und weltweite Dominanz – der Imperialismus

Auf den ersten Blick ist recht leicht erklärbar, wie es nach der Doppelrevolution zur weltweiten europäischen Dominanz kam: Europa hatte die Möglichkeiten in der Hand, die Welt zu beherrschen, also schritt es dazu, die Welt nach und nach in seine Abhängigkeit zu bringen. Auf die Aufgaben des Historikers zurückbesinnend – „*Their primary concern is why something happened when it did.*“ (Owen 1972b:3) – stellt sich über die bloße Feststellung, dass Europa expandierte und am Ende des 19. Jahrhunderts eine weltweite Dominanz ausübte, hinaus nun die Frage, warum es zu dieser Expansion kam.

Zu dieser Frage versucht die *Imperialismusforschung* Antworten zu finden. In diesem interdisziplinären Forschungsfeld finden sich verschiedene Strömungen, die vor allem auch durch ihre Hintergrunddisziplinen geprägt sind. So sind die marxistischen Imperialismustheorien stark wirtschaftswissenschaftlich geprägt, während sich die politikwissenschaftlichen eher an der Beziehung der Staaten zueinander orientieren. Diese zwischenstaatlichen Beziehungen wiederum werden in den soziologischen Imperialismustheorien kaum berücksichtigt. Einige Politikwissenschaftler wiederum unterscheiden ganz deutlich zwischen Imperialismus und Kolonialismus (bei ersterem geht es um das informelle Beherrschen einer Gesellschaft, während es sich bei zweiterem um einen völkerrechtlich anerkannten Beherrschungszustand handelt), während einige Historiker die Begriffe mehr oder weniger gleichsetzend verwenden. Viele Historiker folgen dem „umfassenderen Imperialismusbegriff“, wie ihn unter anderem Hobsbawm verwendet, und verstehen unter Imperialismus das Gesamtphänomen der europäischen Expansion bis zur Dominanz weiter Teile der Welt durch europäische Mächte. Diese Definition halte ich allerdings für eine analytisch unbrauchbare, da sie keine Variablen enthält, die analysiert werden könnten, sondern zu deskriptiven Antworten verführt. Als brauchbar, speziell, wenn man die Anfänge des Imperialismus untersucht, hat sich für mich die Definition von Robinson erwiesen: „*Imperialism in the industrial era is a process whereby agents of an expanding society gain inordinate influence or control over the vitals of weaker societies by ‚dollar‘ or ‚gun-boat‘ diplomacy, ideological suasion, conquest and rule, or by planting colonies of its own people abroad.*“ (Robinson 1972:118f).

Robinson erwähnt in seiner Definition Akteure und Methoden, anhand derer eine weitere Untersuchung möglich ist. Weiterführend stelle ich nun einige Imperialismustheorien (und deren Definitionen von Imperialismus) vor, um diese nach Erklärungen zu möglichen Motiven der *agents of an expanding society* zu durchforsten. Die verschiedenen Ansätze werde ich dann am Ende dieses Kapitels zusammenführen.

Ein großes Problem stellt die Motivation der meisten Imperialismusstudien dar: Sie wollen meist die Konsequenzen des Imperialismus erklären und legen nur in den seltensten Fällen ihren Schwerpunkt auf die Motivation für imperialistisches Engagement – womit sie nicht brauchbar sind, um das Auftreten des Phänomens Imperialismus zu erklären.

Ich beschäftige mich zunächst mit marxistischen Imperialismustheorien. Marx selbst schrieb keine explizite Imperialismustheorie, legte mit seiner Analyse der kapitalistischen Produktionsbedingungen in *Das Kapital* aber den Grundstein für die darauffolgenden marxistischen Imperialismustheorien. Marx versuchte nachzuweisen, dass die Triebfeder für den Kapitalismus nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern die Erwirtschaftung von Profiten durch Unternehmer auf Basis der Ausbeutung der Arbeitnehmer sei (Kemp 1972:18). Die Unternehmen in den entwickelten Staaten suchten nach Marx neue Absatzmärkte, um die Profitrate hoch zu halten. Dabei setzte die besitzende Klasse all ihren politischen Einfluss zu ihrem Wohl ein – und gewann Regierungen dazu, im Interesse der Kapitalisten zu handeln. Andere Gebiete der Welt wurden wirtschaftlich an Europa gebunden. So konnten dort günstig Rohstoffe erworben werden, und der Fall der Renditen wurde – zumindest kurzfristig – gestoppt. Mit der Zeit ergab sich so in den Metropolen ein Kapitalüberschuss, der zunächst in große Infrastrukturprojekte, meist den Eisenbahnbau, floss. Als in Europa die größten Infrastrukturprojekte abgeschlossen waren, gab es keine Anlagemöglichkeiten mehr innerhalb Europas. Die Kapitalisten suchten nun außerhalb Europas nach Infrastrukturprojekten, die sie finanzieren konnten. Bekamen die Kreditnehmer Probleme bei der Rückzahlung, riefen die Kapitalisten nach dem Staat, der ihre Investitionen schützen sollte. So kamen die Staaten in die formelle Abhängigkeit Europas (Kemp 1972:21).

Nach Marx war die Expansion auf den Weltmarkt notwendigerweise ein Wettbewerb unter den Staaten, da jeder Staat seine Macht nutzte, um seinen eigenen Unternehmern

Vorteile zu verschaffen. Um die Expansion zu argumentieren, wurde von der herrschenden Klasse (der Bourgeoisie) der Patriotismus oder der Nationalismus bemüht. Die ideologische Komponente sollte verdecken, dass die Expansion allein aufgrund der kapitalistischen Produktionsweise notwendig war, da ansonsten ein Verfall der Renditen für die Kapitalisten gedroht hätte (Kemp 1972:26).

Das wesentlichste Werk der marxistischen Schule war Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Er analysierte mit Hilfe umfangreicher Literatur die wirtschaftliche Entwicklung Europas hin zum Monopolkapitalismus, der vor allem in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg zu beobachten war. Im Prinzip bauten die Marxisten alle auf *Das Kapital* auf, und ergänzten die einzelnen Schwerpunkte um neue Analysen, die die Erkenntnisse von Marx festigen sollten. Während sich Rosa Luxemburg der Reproduktionsprozesse annahm, konzentrierte sich Lenin auf die Entstehung des Monopolkapitalismus und schuf damit die erste in sich geschlossene Imperialismustheorie (Kemp 1972:26-30).

Rudolf Hilferding legt in seinem Werk *Das Finanzkapital* (1910) den Fokus auf die Wirtschaftsstrukturen der Metropolen. Er beobachtete in den USA, Deutschland und Großbritannien ein Zusammenwachsen des Banken- und Industriesektors, was dazu führte, dass die Banken mit ihrem Kapital immer mehr Industriebetriebe kontrollierten. Es entstand ein Kapitalmonopol, das den eigenen Markt (=das eigene Land) beherrschte, und von dem auch die Politik abhängig war. Dieses Kapitalmonopol war auf der Suche nach neuen Märkten, auf denen durch politische Interventionen Konkurrenz ausgeschaltet werden musste, damit die Profitraten hoch genug wären – und instrumentalisierte die Politik so für sich, dass es zur imperialistischen Expansion kam. Der wesentliche Punkt bei Hilferding ist, dass diese Expansion irgendwann zum Konflikt unter den expandierenden Staaten selbst führen muss (an die Menschen, auf deren Kosten expandiert wurde, dachte zum Zeitpunkt der Publikation sowieso noch kaum jemand), nämlich spätestens dann, wenn der gesamte Kuchen unter den expandierenden Mächten verteilt ist – dann ist Wachstum nur noch auf Kosten anderer ebenfalls expandierender Mächte möglich, und es kommt zum Krieg zwischen den imperialistischen Staaten. (Brown 1972:47-49)

Ich finde die marxistischen Theorien sehr nützlich, um auf einer höheren, allgemeineren Ebene die fortschreitende Machtübernahme Europas zu erklären. Individuelle Handlungen in der Anfangszeit der europäischen Expansion sind damit aber kaum zu erklären. Ob der böhmische Glasproduzent wirklich Angst vor dem Fall der Profitraten hatte, als er seinen Sohn ermunterte, im Ausland nach neuen Absatzmärkten zu suchen, ist fraglich.

Zutreffender ist das Erobern neuer Absatzmärkte (oder auch das Beschützen bestehender) als Triebfeder des Imperialismus im Falle Großbritanniens: Im Gegensatz zu den Kontinentalmächten war die Existenz der britischen Industrie von der Möglichkeit zu exportieren abhängig, da bereits 1814 deutlich mehr als die Hälfte der Industrieproduktion in den Export ging. Später stieg der Exportanteil noch an. Gleichzeitig war in der Anfangsphase der kontinentaleuropäische Markt aufgrund Napoleons Kontinentalsperre für Großbritannien nicht zugänglich. Die Industrie war gezwungen, sich andere Absatzmärkte zu suchen. Schnell entwickelte sich eine Symbiose zwischen Regierung und Industrie: Die Regierung sorgte in britischen Einflussgebieten für eine Monopolstellung britischer Industrieprodukte und die Industrie, beziehungsweise die kapitalbesitzende Klasse, der auch die Politiker angehörten, profitierte davon. Die wichtigsten Exportmärkte waren Lateinamerika, Indien und später Afrika (Hobsbawm 1962:74).

Ein Wettbewerbsvorteil für die britischen Firmen war der gut ausgebaute Banken- und Versicherungssektor. Das Fehlen eines stabilen Bankensystems führte in Frankreich zu einer Unterkapitalisierung der Unternehmen (Black 2002:63). Trotz des seit dem 18. Jahrhundert bestehenden Vorsprungs Großbritanniens ließ sich Frankreich nie ganz abhängen und nützte alle sich bietenden Gelegenheiten, den Abstand zu Großbritanniens Macht wieder zu verkleinern. So sieht auch Black in der Dynamik dieses Wettbewerbs die Essenz zur weiteren Entwicklung der europäischen Expansion (Black 2002:67). Außereuropäische Gebiete wurden nicht mehr ausschließlich ihrer selbst wegen erobert, sondern vor allem, um die Konkurrenz daran zu hindern, dort Fuß zu fassen.

Insbesondere gilt das für die britische Expansion in Indien und Napoleons Ägyptenfeldzug 1798, der vor allem die britische Position in Indien schwächen wollte (Black 2002:129). Ägypten selbst war zwar ein Faktor, stand aber nicht im Mittelpunkt. Die

Franzosen wurden wieder aus Ägypten vertrieben – durch die Seeherrschaft der *Royal Navy*, die die Nachschubwege abschnitt (Black 2002:134).

Die Herrschaft in Indien erschien essentiell für das Aufrechterhalten des britischen Weltreiches. Aus diesem Grund wurde Indien um jeden Preis, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, gehalten (Robinson, Gallagher et al. 1961:11; 16). Daraus abzuleiten ist die britische Politik Nordostafrika betreffend. Auch wenn natürlich immer noch der oberste britische Grundsatz galt, dass fremde Gebiete mit so wenig finanziellem Aufwand wie möglich kontrolliert werden mussten, so ist das britische Verhalten in der Region vor allem vor der strategischen Bedeutung des Seeweges nach Indien zu sehen. „*British positions and interests in half the world stood or fell upon the safety of the routes eastward.*“, brachte Robinson die strategische Position Nordostafrikas auf den Punkt (Robinson, Gallagher et al. 1961:11; siehe auch 76f oder 82).

Für Ägypten im Speziellen galt dann noch dessen Besonderheit als Provinz des Osmanischen Reiches. Auch wenn Frankreich und Großbritannien eifersüchtig darauf bedacht waren, die jeweils eigene Macht dem anderen gegenüber auszubauen, so hielten sie sich in Ägypten zurück. Das ist auch der Grund, warum Ägypten erst 1882 besetzt wurde und nicht schon viel früher. Das Osmanische Reich war das Schutzschild gegenüber Russland. Die höchste Priorität Großbritanniens und Frankreichs in der Levante war daher, das Osmanische Reich nicht zu schwächen, auch wenn dies bedeutete, auf mehr Einfluss in Ägypten zu verzichten (Robinson, Gallagher et al. 1961:77). Darüber hinaus war Großbritannien bewusst, dass Ägypten zwar am Zugang zum Roten Meer lag, dieser Zugang aber gefährdet war, wenn der Puffer zu Russland – das Kernland des Osmanischen Reiches, Kleinasien – in russische Hände fiel, wie ein Bericht aus dem Kabinett Disraeli aus dem Jahr 1876 belegt:

„*Many in England say, Why not? England might take Egypt, and so secure our highway to India. But the answer is obvious... If the Russians had Constantinople, they could at any time march their Army through Syria to the mouth of the Nile, and then what would be the use of our holding Egypt? Not even the command of the sea could help us under such circumstances... Constantinople is the key of India, and not Egypt and the Sues Canal.*“

(zit. nach Robinson, Gallagher et al. 1961:82)

Eine weitere Imperialismustheorie stammt von Joseph Schumpeter. Seine Theorie gehört zu den soziologischen Imperialismustheorien. Er bestritt große Teile der Marx'schen Erkenntnisse. In seinem 1919 veröffentlichten Werk *Zur Soziologie der Imperialismen* vertrat er die Meinung, dass der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Kapitalismus nicht gesichert sei. Er sieht als Triebfeder für den Imperialismus atavistische⁷ und feudalistische Geisteshaltungen sowie bestimmte Sozialstrukturen in der Gesellschaft der Metropole (Wehler 1972:73f). Die Ursache für die Expansion sei in innenpolitischen Problemen zu suchen, wie fehlenden Erwerbsmöglichkeiten für Aristokraten und dem viel zu großen Mittelstand – durch die Expansion konnten die Regierungen innenpolitische Probleme lösen (Brown 1972:39f). Für Wehler ist der größte Schwachpunkt an Schumpeters Theorie, dass sie auf Großbritannien nicht anwendbar sei, und außerdem willkürliche Definitionen verwende. Sie helfe aber Historikern auf der Suche nach soziopolitischen Systemen, die den Imperialismus hervorbrachten (Wehler 1972:73f).

An Schumpeters Theorien finde ich die explizite Erwähnung von Geisteshaltungen interessant. Schumpeter bezieht sich damit ausdrücklich auf individuelle Überlegungen und Entscheidungen. Um eben diese Theorien weiterzuführen, hilft ein Wissenschaftsbe- reich, der Schumpeter noch nicht zur Verfügung stand: die *Gender Studies*. In den letz- ten Jahren gibt es immer mehr Studien, die den Genderaspekt des Imperialismus her- ausarbeiten, so z.B. den von Clare Midgley herausgegebenen Sammelband *Gender and Imperialism* (Midgley 1998). Alle diese (zumindest die von mir gefundenen) Studien haben leider eines gemeinsam: Sie untersuchen die Rolle von Frauen bei der Ausfüh- rung imperialistischer Handlungen, typischerweise bei der Besiedlung neuer Länder, oder die Rolle der Frauen innerhalb der kolonialen Gesellschaften. Keine dieser Studien beschäftigt sich mit der Genderrolle der Männer im Imperialismus. Leider müssen da- mit meine Gedanken zu diesem Thema wissenschaftlich ungeprüft stehenbleiben. Ich bin überzeugt, dass sich Männer auch deshalb als Agenten des Imperialismus engagier- ten, weil dadurch in ihrer Heimatgesellschaft ihr Sozialprestige stieg. Sie waren wichtig, wurden bewundert und von Frauen umschwärmt. Dies entsprach einer Position, die für einen Mann des 19. Jahrhunderts erstrebenswert war.

⁷ „Atavismus“ ist ein evolutionsbiologischer Begriff, der das Vorhandensein von nicht mehr benötigten, überholten anatomischen Merkmalen bezeichnet, wie zum Beispiel das Wachsen eines Schwanzes beim Menschen oder die Ausbildung von Extremitäten bei Meeressäugtieren.

Hans-Ulrich Wehler sucht die Gründe für imperialistische Bemühungen europäischer Mächte in den innenpolitischen Konsequenzen der Industrialisierung und dem damit einhergehenden schnellen Wirtschaftswachstum. Das Wirtschaftswachstum der sich industrialisierenden Gesellschaften geht nicht gleichmäßig vonstatten, sondern in Wellen. Extremes Wachstum wird von einer kurzen Depression abgelöst, auf die wiederum extremes Wachstum folgt. Diese Art von Wachstum verursacht massive Auswirkungen im sozialen Bereich, die das Deutsche Reich ab 1876 prägten. Der Staat versuchte, das Problem durch Interventionen im Sinne des Konzeptes des „Organisierten Kapitalismus“ in den Griff zu bekommen, das sich wesentlich von frühen Phasen des Kapitalismus, geprägt durch Wettbewerb und klein- und mittelständische Betriebe, unterschied. Beide Partner in diesem System, der Staat auf der einen und der organisierte Kapitalismus auf der anderen Seite, hatten ein Interesse daran, neue Exportmärkte zu erschließen, was zur Expansion des Deutschen Reiches führte (Wehler 1972:75f).

In der Mitte der 1880er Jahre wurde das Deutsche Reich gleichzeitig von einer Agrarkrise und der weltweiten Industriedepression getroffen. Das Freihandelskonzept wurde aufgegeben, die Staaten setzten auf Protektionismus. Um für die Industrie neue Märkte zum Zweck des Absatzes der Überproduktion zu erschließen, mussten daher Kolonien erworben werden – die man gegen den Marktzugang anderer europäischer Mächte abschotten konnte (Wehler 1972:80).

Diese These wird von Harry Magdoffs Überlegungen zur Beteiligung der Politik am Imperialismus gestützt: Magdoff sieht die Rolle der Regierungen in der Mitte zwischen den in den Imperialismustheorien vorkommenden Extremen – auf der einen Seite die Regierung als Diener des Finanzclusters, auf der anderen Seite die Regierung als unabhängige Stelle, deren Aufgabe der Interessensausgleich bei sich widersprechenden Interessenslagen ist, die über große Freiheit zur unabhängigen Gestaltung der Politik verfolgt (Magdoff 1972:162).

Magdoff argumentiert, dass die gemeinsame Motivation aller Regierungen sei, an der Macht zu bleiben beziehungsweise ihre Macht auszubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgten die Regierungen je nach Weltbild, Fähigkeiten und Ausbildung der Entscheidungsträger unterschiedliche Strategien. Entscheidend sei aber, dass alle Regierungen spätestens im 19. Jahrhundert erkannt hätten, dass ihre Macht in der wirtschaft-

lichen Kraft des Landes liege. Diese versuchten sie auf verschiedene Weisen zu steigern – unter anderem auch durch Expansion (Magdoff 1972:164). Auch ein größeres, mit den Farben des eigenen Staates eingefärbtes Gebiet auf der Landkarte suggerierte wirtschaftliche Macht und erhöhte außerdem das Prestige der Regierung. Eine mächtige Regierung fühlte sich sicherer.

Im 19. Jahrhundert konnte die Regierung nicht mehr unabhängig vom Volk agieren. Das Volk musste also für den Imperialismus begeistert werden. Besonders auffällig passierte dies im Deutschen Reich unter Bismarck: Der Imperialismus wurde von der Regierung als die gemeinsame Aufgabe des deutschen Volkes dargestellt. Dieser höheren Aufgabe müsste sich alles andere unterordnen – so wurde das Volk, das aus ursprünglich verschiedenen Staaten kam, hinter der Führung geeint, und die revolutionären Kräfte wurden unter Kontrolle gehalten. Der Imperialismus ermöglichte einem autoritären Regime, dem durch soziale Veränderungen, hervorgerufen durch starkes Wirtschaftswachstum, die innenpolitische Zustimmung abhanden kam, sich zu legitimieren. Der Imperialismus war das emotionale Staatsziel, das das Volk hinter den Machthabern versammelte (Wehler 1972:78, 88). Dieser Mechanismus funktionierte nicht nur im Deutschen Reich. Auch in Großbritannien formierte sich der nationalistisch-patriotische Imperialismus um seiner selbst willen. Es setzte eine Dynamik mit einem sich selbst verstärkenden Kreislauf ein: Für die europäischen Gesellschaften selbst wurde es zur Selbstverständlichkeit, dass die eigenen Armeen neue Gebiete besetzten. Das gab den Europäern das Gefühl der Überlegenheit über außereuropäische Gesellschaften. Dieses Überlegenheitsgefühl verstärkte wiederum die Expansionslust und führte zu vermehrtem Truppeneinsatz in außereuropäischen Gebieten (Black 2002:135). Gemeinsam mit den neuen Werten des 19. Jahrhunderts, vor allem dem Nationalismus, führte dies zu patriotischen Forderungen nach imperialen Unternehmungen. Aus Großbritannien wurde das *British Empire* und aus „*Britannia, rule the waves*“ wurde „*Britannia, rule the world*“.

Es ist davon auszugehen, dass diese Emotionalisierung des Imperialismus zu Interdependenzen des gesellschaftlichen Rahmens mit Individualentscheidungen führte. Viele deutsche und britische Männer werden sich wohl auch deshalb aktiv am Imperialismus beteiligt haben, um „etwas zu werden“, sich und anderen ihre Männlichkeit zu beweisen und auch, um einfach nur reich zu werden. Im Prinzip können vor diesem Hintergrund

alle Theorien zusammengeführt werden. Für diese individuellen Motive spricht auch, dass wir heute wissen, dass die Profitrate der Auslandsinvestitionen in der Peripherie insgesamt nicht höher war, als die der Inlandsinvestitionen (Wehler 1972:55). Allerdings gab es unter den vielen Auslandsinvestitionen einige wenige, die sehr produktiv waren und sich in Europa herumsprachen. Immer wieder gastierten in den Londoner Clubs angeblich sagenhaft reiche karibische Zuckerbarone oder andere Individuen, die außerhalb Europas zu Reichtum gelangten (oder zumindest behaupteten, reich geworden zu sein).

Das heißt wiederum, dass ein Investor, der sich gründlich mit der Überlegung auseinandersetzte, außerhalb Europas zu investieren, vermutlich von diesen „Tropen-Tycoons“ gehört hatte, die mit relativ wenig eigenem Input und viel Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung wirklich reich wurden. Dass dieses „wirklich reich werden“ die Ausnahmeerscheinung war, wissen wir heute aus unseren ex-post-Analysen. Die tatsächlich zu erwartende Profitrate kannte allerdings kein Investor im Voraus. Die Entscheidung, außerhalb Europas zu investieren (oder auch nur den Sohn auf Erkundungsreise zu schicken) fiel daher aufgrund individueller Erwartungen an die zukünftige Profitrate – und diese Erwartungen waren stark emotional geprägt. Damals wie heute beeinflusst die Investmentstory⁸ den Investor mehr als volkswirtschaftliche Daten oder Unternehmenskennzahlen – die im 19. Jahrhundert außerdem wohl nicht zur Verfügung standen.

Diese Behauptung wird gestützt durch Harry Magdoffs Überlegungen zu den erwarteten Profitraten. Magdoff widerlegte die Behauptung der Marxisten, die tatsächliche Profitrate in der Metropole sei stets niedriger gewesen als in der Peripherie. Allerdings sei die erwartete Profitrate eines Investments in der Peripherie höher gewesen als in der Metropole. Tatsache ist, dass die Zinsen für ausländische Anleihen meist sehr deutlich unter der Rendite lagen, die bei einem Investment in der europäischen Industrie zu erzielen gewesen wäre. Wie sieht es aber bei Industrieinvestitionen aus? Hier muss ebenfalls nicht unbedingt die Rendite in der Kolonie höher sein als die im Inland. Es genügt,

⁸ Der Begriff „Investmentstory“ ist von mir entlehnt aus der Finanzbranche. Er beschreibt das Bild, das einem potenziellen Investor auch gefühlsmäßig vermittelt wird, um ihn vom Nutzen eines Investments zu überzeugen. Dabei ist oft weniger die aktuelle Situation des Unternehmens, der Branche oder der Region entscheidend, als vielmehr die Zukunftserwartungen.

wenn sie höher ist, als die im Inland durch Neuinvestitionen zusätzlich erzielbare. Zum besseren Verständnis zitiere ich das praktische Beispiel aus Magdoffs Aufsatz:

„Theoretically, the new investment abroad could have a lower return than the average rate of profit at home and still be attractive. For example, assume that a manufacturer of refrigerators is getting a return of 20 per cent on his domestic investment. He wants to make a new investment and finds that he will get only 15 per cent at home, but that he can get 18 per cent if he uses these funds to make refrigerators abroad.“ (Magdoff 1972:156)

Die Investitionsentscheidung fällt also nicht zwischen absolut existierenden Profitraten, sondern zwischen erwarteten Renditen. Da niemand im Voraus die exakte Rendite berechnen kann, bleibt breiter Raum für individuelle Entscheidungen aufgrund einer Vielzahl von Umständen.

Ebenfalls Akteure des Imperialismus waren die Forschungsreisenden. Auf sie wird in den Imperialismustheorien nicht eingegangen. Der britische Historiker Jeremy Black führt das vor allem darauf zurück, dass bei den Untersuchungen zur Expansion Europas der Einfluss der Literatur zu Forschungsreisen gering ist. Dies sei dadurch bedingt, dass sich die Forschung über Forschungsreisen getrennt von der Forschung zu Eroberung, Migration und Handel entwickelt habe. Black sieht nämlich in der tiefgehenden Erforschung (die als Gegensatz zur oberflächlichen Entdeckung sieht; im englischen Original verwendet er die Begriffe *exploration* vs. *discovery*) außereuropäischer Erdteile einen wesentlichen Beitrag zur Änderung des Bildes, das Europäer von der außereuropäischen Welt hatten (Black 2002:5).

Aus österreichischer Sicht scheint die Motivation der Forschungsreisenden, sich in ein kostenintensives und meist lebensgefährliches Abenteuer zu stürzen, leicht erklärbar.kehrte der Forschungsreisende lebend zurück, war er ein gemachter Mann, der in den Salons der Wiener Haute-Volée herumgereicht wurde und sich über seine finanzielle Zukunft wenig Sorgen zu machen hatte.

Aus gesamteuropäischer Perspektive sieht es jedoch anders aus. Lange vor dem 19. Jahrhundert waren es die Eroberer in Südamerika, die Spanien Reichtum beschert hatten

(wenn auch nicht nachhaltig – aber das war im 17. und 18. Jahrhundert noch nicht bekannt). Es ist also davon auszugehen, dass expansionswillige Elemente in den europäischen Staaten ein Interesse daran hatten, dass in ihrem Namen Forschungsreisen durchgeführt wurden, da im Zuge dieser Forschungsreisen Reichtümer in den neu aufgeschlossenen Gebieten dem expeditionsdurchführenden Land zugänglich gemacht wurden (Black 2002:6). Speziell in Großbritannien engagierte sich neben der besitzenden Klasse auch der Staat direkt bei der Finanzierung von Expeditionen, die dann meist durch private Vereine, wie die *African Association* durchgeführt wurden (Black 2002:17).

Unabhängig vom volkswirtschaftlichen Hintergrund war es auch in Großbritannien so, dass die Erforscher fremder Länder persönlichen Erfolg in Form von gesellschaftlicher Anerkennung, wie der Aufnahme in den Londoner *Travellers Club* oder einem Adelstitel, und persönlichen wirtschaftlichen Reichtum durch die Publikation des Reiseberichtes erfuhren. Damit setzte sich ein Kreislauf in Gang, in dem jedes neu entdeckte oder erforschte Gebiet zu noch mehr Forschungsreisen motivierte. Forschungsreisender wurde zum Traumjob vieler junger Männer, die daheim kaum Chancen zu sozialem Aufstieg sahen. Es kam also zu einer Interdependenz: Einflussreiche Gruppen suchten Forschungsreisen zu fördern, um ihre Interessen durchzusetzen, während gleichzeitig die Forschungsreise an sich als verfolgenswertes Unternehmen erschien.

Neben der wirtschaftlichen Elite hatte noch eine andere Gruppe Interesse an Forschungsreisen: die militärisch-maritime Interessensgruppe. Im Vertrag von Paris 1763 gewann Großbritannien fast alle französischen Gebiete in Nordamerika und Indien. Die Beherrschung dieser Gebiete hing von sicheren Seewegen ab (Black 2002:9). Der jederzeit mögliche Ausbruch eines neuen Krieges zwischen Großbritannien und Frankreich sowie die weit verbreitete Freibeuterei machten es notwendig, militärische Präsenz auf den Ozeanen zu zeigen. Die wirtschaftlichen Interessen waren eine Hauptmotivation für den Ausbau der französischen und britischen Flotten, wobei letztere nach den Kriegen mit Frankreich ihre weltweite Vormachtstellung besiegelte. Um die Seeherrschaft zu erhalten, brauchte man Stützpunkte auf der ganzen Welt, die die Schiffe versorgen konnten. Großbritannien war also auf weltweite Präsenz angewiesen, wollte es weiterhin dominant auf den Meeren sein – und die Seeherrschaft war für den Inselstaat von existenzieller Bedeutung. Bis 1793 war diese Dominanz noch nicht vollständig gesi-

chert und sowohl Frankreich als auch Spanien errichteten den einen oder anderen Stützpunkt, speziell im Indischen und Pazifischen Ozean. Dies war ein Ansporn für die Briten noch mehr zu entdecken, zu erforschen, und die bereits besetzten Gebiete eifersüchtig vor fremdem Einfluss zu schützen. Der militärisch-maritime Interessenskomplex entwickelte sich in der Anfangsphase aus dem wirtschaftlichen Interesse, die Seewege zu sichern. Bald jedoch war er so mächtig, dass er um seiner selbst willen Einfluss nehmen konnte. Jedes neue Gebiet, das nur auf dem Seeweg erreicht werden konnte, steigerte schließlich wieder die Bedeutung und damit Macht und Einfluss der *Royal Navy*.

Black weist darauf hin, dass selbst in Großbritannien, trotz einer Forschungsreisen fördernden Regierungspolitik, viele Reisen von Einzelpersonen, aus persönlichem Interesse, initiiert wurden (Black 2002:13).

Dieses individuelle Forschungsinteresse von Einzelpersonen war in Österreich der bestimmende Ansporn für Forschungsreisen. In Großbritannien gab es eine Entdeckungspolitik der Regierung und Einfluss von Privatpersonen. In Österreich gab es zu diesem Thema überhaupt keine Politik, sondern nur Einfluss von Privatpersonen, meist motiviert durch die Aussicht, den eigenen Reichtum und Ruhm zu steigern.

Diese neuen Möglichkeiten, die Europa in Anspruch nehmen konnte, nämlich überall auf der Welt militärisch zu intervenieren oder eine Forschungsexpedition durchzuführen, waren Fortschritten in der Kommunikationstechnik, der Militärtechnik und der Medizin zu verdanken, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts gemacht wurden (Black 2002:135).

4.7 Veränderungen in Österreich

Im politischen Bereich reagierte Österreich auf die Französische Revolution mit der Gründung der *Heiligen Allianz* gemeinsam mit Preußen und Russland. Sie war als Gegenstück zu den rationalen Herrschaftsidealen der Französischen Revolution konzipiert. Die zentrale Aufgabe der Heiligen Allianz war die absolute Herrschaft der Monarchen

von Gottes Gnade zu propagieren, mit militärischer Gewalt zu schützen oder wieder einzurichten. Alles, was von diesem auf Gottesgnadentum basierenden Herrschaftsmodell abwich, wurde bekämpft. Militärisch griff die Heilige Allianz 1820/21 in Italien ein, in Spanien wurde das herrschende Königshaus bei der Bekämpfung einer Revolution unterstützt. Schließlich wollte die Heilige Allianz sogar in Südamerika eingreifen, wo sich ehemalige spanische Kolonien als Republiken unabhängig erklärt hatten. Dieses Vorhaben scheiterte aber am energischen Einspruch der USA, die mit der Monroe-Doktrin Südamerika als ihre exklusive Einflussosphäre betrachteten. Die Heilige Allianz zerbrach am Konflikt um die Unabhängigkeit Griechenlands vom Osmanischen Reich. Österreich stellte sich auf die Seite des Osmanischen Reiches, da die nationalistische Unabhängigkeitsbewegung der Griechen ganz offensichtlich gegen die Ziele der Heiligen Allianz agierte. Russland hingegen schlug sich auf die Seite der Griechen, vor allem wegen der gemeinsamen Religion (Nonn 2007:118f).

4.7.1 Der österreichische Weg zur Industrialisierung

Während in Großbritannien im 18. Jahrhundert der Außenhandel massiv zunahm und eine bedeutende Stellung in der Wirtschaft errang (Robinson, Gallagher et al. 1961:11), passierte das in Österreich nicht. Der Hauptgrund dafür war, dass Österreich seine Wirtschaft durch Protektionismus schützte und versuchte, innerhalb der Monarchie ein autarkes Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Bei der Entwicklung dieses Wirtschaftsgebietes wurde stark auf Staatsbetriebe gesetzt beziehungsweise erhielten bestimmte Privatunternehmen staatlich garantierte Privilegien wie Monopolkonzessionen. So wurde ein kapitalistischer Wettbewerb verhindert. Es gewann nicht das innovativste Unternehmen, sondern das mit den besten Beziehungen zum Wiener Hof.

Ein Beispiel ist hier die Linzer Wollzeugfabrik. Sie war zunächst ein privates Unternehmen und war mit einem staatlich garantierten Monopol ausgestattet, von dem sie auch lange Zeit profitieren konnte. Sie wurde 1754 verstaatlicht. Ab diesem Zeitpunkt versuchte der Staat „seiner“ Fabrik durch Unterdrückung privater Konkurrenz zu helfen, gleichzeitig aber war die Linzer Wollzeugfabrik nicht imstande, mit technischen Entwicklungen standzuhalten. Die Wiener und Linzer Politik mischte sich ein und den Arbeitern gelang es, die Einführung moderner Maschinen zu verhindern. So wurde weiterhin in Handarbeit produziert, während international längst auf Dampfmaschinen und

automatische Webstühle gesetzt wurde. Es wurden sogar moderne Webstühle angekauft – sie wurden aber nie in Betrieb genommen. 1851 wurde das schwer defizitäre Unternehmen geschlossen. Sandgruber sieht in den Vorgängen rund um die Linzer Wollzeugfabrik die Ursache dafür, dass Oberösterreich bis 1848 seine gesamte Textilindustrie verloren hatte, während Mähren mit dem Zentrum Brunn florierte (Sandgruber 1995:180f).

Ein ähnliches Beispiel für die Auswirkung staatlicher Monopole ist die Baumwollwirtschaft. Die Orientalische Kompanie baute in Schwechat eine Baumwollspinnerei und erhielt ein Monopol über das Gebiet Nieder- und Innerösterreichs⁹. Für ungarische Gebiete übernahm der Kaiser selbst das Monopol. Damit blieb die Baumwollverarbeitung ein insgesamt gesehen unwesentlicher Wirtschaftssektor. In den 1760er Jahren wurde die Baumwollspinnerei freigegeben, die verarbeitete Menge stieg auf bis zu 900 Tonnen Baumwolle im Jahr – im Vergleich zu 50 Tonnen zur Zeit des Monopols. 1784 wurden hohe Zölle auf den Import von Rohbaumwolle eingeführt, um die heimische Wollindustrie zu schützen. Trotzdem überlebte die Baumwollspinnerei, dank einer Innovation: 1801 wurde in Pottendorf in Niederösterreich die erste mechanische Spinnerei Niederösterreichs in Betrieb genommen, Böhmen war bereits 1799 mit drei mechanischen Baumwollspinnereien zuvor gekommen. Zuvor hatten bis zu 100.000 Menschen im Verlagsverfahren als Handspinner gearbeitet, die Zahl ging bis 1812 auf 5000 zurück. Die Zeit der Mechanisierung und der großen Industriebetriebe brach an, die Proto- und Heimindustrien waren nicht mehr konkurrenzfähig, zumindest nicht in der Baumwollverarbeitung. In der Seidenerzeugung hielt sich das Verlagssystem noch bis in die 1860er Jahre und war lange Zeit hindurch einer der wichtigsten Beschäftigungsfaktoren der Stadt Wien (Sandgruber 1995:181ff).

Die von vielen Autoren für die Industrialisierung als wesentlich bezeichnete Eisen- und Stahlproduktion wuchs in Österreich nur sehr langsam, auch wenn das Ausgangsniveau im europaweiten Vergleich sehr gut war. Um 1750 produzierte die Steiermark ca. 8 % des in Europa hergestellten Eisens und war damit Marktführer, noch vor Großbritannien. 1815 hatte sich das Verhältnis völlig ins Gegenteil umgekehrt: Großbritannien

⁹ *Innerösterreich* umfasste die Steiermark, Kärnten, Krain und das Küstenland. Der Begriff befindet sich damit im Gegensatz zu *Niederösterreich* (heutiges Wien, NÖ und Oberösterreich [sic!]) und *Oberösterreich* (Tirol und „die Vorlande“ – alle Gebiete westlich von Tirol, einschließlich Vorarlberg).

erzeugte 400.000 Tonnen Roheisen pro Jahr, die Steiermark 20.000, ein Zwanzigstel der britischen Produktion.

Internationale Autoren geben daher den Beginn der Industrialisierung der Habsburgermonarchie viel später an, so zitiert Lackner Tilly, Blume und Slokar, die die 1820er bis 1840er-Jahre als „erste Periode modernen wirtschaftlichen Wachstums“ sehen (Lackner 1995:45). Die Gründe liegen diesmal nicht so sehr in staatlichen Monopolen, sondern in mangelndem vor Ort vorhandenem Know-How, langsamem Technologietransfer aus Großbritannien und in nicht so schnell steigender Nachfrage.

Bis 1781 war die Eisenerzeugung eine der am stärksten regulierten Sparten des Bergbaus. Jeder Produktionsbetrieb hatte einen staatlich zugewiesenen Standort und eine festgelegte Produktionsquote. Es wurde bestimmt, woher Holz und Erz gekauft werden mussten. Genauso wurden Verkaufspreise, Kunden und zulässige Gewinnspannen vom Staat festgelegt. Der Staat erkannte jedoch, dass diese Beschränkungen jede Innovation unterdrücken und schaffte von 1781 bis 1783 alle Beschränkungen ab. Das war allerdings bereits gut 70 Jahre nachdem in Großbritannien statt Holzkohle der wesentlich heißer verbrennende Koks zur Eisenschmelze verwendet wurde. Die erste Runde der Innovationen in der Eisenerzeugung hatte Österreich zu jenem Zeitpunkt bereits ausgelassen. Auch die Umstellung auf Floß- und Hochöfen erfolgte spät und Eisen wurde lange weiterhin direkt geschmolzen. Ab dann kamen Innovationen vor allem durch Technologietransfer aus Großbritannien, an dessen Wachstumsraten in der Stahlerzeugung Österreich nie mehr anschließen konnte. Außerdem fehlte es in Österreich an geschultem Personal zur Bedienung der importierten Maschinen (Eigner und Helige 1999:18).

Auch in der Eisen- und Stahlerzeugung gibt es Parallelen zur bereits weiter oben genannten Linzer Wollzeugfabrik. Während der napoleonischen Kriege wurden viele Hochöfen verstaatlicht und bis zu einem Drittel der Eisenproduktion wurde von verstaatlichten Betrieben erbracht. Die steirische Eisenproduktion stagnierte. Das staatliche Engagement beschränkte sich auf Österreich. Die private Eisen- und Stahlerzeugung in Böhmen und Mähren konnte hohe Wachstumsraten vorweisen.

Lange Zeit blieb die Sensenerzeugung der größte Eisenverbraucher. Erst 1836 wurde die erste österreichische Maschinenfabrik in Wiener Neustadt gegründet, die sowohl Dampfmaschinen als auch Lokomotiven und Waggons produzierte (Sandgruber 1995:184ff).

Ebenfalls hinderlich für das Entstehen eines starken Außenhandels war die merkantilistische Politik der Regierung in Wien. Zunächst wurden entsprechend der Lehren des Merkantilismus durchaus moderne Maßnahmen verfolgt: So wurden mit der Zollordnung von 1788 und dem Nachfolgesetz, der Zoll- und Staatsmonopolordnung von 1835, ein großer Teil der Binnenzölle abgeschafft. Die Zwischenzolllinie zu Ungarn blieb allerdings noch bis 1850 bestehen und Dalmatien wurde erst 1879 in das einheitliche Zollgebiet integriert. Auch die Besteuerung und Steuereintreibung wurde auf staatliche Stellen übertragen – *staatlich* hier im Gegensatz zu vorher existierenden Steuern, die von Landherren, Stadtverwaltungen oder der Kirche eingehoben wurden. Schon zuvor waren die einzelnen Länder, gegen den Widerstand des dort ansässigen Adels, politisch entmachtet und eine einheitliche Gesetzgebung für das gesamte Habsburgerreich erlassen worden: das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) von 1811 (Sandgruber 1995:227-231).

4.7.2 Die Entwicklung rationaler Staatsziele

Bereits im 17. Jahrhundert erschien ein volkswirtschaftliches Werk, das eine territoriale Expansion zum Zwecke des wirtschaftlichen Vorteils vorschlug. Philipp Wilhelm von Hörnigk gehörte zu den Vertretern des österreichischen Merkantilismus und sein Werk „*Österreich über alles, was es nur will*“ war eines der meistverbreiteten volkswirtschaftlichen Bücher im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert. Er empfahl einen Krieg gegen Frankreich, um Unternehmer und Facharbeiter nach Österreich zu holen, genauso wie eine Expansion in klimatisch günstigere Regionen, um auf österreichischem Staatsgebiet Baumwolle produzieren zu können und die Exportabhängigkeit zu senken. Nachhaltigen Einfluss hatten allerdings nicht die Nebensätze zur Expansion hinterlassen, sondern seine Empfehlungen, wie das Land nach dem Dreißigjährigen Krieg wieder wirtschaftlich auf die Beine zu bekommen war: Im Westen des Habsburgerreiches sollte die Industrie, im Osten die Landwirtschaft angesiedelt sein. Die Wirtschaft müsste auf den Binnenmarkt ausgerichtet sein, Importbeschränkungen sollten diesen abschirmen.

Und genau dieses Konzept – Protektionismus statt Freihandel – sollte die österreichische Handelspolitik über die kommenden Jahrhunderte prägen (Sandgruber 1995:139f). Somit lag Österreich auf einer Linie mit Frankreich – Montesquieus Werk *Vom Geist der Gesetze* definierte wirtschaftlichen Erfolg als bestimmend für einen starken Platz in der Weltpolitik, und die Schlussfolgerungen wurden in Wien zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Habsburger erkannten, dass die Fläche der beherrschten Länder allein nicht mehr ausreichte, um in Europa mitbestimmen zu können. Die Habsburgermonarchie änderte die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um die Wirtschaft anzukurbeln und das Budgetdefizit zu senken (Sandgruber 1995:143f). Da die Produktivität der einzelnen Arbeiter nicht einfach steigerbar war, musste die Anzahl der Arbeitenden erhöht und die Arbeitszeit verlängert werden. So wurden etwa etliche katholische und traditionelle Feiertage abgeschafft. Auch wurde versucht, Geld statt in die Kirche in die Wirtschaft fließen zu lassen. Ins Auge sticht dabei die Klosteraufhebung unter Josef II., der auf dem Gebiet des heutigen Österreich etwa 140 Klöster, fast die Hälfte aller Klöster, schließen ließ. Religion wurde als zeitraubende und geldverschwendende Beschäftigung angesehen, die den Staatszielen entgegenstand (Sandgruber 1995:146, Arbeitszeitverlängerung: 155).

In dieser Zeit fand der Staat auch noch einen anderen Weg, seine Bevölkerung zu den Staatsidealen zu erziehen: das Bildungssystem. 1781 wurde die Schulpflicht eingeführt. Wenn sie auch aus verschiedensten Gründen nicht konsequent befolgt wurde, so hatten die Regierenden jedenfalls erkannt, welchen Einfluss sie über dieses System auf die Bevölkerung ausüben konnten. So bemühte sich der Staat auch, die Kinder des Adels und der Bürger vom privaten Hausunterricht in die staatlichen Schulen zu bekommen. In Wien wurden 1770 noch mehr Kinder privat unterrichtet als in staatlichen Schulen, aber bereits in den 1840er Jahren hatte sich das Verhältnis umgedreht. In der Schule lernten die Kinder das, was der Staat für sinnvoll hielt: Gehorsam dem Staat gegenüber, Gehorsam der Kirche gegenüber (sofern sich Zeit- und Geldaufwand in Grenzen hielt), Pünktlichkeit und Arbeitsdisziplin. Während das Grundschulwesen ausgebaut wurde, versuchte der Staat, das weiterführende Schulwesen zurückzudrängen. Eine Ausnahme bildeten naturwissenschaftlich-technische Einrichtungen: so wurde 1815 das *Wiener Polytechnische Institut*, Vorläufer der Technischen Universität, gegründet. Zuvor gab es kaum institutionalisierte Möglichkeiten zur technischen Ausbildung, sieht man von den Bergakademien, wie der bereits 1770 in Banská Štiavnica (Schemnitz, heutige Slowa-

kei) gegründeten, und militärtechnischen Ingenieurschulen ab. Vorbild für das Wiener Polytechnische Institut war die Pariser *École polytechnique*. Das Konzept wurde zunächst im bereits stärker industrialisierten Böhmen umgesetzt. 1806 wurde in Prag das „Ständische polytechnische Institut“ eröffnet (Lackner 1995:46f). Die Zeit der *Schönen Künste* des Barock und der Geisteswissenschaften war vorbei, gefördert wurde nur, was unmittelbar dem Wirtschaftswachstum zugutekam (Sandgruber 1995:150f, 154f).

4.7.3 Landwirtschaft und Privatkonsum: die Basis der Industrialisierung

Die Landwirtschaft machte große Fortschritte – hier stieg sowohl die Produktivität als auch die bewirtschaftete Fläche, letztere zwischen 1789 und 1830 um 50 %. Neue Ackerfrüchte wie Kukuruz und Erdäpfel sowie Innovationen im Bereich der Fruchtfolge und die erste Verwendung mineralischer Dünger ermöglichte es zunächst Hungersnöte zu reduzieren und in weiterer Folge mehr Menschen zu ernähren, die selbst nicht in der Landwirtschaft tätig waren. Dies war eine wesentliche, wenn nicht die wesentlichste Bedingung für Industrialisierung – denn Industriearbeiter mussten ernährt werden und konnten sich selbst nicht um Nahrungsmittelerzeugung kümmern (Sandgruber 1995:162).

In dieser Zeit vor der Industrialisierung kam es auch zum Ansteigen des privaten Konsums – oder überhaupt zum ersten Auftreten des Privatkonsums als ernstzunehmendem Wirtschaftsfaktor. Mit der staatlich massiv geförderten „Rationalisierung“ des Lebens blieb vielen Menschen nun etwas Geld über. Dieses Geld wurde nun nicht mehr wie früher in ein pompöses Begräbnis investiert und der Kirche vererbt, sondern zu Lebzeiten ausgegeben – für Waren, die ausschließlich auf den Märkten zu kaufen waren und die nicht selbst herstellbar waren, wie etwa Kaffee, Zucker, bunte, bedruckte Baumwollstoffe und Seide (Sandgruber 1995:169). Damit muss in den Menschen eine Horizonterweiterung einhergegangen sein. Man konnte nun nicht mehr nur das haben, was man selbst produzierte, oder im Dorf tauschen konnte. Hatte man Geld, konnte man sich Produkte aus fernen Ländern kaufen, die das Leben manchmal vielleicht praktischer, vor allem aber – rein subjektiv für den Konsumenten natürlich – schöner machten, und das soziale Prestige erhöhten. Der Einzelne musste also versuchen, zu Geld zu kommen.

Die Politik Josefs II., die letzten Reste des Feudalsystems abzuschaffen und sämtliche Abgaben von Natural- auf Geldabgaben umzustellen, förderte auch die Verbreitung der Geld- statt der Tauschwirtschaft. Wer seine Steuern in Geld bezahlen muss, der muss auch seine Produkte (oder seine Arbeitskraft) gegen Geld verkaufen (Sandgruber 1995:215f). Hierbei handelte es sich um ein System, das später von den Kolonialmächten verwendet werden sollte, um die einheimische Bevölkerung in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu zwingen.

Die einzige wirkliche Folge der bürgerlichen Revolution von 1848 war die Grundentlastung der Bauern – der letzte Rest des Feudalsystems wurde damit beseitigt. Die Bauern erhielten Eigentumstitel für das von ihnen bearbeitete Land. Allerdings mussten sie dafür den Grundherren Entschädigungen bezahlen. Der Wert des Landes wurde gedrittelt, ein Drittel bezahlte der Bauer, ein Drittel der Staat, und ein Drittel wurde von den ehemaligen Grundherren selbst getragen. Die Folgen sind in der Wissenschaft umstritten: Einige bewerten sie höchst positiv, andere weisen darauf hin, dass durch die Entschädigungspflicht der Bauern für viele Jahre den Bauern selbst kein Investitionskapital zur Verfügung stand, um die neugewonnene Freiheit auch in Innovation umzusetzen. Abgesehen davon war die Ausbildung der Bauern nicht die Beste, sodass sowohl Kapital als auch Know-How und der Wille zu großen Innovationen in der Landwirtschaft fehlten (Sandgruber 1995:234f).

4.7.4 Energie- und Verkehrsprobleme

Die anfangs vorteilhaften Voraussetzungen für die Protoindustrie begannen sich mit weiterer Entwicklung ins Gegenteil zu verkehren. Stand zunächst die billige Versorgung mit Holzkohle auf der Vorteilsliste, machten sich später ein Holzmangel und schließlich ein genereller Mineralkohlemangel bemerkbar. Und dort, wo Mineralkohle zur Verfügung stand, war es nicht die für die Eisenproduktion notwendige hochqualitative Steinkohle, sondern Braunkohle. Dem Zentralisierungsprozess in der Eisen- und Stahlerzeugung standen eben diese Rohstoffprobleme im Weg: Zuvor waren die kleinen Eisenhöfen dort gestanden, wo sie mit Holz versorgt werden konnten. Die technische Innovation der Eisenerzeugung war der Hochofen, der wesentlich mehr und wesentlich besseres Eisen produzierte – und pro Eisen sogar weniger Holz verbrauchte, als das dezentrale

System. Durch die enorm gestiegenen Kapazitäten an einem Standort musste das Holz aber jetzt viel weiter transportiert werden als vorher.

Im gesamten Gebiet der Monarchie gab es keine Gebiete, an denen sowohl Eisenerz als auch Mineralkohle gleichermaßen vorhanden waren, wie etwa in den Zentren der britischen Eisenindustrie. Es musste also entweder die Kohle oder das Erz eine weite Strecke zurücklegen, was die Eisenproduktion stark verteuerte und Österreich am internationalen Markt einen Wettbewerbsnachteil brachte (Eigner und Helige 1999:20).

Vor der Erfindung der Eisenbahn war der konkurrenzfähige Transport von Massengütern ausschließlich auf See oder auf Flüssen zu bewerkstelligen. Das Straßennetz wurde zwar kontinuierlich ausgebaut, die limitierenden Faktoren waren aber sehr groß. Österreich hatte in der Transportwirtschaft eine Menge Probleme mit den natürlichen Voraussetzungen: Die Flüsse sind ausnahmslos Gebirgsflüsse mit hohen Fließgeschwindigkeiten. Ein Flussaufwärtssegeln, wie beispielsweise am Nil, war damit nicht möglich – stromaufwärts mussten die Schiffe getreidelt werden. Die Donau fließt von Westen nach Osten, die meisten Waren wurden aber von Osten nach Westen transportiert. Die Industrie konzentrierte sich im Wiener Becken, der nächste Hafen war Triest – und damit ca. 350 Kilometer Luftlinie entfernt. Am Bodenweg kam die Topografie Österreichs dazu: Entweder Semmering oder Wechsel, und südlicher auch die Koralpe, mussten am Weg ans Meer überwunden werden (Sandgruber 1995:194-205).

Die Transportproblematik ist auch einer von vielen Faktoren, die die Entstehung der Textilindustrie in Nordböhmen begünstigte. Die Baumwolle konnte über nordeuropäische Häfen importiert werden, und musste eine wesentlich kürzere Überlandstrecke zurücklegen als zu einer Verarbeitung im Wiener Becken (Eigner und Helige 1999:20). Zu einem integrierten Wirtschaftsraum konnte die Habsburgermonarchie erst werden, als der technologische Fortschritt Dampfschiffe, und – noch viel wesentlicher – die Eisenbahn ins Land brachte. Zwischen 1848 und 1873 stieg der Gütertransport der Eisenbahnen um das 27-fache auf 41 Millionen Tonnen pro Jahr an, die Zahl der transportierten Personen wuchs von 3 Millionen auf 43 Millionen pro Jahr (Sandgruber 1995:236).

4.7.5 Österreichs Außenhandel

Aufgrund Österreichs wirtschaftlicher Entwicklung bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts verwundert es nicht, dass Österreichs Handel sich auf den Binnenmarkt konzentrierte, und der Fernhandel nur einen marginalen Anteil am gesamten Handel hatte. Österreich war nie eine seefahrende Fernhandelsnation gewesen und sollte es auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht werden, wiewohl ab dem 18. Jahrhundert durchgängige Fernhandelsbeziehungen mit dem östlichen Mittelmeerraum, der so genannten Levante, bestanden. Diese wurden von staatlicher Seite immer wieder unterstützt, erreichten aber nie ein gesamtwirtschaftlich betrachtet entscheidendes Niveau.

In Wien war der Handelsstand sozial nicht hoch geachtet. Sandgruber zitiert einen Zeitgenossen, der die wenigen Händler in Wien kritisiert: Sobald sie einen Kapitalstock hätten, würden sie ihre Geschäfte vernachlässigen und „*alsobald den Cavallier abgeben*“. Anstatt Gewinne in den Ausbau des Unternehmens zu investieren, wurden mit dem Geld wirtschaftlich sinnlose Repräsentationsausgaben getätigt, um den gesellschaftlichen Normen zu entsprechen (Sandgruber 1995:119).

Der Wiener Handelsstand war relativ gesehen zu anderen europäischen Staaten nicht bedeutend und verfügte daher über wenig Einfluss. Es gab allerdings trotzdem einige wenige kapitalkräftige Handelshäuser – und einige wenige Versuche, sich im Fernhandel zu engagieren. 1667 wurde die *Orientalische Kompagnie* in Wien gegründet, die Handel mit dem Osmanischen Reich betreiben sollte. Sie erwarb eine kleine Flotte und nahm den Handel entlang der Donau auf. Ihr Ziel, den Handel zwischen dem gesamten Heiligen Römischen Reich und dem Osmanischen Reich zu dominieren, erreichte sie nie. Die Ausschaltung der auf dem Balkan beheimateten Zwischenhändler gelang nicht, und außerdem war der Transportweg Donau nicht mit dem Seeweg über das Mittelmeer konkurrenzfähig. Trotzdem gelang es der Gesellschaft ausgeglichen zu bilanzieren und den Handel mit dem Osmanischen Reich ein wenig anzukurbeln. Die erste Orientalische Kompagnie musste ihre Geschäftstätigkeit kriegsbedingt einstellen. 1682 verlängerte der osmanische Großwesir Kara Mustafa den Friedensvertrag von Eisenburg nicht und stand 1683 mit einer Armee vor den Toren Wiens (Fischer 2006:22-27).

Nach dem Frieden von Passarowitz¹⁰ wurde die Orientalische Kompagnie neu gegründet. Sie operierte, mit entsprechenden Monopolen ausgestattet, diesmal über den Seeweg und nicht über die Donau und nutzte die Seehäfen von Triest und Rijeka (Sandgruber 1995:119f). Trotzdem war ihr kein wirtschaftlicher Erfolg beschieden. Vordergründig betrachtet brach sie aufgrund von Kapitalmangel zusammen: Da die hohen Investitionen, die der Seehandel erforderte, nicht auf den bis dahin üblichen Wegen aufgebracht werden konnten, startete die Orientalische Kompagnie eine monarchieweit angelegte Klassenlotterie, bei der man sich einfach verrechnet hatte und die Gewinne nicht mehr ausbezahlen konnte. Tatsächlich gab es noch viel mehr Probleme: Die Häfen von Triest und Rijeka mussten erst ausgebaut werden und lagen außerdem an der absoluten Peripherie des Habsburgerreiches. Viele Waren mussten über Saumpfade über Semmering und Loiblpass getragen werden, bis 1730 erstmals eine Straße Wien und Triest verband. Im Mittelmeer schließlich hatte man immer noch Probleme mit Venedig, das regelmäßig österreichische Schiffe anhielt (Fischer 2006:32-35). 1740 stellte die Orientalische Kompagnie den Betrieb ein. Auch die 1722 gegründete Ostindische Kompanie war wirtschaftlich nicht erfolgreich (Sandgruber 1995:119f).

Um die Ausgangsposition Österreichs im Fernhandel im 19. Jahrhundert im Vergleich zu den anderen Staaten Europas verstehen zu können, lohnt sich ein Blick auf die Vorgeschichte des 19. Jahrhunderts. Die Kolonien in Amerika ermöglichten hauptsächlich den iberischen Staaten, Großbritannien und Frankreich die Kapitalakkumulation im Handel. Während das Kapital auf der Iberischen Halbinsel nicht nachhaltig investiert wurde, was deren, relativ zu Großbritannien und Frankreich betrachteten, wirtschaftlichen Abstieg einleitete, bildete sich in Großbritannien und Frankreich eine Bevölkerungsgruppe heraus, die vom Handel lebte und Gewinne auch wieder in den Handel beziehungsweise die Handelsinfrastruktur, vor allem Schiffe, investierte (Black 2002:57). Überschüssige Gewinne wurden aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen investiert – und hier dürfte der tatsächliche Einfluss des Fernhandels auf die industrielle Entwicklung in Großbritannien gelegen haben. Auch wenn die Gemeinschaft der Kaufleute relativ klein und isoliert war, so waren andere Bereiche der Wirtschaft von ihrem Kapital abhängig. Die Händler in Glasgow investierten ihr überschüssiges Kapital in

¹⁰ Friedensschluss mit dem Osmanischen Reich 1718 im heutigen Požarevac/Serbien. In der Folge erhielt Österreich Gebiete in Osteuropa und Handelsverträge wurden abgeschlossen.

den Aufbau einer chemischen Industrie, während Handelskapital aus Edinburgh die Finanzkraft der *Royal Bank* erhöhte (Black 2002:75).

In Österreich gab es trotz der weiten Entfernungen zu Seehäfen einige wenige spezialisierte Exportprodukte, die teilweise bis Nordostafrika, Asien und Südamerika verkauft wurden, darunter steirische Eisenwaren, Glasprodukte aus Böhmen und Luxuswaren aus Wien. Durch die napoleonischen Kriege und die Kontinentalsperre von 1806 bis 1814 gingen die Exportmärkte verloren. Österreich begegnete den Außenhandelshemmnissen mit dem Versuch, einen autarken Wirtschaftsraum in der Habsburgermonarchie zu erschaffen (Brusatti 1979a:145).

Die Kriege zwischen Großbritannien und Frankreich sowie die weit verbreitete Freibeuterei machten es notwendig, militärische Präsenz auf den Ozeanen zu zeigen. Die wirtschaftlichen Interessen waren eine Hauptmotivation für den Ausbau der französischen und britischen Flotten, wobei letztere nach den Kriegen mit Frankreich ihre weltweite Vormachtstellung besiegelte. Österreich als traditionelles Binnenland verfügte über keine Seefahrertradition. Militärische Wasserfahrzeuge wurden zunächst auf der Donau gegen das Osmanische Reich eingesetzt. Auf hohe See wagte man sich in organisierter Weise erst, als Venedig und seine Flotte im Zuge der napoleonischen Kriege mit dem Vertrag von Campo Formio 1797 zu Österreich kamen. Damit verfügten die österreichischen Streitkräfte zwar plötzlich über eine Flotte, in der Marine waren aber fast nur Italiener beschäftigt und der Stützpunkt war weit weg vom Zentrum des Reiches. In Wien konnte keiner der Militärstrategen wirklich etwas mit diesem neuen Instrument anfangen, und den Italienern stand man sowieso skeptisch gegenüber. Während Großbritannien seit Jahrhunderten auf den Weltmeeren zu Hause war, mussten Österreichs Akteure erst lernen, mit diesen neuen Möglichkeiten umzugehen.

In Österreich wurde zwar im 18. Jahrhundert eine (kurzlebige) Handelsgesellschaft in Triest gegründet, die sich im Levantehandel engagierte. Sie konnte sich aber nicht auf Unterstützung durch eine schlagkräftige Marine verlassen. Der österreichische Handelsschwerpunkt Levante zeichnete sich aber bereits während der Regierungszeit Karls VI. (1711-1740) ab, der eine Handelsoffensive startete (Black 2002:60). Der Verlust des Zuganges zum Meer nach der verlorenen Schlacht von Austerlitz gegen Napoleon und dem Frieden von Bratislava 1809 beendete das österreichische Handelsengagement in

der Levante für fünf Jahre – fünf Jahre, in denen viel Kapital und Erfahrung verloren-ging, sodass der Handel nach der Reintegration Triests 1814 fast komplett von Null weg starten musste (Colloseus 2008:146).

Ein entscheidender Wendepunkt für die Entwicklung des österreichischen Fernhandels war der Wiener Kongress 1814-1815. Einerseits gewann Österreich seinen Meerzugang zurück, andererseits wurde am Wiener Kongress auf höchster Ebene das Freihandels-konzept erläutert. Auch wenn sich die österreichische Regierung nicht mit diesem briti-schen Konzept anfreunden konnte, so erkannte sie sehr wohl, dass die rein national aus-gerichteten Konzepte des Merkantilismus und Kameralismus nicht mehr aktuell waren (Brusatti 1979a:141). Die Förderung des Außenhandels war trotz der weiteren Verfol-gung kameralistischer Prinzipien im Sinne der Habsburgermonarchie: Erstens konnte man ihn besteuern, zweitens wurde sehr wohl erkannt, dass einige wichtige Rohstoffe nicht im Staatsgebiet der Habsburgermonarchie produziert werden konnten (Brusatti 1979a:142).

So ergaben sich in den Jahren nach dem Wiener Kongress eine Reihe von Entwicklun-gen, die zu einem Anwachsen des österreichischen Außenhandels führten – wenn auch, verglichen mit anderen Ländern ähnlicher Bevölkerungszahl, auf sehr niedrigem Ni-veau. So wurde 1816 die *Kommerzhofkommission* gegründet, die sich mit der Wirt-schaftspolitik im Allgemeinen sowie mit Außenhandel, Zollverfahren und dem Konsu-larwesen im Speziellen beschäftigte. Zuvor war die *Hofkammer* für diese Bereiche mit-verantwortlich, die sich (als Vorläufer des heutigen Finanzministeriums) allerdings hauptsächlich für Finanzangelegenheiten und Steuereintreibung interessierte und damit kaum eine geeignete Stelle zur Beförderung des Handels darstellen konnte. Eine der ersten Maßnahmen der neu eingerichteten Kommerzhofkommission war die Durchset-zung eines einheitlichen Zolltarifes für alle Länder der Habsburgermonarchie und die Abschaffung der Zwischenzolllinien. Somit verfügte Österreich am Beginn des 19. Jahrhunderts immerhin über einen der größten Binnenmärkte Europas (Brusatti 1979a:143f).

Der nächste Schritt zur Förderung des Außenhandels war die Reform des Konsularwe-sens. Im frühen 19. Jahrhundert war das österreichische Konsularwesen völlig ungeeig-net, den neu aufkommenden Handel im östlichen Mittelmeer zu unterstützen. Im Ge-

genteil – der *Cottimo*, eine Gebühr, die in jedem Hafen zur Finanzierung des ortsansässigen Konsuls bezahlt werden musste, verteuerte österreichische Produkte massiv. Die Konsuln waren meist ausländische Geschäftsleute, die nicht viel für den Handel taten. Meist beschränkten sich die Aktivitäten auf das Inkasso des *Cottimo* und das Tragen der Konsuluniform bei offiziellen Anlässen. Die Kommerzhofkommission beschwerte sich mehrmals, dass nicht einmal die Datenblätter für statistische Erhebungen korrekt ausgefüllt würden (Angerlehner 1968:51f).

1825 wurden die ersten Reformen im Konsularwesen umgesetzt. In Alexandria und Smyrna (heute: İzmir, Türkei) traten österreichische Beamte ihren Posten als *Nationalkonsuln* an (Angerlehner 1968:51). Viele von ihnen waren in der 1754 von Maria Theresia gegründeten Orientalischen Akademie ausgebildet und auf den diplomatischen Dienst vorbereitet worden und verfügten auch über gute Sprachkenntnisse (Fischer 2006:41). Der *Cottimo* wurde reduziert und statt vom Warenwert von der Schiffstonnage berechnet. Ein Teil der Konsulatsgebühren wurde auf tatsächlichen Aufwand umgestellt – die Reeder bezahlten keine Pauschale mehr, sondern die einzelnen Konsulatsdienstleistungen, wie das Ausstellen eines Gesundheitsbriefes oder Frachtbriefes oder die Zulassung oder Abfertigung des Schiffes – lauter Tätigkeiten, für die ein Konsul notwendig war. Außerdem gab es einen „Mengenrabatt“ – lief ein Schiff einen weiteren Hafen im selben Konsularbezirk an, so reduzierten sich die Gebühren. Um die österreichische Schifffahrt im westlichen Mittelmeer zu fördern, wo diese wesentlich schwächer vertreten war, als in der Levante, gab es einen eigenen, den „westlichen Tarif“, der überhaupt keinen *Cottimo* mehr enthielt. 1832 wurde der westliche Tarif auf alle österreichischen Vertretungen im Mittelmeer angewendet. Der bei den Kaufleuten verhasste *Cottimo* war damit Geschichte. Bis zum Ende der Provisorien betreffend der Dienstverträge der Konsuln sollte es noch bis 1850 dauern (Angerlehner 1968:51-58).

1839 trat Österreich dem von den Briten durchgesetzten Vertrag von Balta Liman bei, der den Handel mit dem Osmanischen Reich wesentlich vereinfachte, da er das Monopolsystem abschaffte und einheitliche, sehr niedrige, Zollsätze festschrieb. Die bereits bestehende Tradition des Handels mit der Region, die Absenz anderer Märkte in der Levante (mit Algiers, Tunis und Tripolis war aus politischen Gründen Handel nicht möglich) und die in Österreich bekannte Nachfrage nach Importwaren des sich unter Muhammad Ali modernisierenden Ägyptens machten Ägypten schnell zum wichtigsten

Handelspartner Österreichs in der Levante (Sauer 2007:21). In Kairo und Alexandria bestand schon seit einiger Zeit eine kleine Community von Bürgern der Habsburgermonarchie, die einen Brückenkopf für Handels- oder Forschungsreisen nach Nordostafrika darstellte. Muhammad Ali warb nicht nur europäische Fachkräfte und Berater für die Modernisierung Ägyptens an, sondern er ermöglichte mit der Eroberung des Sudan ab 1820 Europäern Reisen bis an den Äquator unter dem Schutz einer von Europa völkerrechtlich anerkannten Macht – schließlich gehörte Ägypten trotz aller Unabhängigkeitsbestrebungen immer noch zum Osmanischen Reich (Zach 2007b:80). Diese, oft nur theoretisch existierende, aber immer noch Reisen wesentlich erleichternde Rechtssicherheit, gemeinsam mit der guten Verkehrsverbindung zwischen Österreich und Ägypten führte dazu, dass die Bürger der Habsburgermonarchie in den europäischen Communities in Ägypten stark vertreten waren und viele Österreicher über Kairo oder Alexandria ihren Weg in den Sudan fanden, wie z.B. Ignaz Pallme oder Rudolf Slatin. Neben den Händlern und Reisenden begann sich noch eine Interessensgruppe für die Verbindung mit Ägypten zu interessieren: In Niederösterreich hatte sich eine Baumwollindustrie entwickelt, die den Großteil ihrer Rohstoffe aus Ägypten bezog (Sauer 2007:22). So entwickelte sich erstmals eine imperialistische Interessengruppe, die aus deutschsprachigen Ländern der Habsburgermonarchie kam und ihr Zentrum gleich vor den Toren der Hauptstadt hatte. Der Einfluss der Imperialismusbefürworter in der Hofburg stieg (Sauer 2007:23). Die Handelsbilanz mit Ägypten war für Österreich dauerhaft negativ, da den großen Baumwollimporten kaum Exporte gegenüberstanden – nicht zuletzt deshalb, weil Österreichs Produkte in Ägypten selbst nicht konkurrenzfähig waren. Durch hohe Produktions- und Transportkosten waren sie gegenüber anderen europäischen Produkten zu teuer (Sauer 2007:25). Im für Europäer neu zugänglichen Sudan jedoch waren spezielle österreichische Produkte, wie böhmische und venezianische Glaswaren sowie steirische Eisenwaren nach wie vor gefragt. Nicht zuletzt war ein Vorteil für die Österreicher, dass der Maria-Theresien-Taler in der Region als Zahlungsmittel weit verbreitet war. 1751 führte die Wiener Hofkammer den Maria-Theresien-Taler ein, um den Einfluss britischer und französischer Münzen im Handel mit dem Osmanischen Reich zurückzudrängen. Da die österreichische Münze (im Gegensatz zu anderen europäischen Münzen) über einen konstanten Silbergehalt verfügte, war sie sehr beliebt und wurde von vielen Händlern den anderen europäischen oder osmanischen Münzen vorgezogen. Der Maria-Theresien-Taler hielt sich auf der arabischen Halbinsel bis in die 1960er Jahre (Fischer 2006:46f). Ein großer Teil der österreichischen Importe wurde

im Sudan nur umgeschlagen und nach Zentralafrika weiterverkauft. Da das Rote Meer in der britischen Einflussosphäre lag, konzentrierten sich die Österreicher auf die Nilroute im Inland (Sauer 2007:36).

4.7.6 Wirtschaftliche und politische Entwicklung Österreichs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

In Österreich scheiterte die Revolution von 1848 weitgehend und führte geradewegs in den Neoabsolutismus, eine Art Entwicklungsdiktatur. Auf Kosten der persönlichen Freiheit des Einzelnen wollte der Kaiser Wirtschaftswachstum und mehr Wohlstand für alle erreichen, vermutlich auch um damit seinen eigenen Thron vor der Revolution zu retten. Von den Forderungen der Revolution wurde lediglich die Grundentlastung der Bauern umgesetzt und damit der letzte Rest des Feudalsystems beseitigt. Die Bauern erhielten Eigentumstitel für das von ihnen bearbeitete Land. Allerdings mussten sie dafür den Grundherren Entschädigungen bezahlen. Der Wert des Landes wurde gedrittelt: ein Drittel bezahlte der Bauer, ein Drittel der Staat, und ein Drittel wurde von den ehemaligen Grundherren selbst getragen. Die Folgen der Grundentlastung sind in den Wirtschaftswissenschaften umstritten: einige bewerten sie höchst positiv, andere weisen darauf hin, dass durch die Entschädigungspflicht der Bauern für viele Jahre den Bauern selbst kein Investitionskapital zur Verfügung stand, um die neugewonnene Freiheit auch in Innovation umzusetzen. Abgesehen davon war die Ausbildung der Bauern nicht die Beste, sodass sowohl Kapital, Know-How und der Wille zu großen Innovationen in der Landwirtschaft fehlte. (Sandgruber 1995:234f)

Das Konzept der neoabsolutistischen Entwicklungsdiktatur ging nicht auf. Es kam zwar zu einem Wirtschaftswachstum, allerdings blieb der Wirtschaftsboom, der im restlichen Europa stattfand, im Habsburgerreich aus. Dem Historiker stellt sich also, wie Roman Sandgruber meint, eine mühsame Aufgabe: „*Man steht in Österreich für die fünfziger Jahre also viel eher vor dem Problem, anstelle eines Booms ein Ausbleiben desselben erklären zu müssen.*“ (Sandgruber 1995:238).

Im Bereich des Außenhandels wurden 1851 unter Handelsminister Karl Freiherr von Bruck, einem überzeugten Freihändler, alle Importverbote abgeschafft, bei den Zolltarifen blieben aber protektionistische Elemente bestehen. Im Mittelpunkt der österreichi-

schen Außenhandelspolitik standen die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zollverein – der Fernhandel war in der Wiener Bürokratie kein großes Thema. Trotzdem wurden 1865 Handelsverträge mit Großbritannien und Frankreich abgeschlossen (Eigner und Helige 1999:69), sowie zur Erleichterung des Außenhandels im Jahr 1871 das dekadische Maß- und Gewichtssystem eingeführt (Sandgruber 1995:308).

Im Jahr 1873 endete der Wirtschaftsaufschwung abrupt: Ganz Europa schlitterte in eine Wirtschaftskrise, mit der eine Depression mit sinkender Produktion und sinkenden Löhnen einherging. In der Habsburgermonarchie wurden die Kriseneffekte noch durch schlechte Ernten verstärkt. Dazu kamen noch eine Choleraepidemie in Wien und eine Hungersnot in der ungarischen Reichshälfte.

An der Wiener Börse kam es zu einem Kurssturz, den nur 28 von 72 Aktienbanken überlebten. Da die Banken die wichtigsten Industrieinvestoren waren, standen viele Industriebetriebe vor dem Aus.

Nach Meinung der Historiker wirkte der Börsenkrach aber vor allem indirekt. Im Habsburgerreich entwickelte sich eine antikapitalistische Stimmung, die Tage des Liberalismus, des freien Marktes und der Bereitschaft, unternehmerisches Risiko zu übernehmen, waren gezählt.

Die liberale Regierung wurde von einer christlich-konservativen unter Eduard Graf Taaffe abgelöst. Für den Außenhandel bedeutete dies vor allem eine Reaktivierung der Schutzzölle und Einfuhrverbote (Sandgruber 1995:250). Im Inland wurden der bäuerliche Mittelstand und das Kleingewerbe geschützt, die Industrie und das Großkapital begrenzt. 1881 wurde die Wuchergesetzgebung (wieder) eingeführt, 1883 forderte das Gewerberecht Befähigungsnachweise, 1885 wurden Gewerbeinspektoren eingeführt und die Arbeitszeit in Fabriken beschränkt, nicht jedoch in kleineren Betrieben (Sandgruber 1995:257). Diese Politik war der Entwicklung von großen Industriebetrieben beziehungsweise kapitalkräftigen Handelsgesellschaften, wie sie in Großbritannien und Frankreich längst die internationale Expansion vorangetrieben hatten, oder individuellen Unternehmungen, die Welt zu entdecken oder Fernhandel zu betreiben nicht förderlich.

4.8 Das Osmanische Reich vor 1789

Das Osmanische Reich war ein großes Machtgebilde, das Zeit seines Bestehens in enger Verbindung zu Europa stand. Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass Publikationen dazu ganze Bibliotheken füllen würden. Im Zuge dieses Kapitels gebe ich einen kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Osmanischen Reiches. Das aktuelle Standardwerk zur Geschichte des Osmanischen Reiches ist *The Cambridge History of Turkey*, erschienen in 3 Bänden. Kompakter ist das Taschenbuch *Geschichte des Osmanischen Reiches* von Suraiya Faroqhi (2000), einer der weltweit führenden Historikerinnen zum Osmanischen Reiches und Mitherausgeberin der *Cambridge History of Turkey*.

Ich erlaube mir an dieser Stelle auch einen Exkurs in das Alltagswissen zum Osmanischen Reich, um den Bias vor Augen zu führen, dem auch heute noch viele Historiker erliegen, wenn sie mit dem Osmanischen Reich zu tun haben. Zumindest in meinem Fall war das Osmanische Reich das einzige außerösterreichische Reich, über das ich schon in der Volksschule, in der vierten Schulstufe, etwas gelernt habe. Erste Wiener Türkenbelagerung 1529, Zweite Wiener Türkenbelagerung 1683. Einmal rettete uns der Winter, einmal der polnische König Sobieski. Ich durfte mich noch im Fach Heimatkunde mit dem Türkenritthof beschäftigen, einem Gemeindebau in Wien-Hernals, der nach einem die Türken verhöhrenden Volksbrauch benannt ist. Im Fach Deutsch kam dann noch die Sage vom Türken in Purbach dazu, der im Rauchfang steckengeblieben war. Als er entdeckt wurde, ließ er sich taufen und wurde ein braver christlicher Knecht. Mehr habe ich im österreichischen Bildungssystem nicht über das Osmanische Reich gelernt¹¹. Dieser Hintergrund erklärt viele Annahmen von Wissenschaftlern, speziell österreichischen wie *Hammer-Purgstall* und *Wittek*, die dem religiösen Element bei der Entwicklung des osmanischen Reiches großen Platz einräumen. Für eine ausführliche Beschäftigung mit dem Thema wie der Westen den Orient sieht, empfehle ich das Standardwerk von Edward Said *Orientalism* (1978).

¹¹ Dieses vermittelte Wissen wird noch durch ikonographische Darstellungen ergänzt, die ebenfalls das beschriebene Bild der Osmanen verstärken. Dazu hielt Wolfgang Schmale, Professor für Geschichte an der Universität Wien, Lehrveranstaltungen ab, deren Ergebnisse er im Internet präsentiert: <http://www.univie.ac.at/hypertextcreator/europa/site/browse.php?arttyp=k&l1=2&l2=1337&l3=1385&l4=1715> [Zugriff am 10.11.2012]

Kehren wir nun vom Exkurs zu unserem Bild, das wir vom Osmanischen Reich haben, wieder zum Osmanischen Reich selbst zurück. Die Wurzeln des Osmanischen Reiches lagen in Anatolien. Dort gab es mehrere islamische Fürstentümer, *beylik* genannt, die sich unter mongolischer Herrschaft befanden, die um 1300 aber bereits im Zurückgehen war. Das mongolische Reich verschob sein Zentrum immer mehr nach Osten. So entstand zwischen dem in Kleinasien bereits schwachen mongolischen Reich und dem seit Jahrhunderten in einem Auflösungsprozess befindlichen Byzanz im Westen ein Machtvakuum, das einer der Fürsten, der Namensgeber des späteren Reiches, Osman I., nützte, um seinen Machtbereich auszubauen. Rasch kam es zu einem Konflikt mit dem Byzantinischen Reich, das versuchte, seinen Einfluss in Kleinasien aufrecht zu erhalten. Viele Historiker interpretierten die Auseinandersetzung zwischen Osmanen und Byzantinern primär als heiligen Krieg der islamischen, asiatischen Osmanen gegen die christlichen, europäischen Byzantiner (und in weiterer Folge der anderen europäischen Völker, deren Gebiete von den Osmanen erobert wurden). Dieser Zugang, die so genannte *Ghazi-These*, beruht auf Werken des österreichischen Orientalisten und Historikers Paul Wittek. Moderne Standardwerke lehnen diesen Zugang ab und argumentieren damit, dass diese Annahmen mehr auf akademischer Tradition denn auf Forschungsergebnissen beruhten (Lindner 2009:103).

Am Beginn des 14. Jahrhunderts, noch unter Osman I., eroberte das neue Reich die erste große Stadt: Bursa. Bursa blieb auch bis zur Eroberung Konstantinopels Zentrum des Reiches (Faroqhi 2000:16). Bereits vor dem Fall Konstantinopels 1453 etablierte sich das Osmanische Reich am Balkan. Es nutzte die Schwäche des Serbischen und des Bulgarischen Reiches um sich dort nachhaltig zu verankern. Nach umfangreichen Eroberungen in Südosteuropa und der Konsolidierung der Herrschaft über die eroberten Gebiete grenzte das Osmanische Reich ab dem 16. Jahrhundert an das Habsburgerreich (Koller 2010). 1606 wurde ein Friedensvertrag zwischen den Habsburgern und dem Osmanischen Reich abgeschlossen: Im *Vertrag von Zsitvatorok* wurden verschiedene Vereinbarungen getroffen, die Herrschaft über bestimmte Gebiete oder finanzielle Transaktionen beinhalteten. Der Vertrag hielt nicht lange und die beiden Reiche sollten bis in das 19. Jahrhundert hinein am Balkan und in Ungarn Kriege gegeneinander führen. Das Entscheidende am Vertrag von Zsitvatorok ist allerdings, dass mit ihm die *Europäisierung der osmanischen Diplomatie* begann (Aksan 2006:81). Das Osmanische Reich passte sich in den Kontakten mit Europa an Europa an. So wurde es auch eine der

wenigen außereuropäischen Mächte, die von Europa als Staat und als Verhandlungspartner anerkannt waren. Das ist der Unterschied zwischen dem Osmanischen Reich und anderen außereuropäischen Staaten, der dazu führte, dass die europäische Expansion im osmanischen Einflussbereich anders lief als in anderen Gebieten. In den Augen der Europäer handelte es sich bei Gebieten in osmanischem Besitz nicht um *Terra Nullius*, wie es etwa von den Gebieten in Afrika südlich der Sahara angenommen wurde.

Ein großer Teil des diplomatischen Vertragswerkes zwischen dem Osmanischen Reich und Europa bezog sich auf die im Osmanischen Reich lebenden Christen. Die historisch auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches lebenden Christen, die autochton osmanische Subjekte waren, genossen eine weitgehend durch den Staat garantierte Religionsfreiheit. Zum Schutz der im Zuge des Zusammenrückens der Levante mit Europa neu eingewanderten Christen gewährte das Osmanische Reich den europäischen Staaten die so genannten *Kapitulationen* – Verträge, in denen den Staatsangehörigen europäischer Staaten oder den europäischen Staaten selbst verschiedene Rechte eingeräumt wurden. So hatte Russland das Protektorat über die orthodoxen Christen über, während Österreich, Frankreich, Venedig und Spanien das Protektorat über die Katholiken ausübten. Venedig und Spanien zogen sich Ende des 18. Jahrhunderts aus der Levante zurück und die Französische Revolution beendete das Engagement Frankreichs für den Katholizismus für einige Jahre, in denen Österreich die Vormachtstellung übernahm. Danach stritten Österreich und Frankreich regelmäßig aufgrund kleinster Vorkommnisse, wie McEwan schreibt *eifersüchtig* um Einfluss in Bezug auf die Protektion der Katholiken (McEwan 1982:31f, die "eifersüchtigen Streitereien" werden ab Seite 73 genannt). Die Kapitulationen, ursprünglich rein zur Sicherstellung der freien Religionsausübung gedacht, entwickelten sich schnell zu einem völkerrechtlichen Instrument, mit dem sich die europäischen Staaten immer mehr Rechte im Osmanischen herausnahmen, bis dann im 19. Jahrhundert fast alle Europäer (und die Einheimischen, die dafür zahlten) der osmanischen Gerichtsbarkeit entzogen waren und quasi diplomatische Immunität genossen (McEwan 1982:31).

Als das Osmanische Reich den Europäern militärisch überlegen oder zumindest noch ebenbürtig war, waren die Kapitulationen ein Entgegenkommen, das den europäischen Staaten vom Sultan eingeräumt worden war. Als Europa jedoch wirtschaftlich und militärisch zu dominieren begann, wurden die Kapitulationen das Mittel, mit dem die Euro-

päer die Autorität des Sultans unterwandern konnten: Sie ließen sich Kredite, politische Entscheidungen oder militärisches Eingreifen an der Seite der Hohen Pforte mit weiteren Zugeständnissen bei den Kapitulationen bezahlen. Eine Schlüsselpositionen hatten die Konsuln der europäischen Mächte inne: Die Ausländer waren nicht der osmanischen Staatsgewalt unterworfen, sondern lebten nach den Gesetzen ihres Heimatlandes, die vom ortsansässigen Konsul überwacht wurden. Deshalb war es für einen europäischen Staat auch wichtig, einen Konsul vor Ort zu haben (Fischer 2006:42). Durch die Dominanz Europas hatte das Osmanische Reich später keine Chance mehr, aus den Kapitulationen herauszukommen. Gekündigt wurden sie erst im Laufe des Ersten Weltkrieges.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte das Osmanische Reich auf seiner europäischen Seite Grenzen (und damit ständig aufflackernde Konflikte) mit Österreich im Donauraum und am Balkan und mit Russland im Bereich des Schwarzen Meeres. Während die Konflikte mit Österreich zurückgingen, begann Russland zu dieser Zeit mit einer Expansion am Schwarzen Meer, die zu einem dauerhaften Konflikt mit dem Osmanischen Reich führte und dieses aufgrund der notwendigen Investitionen ins Militär an den Rande des Bankrotts führte (Aksan 2006:97f).

Wirtschaftlich war das Osmanische Reich bis zum 18. Jahrhundert von Expansion und Handel abhängig. Die staatlichen Einnahmen kamen zum größten Teil aus der Besteuerung der Marktplätze und des Fernhandels beziehungsweise des Transithandels (Fleet 2009:254). Dies galt speziell für die Provinz Ägypten, die am Schnittpunkt vieler Verkehrsachsen lag und wo daher viele Güter umgeschlagen wurden (McEwan 1982:11). Das Militär finanzierte das Osmanische Reich ähnlich einem aus Europa bekannten feudalen Lehenssystem. Als Lohn für Dienst in der Armee erhielt man ein Stück Land (*ti-mar*-System). Außerdem gab es regionale Herrscher, die die Pflicht hatten, für den Sultan in den Krieg zu ziehen. Später wurden Steuerpachten versteigert.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das Osmanische Reich von Expansion abhängig war, um seine Soldaten entlohnen zu können, und gleichzeitig nicht über die finanzielle Basis verfügte, um ausreichend in das Militär investieren zu können. Mit Beginn der Industrialisierung in Europa verlor das Osmanische Reich die Fähigkeit, seinen expansionslusternen Nachbarn nachhaltig Paroli bieten zu können. Das Osmanische Reich

wurde zum Spielball europäischer Großmachtinteressen und diente dazu, Konflikte innerhalb der europäischen Großmächte auszutragen (Koller 2010).

4.9 Das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert

Am Beginn des 19. Jahrhunderts war die Industrialisierung Europas in vollem Gange, während Istanbul den Großteil der Staatseinnahmen für kostspielige Kriege mit Russland und Österreich aufwendete. Um die Kriege zu finanzieren, wurden die Steuerpachtverträge dahingehend geändert, dass der Kurzzeitertrag für den Staat stieg, während der von den Steuerpächtern langfristig an den Staat abgeführte Betrag sank (Darling 2006:126). Die Auswirkungen der Doppelrevolution erkannten die Verantwortlichen des Osmanischen Reiches zunächst in der steigenden militärischen und wirtschaftlichen Stärke Europas, konnten sich aber zunächst nicht erklären, wie es zu diesem Phänomen kam (Reinkowski 2006:5).

1790 begann Konstantinopel, das Heereswesen zu reformieren und stellte teilweise von Söldnerheeren auf die Wehrpflicht um. Die Kampfeinheiten wurden nach europäischem Vorbild standardisiert – oft mit Hilfe europäischer Berater. 1793 begannen erste Reformen im Steuersystem, um die Modernisierungen finanzieren zu können. Das Osmanische Reich scheiterte aber daran, eine nachhaltige Steuerbasis zu schaffen, die sowohl Wirtschaftswachstum ermöglichte als auch die Staatsausgaben finanzierte. Allein die Ausgaben für das Militär machten 70 % des gesamten Staatshaushaltes aus (Owen 1981:57-64). Da die Steuereinnahmen nicht ausreichten, wurde begonnen Anleihen auszugeben, die zum Teil direkt und zum Teil über europäische Finanzplätze an europäische Finanzinvestoren verkauft wurden. 1854 begab das Osmanische Reich seine erste Anleihe, um den Krimkrieg gegen Russland zu finanzieren. Die europäischen Verbündeten Frankreich und Großbritannien unterstützen das Osmanische Reich mittels anfangs sogar sehr günstiger Anleihenkonditionen – im Nachhinein betrachtet ein Danaergeschenk. In Europa gab es im Zuge des Exportbooms der 1850er und 1860er Jahre einen Kapitalüberschuss, zusätzlich waren die großen Infrastrukturprojekte im Eisenbahnbau abgeschlossen – Investoren suchten neue Märkte zur Kapitalanlage, und das Osmanische Reich benötigte Geld. In Europa entstanden neue Finanzinstitutionen: die

Investmentbanken. Die Anleger fanden die neuen *Orientalanleihen* attraktiv und investierten hohe Beträge in die osmanischen Staatsanleihen (Owen 1981:103). Das Problem war, dass das aufgenommene Geld nicht in Projekte investiert wurde, die die Wirtschaft stärkten und so die finanzielle Basis des Osmanischen Reiches gesichert hätten, sondern fast ausschließlich in das Militär floss. Mit der Zeit wurden die Konditionen schlechter und zwischen 1851 und 1881 wendete das Osmanische Reich bereits zwei Drittel seines Budgets für den Schuldendienst auf (Owen 1981:105). Der Bankrott konnte nur mehr abgewendet werden, indem das Kapital für den Schuldendienst für langfristige, niedrig verzinste Anleihen durch die Ausgabe von kurzfristigen Anleihen zu horrenden Zinsen aufgebracht wurde – ein Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen mehr gab (Owen 1981:107). Am 6. Oktober 1875 gab die Regierung des Osmanischen Reiches bekannt, dass der Staat zahlungsunfähig sei. Allerdings darf dieses Ereignis nicht an heutigen Maßstäben gemessen werden, das Osmanische Reich befand sich damit in bester Gesellschaft: Spanien war im 19. Jahrhundert sieben Mal insolvent, Österreich fünf Mal und andere europäische und amerikanische Staaten ebenfalls. Im Gegensatz zu den europäischen Staaten hatte das Osmanische Reich aber das Problem, dass viele der Anleihen mit staatlichen Garantien ausgestattet waren – und Großbritannien und Frankreich nun ihre Rendite in Form von politischem Einfluss kassierten. Großbritannien unterstrich sein Interesse an einer Lösung des Schuldenproblems sogar mit einer Flottenentsendung: 1879 erschien die *Royal Navy* vor den Dardanellen (Owen 1981:109f).

Seine politische und militärische Bedeutung besaß das Osmanische Reich für Europa aufgrund seiner geografischen Lage. Es kontrollierte zwei strategisch wichtige Gebiete: die einzige Verbindung des Schwarzen Meeres mit dem Mittelmeer über Bosphorus, Marmarameer und Dardanellen, andererseits die Landenge von Sues und weite Küstenabschnitte des Roten Meeres, die den kürzesten Weg zwischen Indien und Europa darstellten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es am Isthmus von Sues weder Kanal noch Eisenbahn, jedoch bereits andere Überlandtransportmöglichkeiten. Die Landenge galt trotzdem als strategisch bedeutend, da bereits seit der Antike Pläne für einen Kanal existierten. Großbritannien hatte größtes Interesse, den Weg in seine wichtigste Kolonie Indien zu kontrollieren, während Frankreich dies zu verhindern versuchte, wie Napoleons Ägyptenfeldzug 1789 zeigte (Black 2002:129). Russland wiederum konnte seine Häfen am Schwarzen Meer nur dann für seine Exporte nach Europa nutzen, wenn die russischen Schiffe unbehelligt die unter osmanischer Kontrolle stehende Verbindung

zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer befahren durften. Am Balkan konnte es seine selbst gewählte Rolle als Schutzmacht der orthodoxen Christen nur dann wahrnehmen, wenn seine Kriegsschiffe ins Mittelmeer gelangten. Österreich hingegen hatte zwei gegensätzliche Interessen: Am Balkan war ein schwaches Osmanisches Reich von Vorteil, sodass Österreich dort mehr Einfluss erreichen konnte. Im Gegensatz dazu half auch ein starkes Osmanisches Reich Österreich, da es zu großen russischen Einfluss am Balkan verhinderte. Großbritannien, Frankreich und Österreich gemeinsam brauchten das Osmanische Reich also, um die russische Expansion zu bremsen. Diese europäischen Interessensgegensätze, die die Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich und den anderen europäischen Großmächten, aber auch die Beziehungen der europäischen Großmächte untereinander im Laufe des 19. Jahrhunderts prägten, wurden als *Orientalische Frage* bezeichnet (Reinkowski 2006:8). Das ambivalente Verhältnis Österreichs zum Osmanischen Reich – Gegner am Balkan, Verbündeter am Bosphorus – spiegelt das der anderen europäischen Mächte wider (Fischer 2006:57). Auch Frankreich und Großbritannien benötigten an bestimmten Orten das Osmanische Reich als Verbündeten, während es woanders Gegner sein konnte.

Wirtschaftlich wurde im 19. Jahrhundert die Lücke zwischen Europa und dem Osmanischen Reich mit zunehmendem Ausgreifen von Kapitalismus und Industrialisierung immer größer. Die Industriegüterproduktion des Osmanischen Reiches war aus vielen Gründen nicht konkurrenzfähig. Ähnlich dem europäischen Mittelalter waren im Osmanischen Reich die Handwerker in Gilden organisiert, in deren Zentrum der jeweilige Meister stand. Ein Handwerksmeister bildete Lehrlinge aus, durfte aber selbst nur einen einzigen Betrieb führen. Expansion war somit ausgeschlossen. Zusätzlich waren die Preise fast aller Produkte fixiert. Aus diesem Grund gab es hohe Eintrittsbarrieren und kaum Innovationsanreize – die Alten kontrollierten die Jungen, und Wettbewerb existierte nicht. Dadurch konnten die Handwerker auch keine entsprechende Kapitalbasis aufbauen, um zu expandieren oder den Grundstein für eine Industrie zu legen (Owen 1981:46f).

4.10 Ägypten als afrikanischer Schnittpunkt zwischen Asien und Europa

Es ist schwierig, einen geeigneten Zeitpunkt für den Beginn eines kurzen Kapitels über die Geschichte Ägyptens vor dem 19. Jahrhundert zu finden. Das Niltal gehört zu den ältesten Kulturlandschaften der Erde. Über das Niltal gelangten die ersten Menschen von Ostafrika nach Asien und Europa (Ansprenger 2004:10). Die Kontinuität der politischen Einheit des Nildeltas und des Niltals, die das Kernland Ägyptens darstellen, besteht seit ca. 4.000 v. Chr. Die Bevölkerung jener Zeit bestand aus sesshaft gewordenen „Durchwanderern“ des Niltals, die aus Zentralafrika in Richtung Asien oder Europa aufgebrochen waren und Migranten, die die Sahara aufgrund ihrer Austrocknung verließen. Die Ägypter waren also nicht Europäer, die über das Mittelmeer ins nördliche Afrika gekommen wären, sondern Afrikaner, die ans Mittelmeer kamen. Diese *These vom schwarzen Ägypten* wurde von Cheikh Anta Diop entwickelt (Diop 1974) und von ihm in vielen seiner Werke vertreten (Ansprenger 2004:12). Unter anderem mit der Aufnahme seiner These in die *UNESCO General History of Africa* kann sie als akzeptiert gelten. Seit der Antike pflegt Ägypten intensive Verbindungen mit Europa und nimmt somit im Vergleich zu anderen afrikanischen Gebieten eine Sonderstellung ein. Gleiches gilt für die andere Seite: In Europa lag zu Beginn des 19. Jahrhunderts über Ägypten mehr Wissen vor als über jedes andere Gebiet in Afrika (Owen 1972a:197f).

In der Antike gelangte Ägypten in den Machtbereich des römischen Reiches. Die Fremdherrschaft der Römer (beziehungsweise in späterer Folge Byzantiner) wurde im 6. Jahrhundert durch die Herrschaft des Islamischen Kalifats abgelöst (Kennedy 1998:62).

Das Kalifat nützte türkischstämmige und aus Zentralasien stammende Militärsklaven, die Mamluken, in seinen Armeen. Junge Männer wurden ihren Familien geraubt und hatten dann ein völlig neues Leben zu beginnen. Sie erhielten eine islamische Erziehung und neue Namen, konvertierten zum Islam und waren, so hofften jedenfalls die Herrschenden, mangels Familie ihrem Besitzer, dem Kalifen treu ergeben. Im Laufe der Zeit konnten die Mamluken ihren gesellschaftlichen Einfluss erhöhen, bis sie eine eigene Gruppe innerhalb der Elite der islamischen Gesellschaft bildeten (Northrup 1998:245).

Ägypten lag an der Peripherie des Islamischen Kalifats, hatte aber gleichzeitig eine hohe wirtschaftliche Bedeutung – und mit dem Beginn der europäischen Kreuzzüge war für die Verteidigung Ägyptens und Syriens auch starke militärische Präsenz gefordert. So stieg der Einfluss der Mamluken, bis sich 1260 der Mamlukengeneral Baybars offiziell Sultan von Ägypten nennen durfte, und Ägypten so zwar immer noch der Oberhoheit des Islamischen Kalifats unterstand, jedoch unabhängig von Bagdad vom Sultan regiert wurde (Northrup 1998:250). Nach der Eroberung Bagdads durch die Mongolen wurde der Sitz des Kalifates nach Kairo verlegt. Zu diesem Zeitpunkt verfügte der Kalif nur mehr über religiöse Macht, welche allerdings zum Aufstieg Kairos zum Zentrum der islamischen Welt beitrug.

Im 16. Jahrhundert gerieten das Mamlukensultanat und das expandierende Osmanische Reich aneinander. Nach dem Fall Syriens kam es am 23. Jänner 1517 zur Schlacht bei al-Raydaniyya, einem Vorort Kairos, die die Osmanen für sich entscheiden konnten (Winter 1998:502f). Fortan war Ägypten eine Provinz des Osmanischen Reiches, die aber – ähnlich der Situation unter dem Islamischen Kalifat – bald wieder von den Mamluken relativ unabhängig von Istanbul beherrscht wurde.

4.11 Europas Bild von Ägypten

Das europäische Bild der außereuropäischen Gesellschaften wurde geprägt durch Religion, Physiognomie der Bevölkerung, Organisationsform der Macht und sichtbaren Reichtum. Darüber hinaus wurden die Gesellschaften aber vor allem als „Verlängerung“ Europas betrachtet und über ihre Verbindungen und Bedeutung für die europäischen Mächte definiert, anstatt die außereuropäische Gesellschaft als solches zu betrachten (Black 2002:39).

Ein weit verbreitetes Bild von der außereuropäischen Bevölkerung in Europa war das des *edlen Wilden*. Besonders die Beschreibungen Tahitis durch den französischen Weltumsegler Louis Antoine de Bougainville und den britischen Seefahrer James Cook haben dazu beigetragen, die außereuropäische Bevölkerung auf dieses Stereotyp zu reduzieren (Black 2002:46). Im Sudan dürfte dieses Stereotyp jedoch nur geringen Einfluss

gehabt haben: Im Nordsudan war die Bevölkerung islamisch und entsprach damit nicht diesem, sondern einem anderen Stereotyp, auf das ich im nächsten Absatz eingehe. Im südlichen Sudan allerdings mögen anfangs viele Forscher dieses Bild gehabt haben – nach den ersten Kämpfen mit der einheimischen Bevölkerung erkannten sie jedoch, dass die Wirklichkeit nicht aus Stereotypen besteht. Am nachhaltigsten dürfte das Bild bei den Missionaren verankert gewesen sein und erst durch anhaltende Misserfolge bei der Missionierung entkräftet worden sein.

Mit der islamischen Welt stand Europa im 19. Jahrhundert bereits mehrere Jahrhunderte in Kontakt – und hier ergab sich ein etwas differenzierteres Bild als das platte Stereotyp vom *edlen Wilden*. So galt der Islam zwar als christenfeindlich und die Kriegsführung der Muslime als äußerst brutal – Europa hatte ja direkt in Mitteleuropa im 17. und 18. Jahrhundert Erfahrung mit türkischen Angriffen gemacht – aber die Menschen hatten eine Religion, der man grundsätzlich mit Respekt gegenübertreten konnte (Black 2002:50f). In Bezug auf das Osmanische Reich beziehungsweise Ägypten wurde dieses Islambild noch durch Vorurteile ergänzt, die Said in *Orientalism* kritisiert. Die Regierungsführung sei despotisch und nicht durch rationale Staatsziele geleitet, die Herrscher seien alle korrupt (Said 1978).

Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts wurde das Verhältnis zwischen Europa und dem Osmanischen Reich friedvoller. Statt ständigem Krieg herrschte an Europas Südostgrenze Frieden. Mit dem Wegfall der Bedrohung änderte sich das Bild Europas vom Orient: Statt Hort von kriegesischen Räuberbanden wurde er als märchenhafte und romantische Welt wahrgenommen. Großen Anteil daran hatten die ab 1704 in Europa übersetzten und mit großem Erfolg publizierten Erzählungen aus Tausendundeiner Nacht. Das neue Bild des Orients war zwar nicht weniger oberflächlich als das alte, aber immerhin positiv besetzt. Nicht nur in der Literatur, auch in der darstellenden Kunst ist ein Einfluss orientalischer Stile und Themen zu bemerken. So komponierte Mozart 1782 die Oper *Entführung aus dem Serail*, die im Osmanischen Reich spielt (Fischer 2006:53).

Ägypten wurde nicht als Teil eines islamischen Imperiums wahrgenommen, sondern als eigenständige Zivilisation, die allerdings im Niedergang begriffen war: Einst Europa ebenbürtig oder sogar überlegen, war es nun das Beispiel untergegangener Größe, das

ohne Hilfe Europas gesellschaftlich und politisch in den Bankrott zu schlittern drohte. Mit diesem vergangenheitsorientierten Ägyptenbild brach in Europa kurz nach Napoleons Ägyptenfeldzug 1798 die Ägyptomanie aus. Unzählige Bücher wurden publiziert, und jeder, der es sich leisten konnte, dekorierte seine Wohnung mit ägyptischen Möbeln und Accessoires. Die Reichen unternahmen Reisen nach Ägypten – der Tourismus fand seine Anfänge (Black 2002:51).

4.12 Modernisierung in Ägypten

1798 war Ägypten ein agrarisch geprägtes Land mit 2,5 bis 3 Millionen Einwohnern, konzentriert im Niltal und im Nildelta. In Oberägypten wurde Wintergetreide angebaut, das durch die jährlichen Nilüberschwemmungen bewässert und gedüngt wurde, während im Nildelta künstliche Bewässerung das ganze Jahr lang intensive Bewirtschaftung ermöglichte. Hier im Nildelta wurden auch Cash Crops, vor allem Flachs und kurzfasrige Baumwolle produziert, die nach Europa exportiert wurden. Diese Unterschiede führten dazu, dass es im Delta eine gut eingeführte Geldwirtschaft gab, während in Oberägypten vor allem Naturalien und Tauschhandel vorherrschten – so waren auch die Steuern im Delta mit Geld zu bezahlen, während sie in Oberägypten als Ernteanteil abgeliefert wurden (Owen 1972a:198).

An der Wende zum 19. Jahrhundert war die Macht der ägyptischen Regierung schwach. Einerseits war die Zentralregierung in Kairo nicht imstande, die Sicherheit in den ländlichen Gebieten sicherzustellen, andererseits hatte sie die Kontrolle über die Verwaltung und Besteuerung der ländlichen Gebiete verloren. Ab 1805 kam eine Reihe von Herrschern an die Macht, die diese Probleme erkannten und eine Modernisierungspolitik einleiteten (Owen 1972a:198f). Diese Modernisierungspolitik sollte es Ägypten ermöglichen, sich gegenüber Europa und Konstantinopel behaupten zu können. Im Endeffekt war jedoch das Gegenteil der Fall. Die Modernisierungspolitik machte Ägypten zu einem rohstoffproduzierenden, von Europa abhängigen Staat, der 1882 von Großbritannien besetzt wurde. Roger Owen stellt in seinem Artikel *Egypt and Europe: from French expedition to British occupation* die These auf, dass dieser Weg in die Abhängigkeit beziehungsweise die Besetzung Ägyptens durch britische Truppen 1882 nicht

als ein isoliertes Phänomen betrachtet werden kann, sondern die Synthese interdependenter Ereignisse in Afrika und Europa sei, die nicht voneinander zu trennen sind. Dieses erstmalige Betonen der Wertigkeit der Wechselwirkungen zwischen Afrika und Europa macht Owens Artikel für mich zu einem wegweisenden Beitrag in der Literatur (Owen 1972a).

4.13 Muhammad Ali

Muhammad Ali regierte von 1805 bis 1849 und gilt als bedeutendster Herrscher in der Periode der ägyptischen Modernisierung.

4.13.1 Machtergreifung

Nach der französischen Expedition herrschten in Ägypten unklare Machtverhältnisse. Die Mamluken waren vom Krieg mit den Franzosen und dem Kleinkrieg untereinander geschwächt, was Istanbul nützen wollte, um Ägypten wieder unter direktere Kontrolle zu bringen. Die Militärmissionen der Hohen Pforte scheiterten allerdings, was dazu führte, dass der Befehlshaber der albanischen Truppen, Muhammad Ali, über die stärkste Militärmacht in Ägypten verfügte. Er verbündete sich mit den Mamlukenfürsten und fand auch Fürsprecher unter der lokalen Kairoer Elite. Im Juli 1805 ernannte ihn die Hohe Pforte zum *wali* von Ägypten (Fahmy 1998:144), er selbst nannte sich bald *Khedive* – Vizekönig.

Die Mamluken, mit deren Hilfe Muhammad Ali an die Macht gekommen war, blieben ein entscheidender Machtfaktor in der ägyptischen Politik. Am 1. März 1811 ließ Muhammad Ali die Mamlukenfürsten während einer Versammlung in der Zitadelle von Kairo ermorden. Nur wenigen gelang die Flucht. Die überlebenden Mamluken siedelten sich rund um Sennar, im heutigen Sudan und dem damaligen Funj-Sultanat, an (Fahmy 1998:146f).

Spätestens im 19. Jahrhundert hatten die meisten Regierungen erkannt, dass ihre Macht in der wirtschaftlichen Stärke ihres Landes liegt, die die Basis für die militärische Macht darstellt – das gilt nicht erst im Zweiten Weltkrieg, wo dies anhand des

Kriegseintritts der USA und ihrer industriellen Kapazität allgemein anerkannt ist. Um die Regierung an der Macht zu erhalten oder die Machtbasis auszubauen, musste also die Wirtschaft angekurbelt werden (Magdoff 1972:162f). Genau das versuchte Muhammad Ali in Ägypten, damit er den Aufbau einer entsprechend schlagkräftigen Armee und Marine finanzieren konnte.

4.13.2 Reformen des Militärs

Ich sehe vor allem zwei Faktoren, warum Muhammad Ali zur Festigung seiner Macht primär auf die Armee vertraute. Ein Faktor war Europa: Muhammad Ali wusste, dass Europa beziehungsweise sogar jede einzelne der größeren europäischen Mächte militärisch in der Lage war, Ägypten einfach zu besetzen, so das gewünscht war. Muhammad Ali wusste ebenfalls, dass die Franzosen aus Ägypten nicht von den Ägyptern, sondern von den Briten vertrieben worden waren. Und es war ihm vermutlich auch bewusst, dass Ägypten eine strategisch wichtige Position auf dem Weg nach Indien einnahm. Also war ein Zweck des Ausbaus der militärischen Macht die Abschreckung der Europäer. Der zweite Faktor war, dass Ägypten rechtlich gesehen nach wie vor eine Provinz des Osmanischen Reiches war. Und auch hier benötigte Muhammad Ali Truppen unter seinem eigenen Kommando, um seinen Entscheidungsfreiraum gegenüber Konstantinopel zu erweitern. Hatte er entsprechendes militärisches Potenzial unter seiner Kontrolle, konnte ihn der Sultan nicht einfach vom ägyptischen Vizekönigsthron entfernen. Owen sieht übrigens in einem anderen Aufsatz im Verhältnis zu Konstantinopel die primäre Motivation für den Ausbau der Armee, die Beziehungen zu Europa erwähnt er nicht (Owen 1981:64).

Muhammad Ali stellte zunächst seine Armee von ausländischen Söldnern auf Ägypter um, vergrößerte sie bis 1830 auf 100.000 Mann und rüstete sie mit modernen Waffen aus. Um die Militärausgaben finanzieren zu können, wollte er die Steuereinnahmen erhöhen. Er entschloss sich aber nicht, die Steuerbasis zu verbreitern, oder die Steuerbelastung auf die Wertschöpfungskette gleichmäßiger aufzuteilen, sondern versuchte die Einnahmen aus der Landsteuer zu erhöhen. Dazu wurde auf ein System der direkten Steuereintreibung durch Regierungsbeamte umgestellt, was gleichzeitig die Macht lokaler Steuerpächter abschaffte und den regionalistischen, zentrifugalen Tendenzen entgegenwirkte, die die Zentralgewalt Kairos latent bedrohten. Zusätzlich zur Landsteuer

wurden Staatsmonopole auf fast alle landwirtschaftlichen Produkte eingeführt. Die Bauern mussten ihre Ernte zu unter dem Marktwert liegenden Preisen an den Staat verkaufen und zahlten so doppelt: einerseits durch die Landsteuer, andererseits durch die Monopole (Owen 1972a:199). Der landwirtschaftliche Sektor musste also mehr oder weniger allein das gesamte Modernisierungsprogramm finanzieren. Um die Staatseinnahmen weiter zu erhöhen, wurden neue Cash Crops, wie die in Europa zu wesentlich höheren Preisen verkaufbare langfasrige Baumwolle, eingeführt und erste Fabriken gegründet, um nicht nur Rohstoffe, sondern auch Fertigprodukte exportieren zu können, beziehungsweise notwendige Importe für die Armee mit selbst hergestellten Fertigprodukten substituieren zu können (Owen 1972a:200).

4.13.3 Industrialisierung und Investitionen in die Infrastruktur

Im Steuerbereich gab es eine Reihe von Reformen, die aber alle nicht zum Ziel führten. Es blieb beim Grundproblem: Die enormen Militärausgaben konnten nicht nahezu ausschließlich durch Abgaben auf landwirtschaftliche Überschüsse finanziert werden.

Der nächste Schritt, um Zugriff auf die weitere Wertschöpfungskette zu erhalten, war daher die Monopolisierung fast aller Güter, mit denen man Geld verdienen konnte. Privaten wurde der Handel mit Weizen, Reis, Sesam, Indigo, Baumwolle, Hanf, Hopfen und Bohnen verboten, weitere Güter folgten. Der Staat kaufte die Produkte zu Preisen, die weit unter dem Marktwert lagen und verkaufte sie zum Marktwert weiter. Teilweise ging die Regierung auch innovativ vor und erhöhte die Produktivität durch Einführung neuer Techniken und Feldfrüchte oder Bewässerungsprojekte – meist errichtet durch Zwangsarbeit der ländlichen Bevölkerung beziehungsweise durch Gewaltandrohung oder –anwendung (Owen 1981:66). Die Baumwollexporte verdoppelten sich zwischen 1821 und 1839, nachdem begonnen wurde, langfasrige Baumwolle anzubauen, die die nötige Qualität bot, die von der europäischen Textilindustrie nachgefragt wurde. 1835 betrugen die Erlöse aus den Baumwollexporten bereits die Hälfte der Einnahmen aus der Landsteuer (Owen 1981:67).

Muhammad Ali versuchte sich in nachholender importsubstituierender Industrialisierung, allerdings stand bei all seinen Plänen er selbst beziehungsweise der Staat im Mittelpunkt. Zunächst wurden Fabriken zur Rüstungsgüterproduktion errichtet, 1816 wurde

dann die erste Textilfabrik in Kairo eröffnet – sie produzierte Uniformen für das Militär. Das Ziel war, die Ausgaben für europäische Rüstungsgüter zu senken (Owen 1981:69). Mit zunehmendem wirtschaftlichem Erfolg und Größe der Armee ignorierte Muhammad Ali immer mehr die den Europäern von der Hohen Pforte in den Kapitulationen gewährten Privilegien. Wegen der staatszentrierten Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung waren sowohl in- als auch ausländische Geschäftsleute bei ihren Aktivitäten in Ägypten auf das Wohlwollen von Muhammad Ali angewiesen. Die Investitionssicherheit war also niedrig (Fischer 2006:61).

Am Exportmarkt, und sogar oft im Inland abseits staatlicher Nachfrage, konnten sich ägyptische Textilien nur über niedrige Preise behaupten, da die Qualität schlechter war als die europäischer oder indischer Stoffe. Waren die Lager voll, wurde zu Preisen verkauft, die oft unter den Herstellungskosten lagen, wie Owen mutmaßt – entweder, weil man die Lagerbestände los werden wollte, oder weil die rudimentäre Buchhaltung es nicht erlaubte, die tatsächlichen Herstellungskosten zu berechnen (Owen 1981:71).

Die fundamentalen Unterschiede zwischen dem Versuch der nachholenden Industrialisierung in Ägypten und der Industrialisierung in Europa lagen zunächst in der Eigentümerstruktur. In Europa wurden die Betriebe nach kapitalistischen Grundsätzen geführt, sie waren meist in Privatbesitz, der Eigentümer überwachte die Fabrik und hatte logischerweise ein großes Interesse an entsprechenden Renditen. In Ägypten gehörten alle Fabriken dem Staat, das Aufsichtspersonal profitierte persönlich nicht vom wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes – bis zu 50 % der Rohstoffe sollen aus Unachtsamkeit und Schlamperei verloren gegangen sein (Owen 1981:70). In Ägypten wurde Energie durch Arbeitskräfte oder Tiere bereitgestellt, Dampfmaschinen kamen nur selten zum Einsatz – es hätte auch keine einheimische Steinkohle gegeben, um sie zu befeuern. Führungskräfte in den Fabriken waren keine Techniker, sondern meist ehemalige Militärs, die wenig von ihrer Aufgabe verstanden, die sie zu erfüllen hatten. So berichtet Owen von einem Fabriksinspektor, der grundsätzlich gegen Ochsen oder Dampfmaschinen war – es gefiel ihm einfach besser, Menschen zu sehen, die Maschinen mit Muskelkraft antrieben (Owen 1981:72).

Trotz all dieser Widrigkeiten war das ägyptische Modell eine gewisse Zeit lang ein Erfolg – offenbar waren die Margen im Textilgeschäft so groß, dass trotz der Ineffizienz

noch ein Gewinn übrig blieb. Die Briten fürchteten die Konkurrenz und übten gemeinsam mit dem Osmanischen Reich Druck auf Ägypten aus. Das Ende des wirtschaftlichen Erfolgs der Baumwollindustrie kam mit dem Fall der Baumwollpreise im Zuge einer internationalen Depression in den Jahren 1836-1837. Die europäischen Handelshäuser waren die größten Kreditgeber der ägyptischen Industrie – sie schlitterten gemeinsam mit den Fabriken in die Zahlungsunfähigkeit und ihre Schuldansprüche wurden von anderen europäischen Firmen übernommen (Owen 1981:73). Um dem Staatsbankrott zu entfliehen, privatisierte Muhammad Ali zuvor verstaatlichtes Land. Der ohnehin manchmal schwache Einfluss des Staates in den peripheren Regionen erodierte noch mehr (Owen 1981:76). Das Scheitern der Politik der importsubstituierenden Entwicklung bewirkte das Gegenteil dessen, was Muhammad Ali erreichen wollte: Ägypten war nun nicht nur noch stärker von europäischen Importen abhängig, sondern hatte auch noch Schulden in Europa (Owen 1981:76).

Obwohl Muhammad Ali bemüht war, den europäischen Einfluss durch die Modernisierung hintanzuhalten und nicht zu vergrößern, passierte im Endeffekt genau das. Es kamen mehr Europäer ins Land – als Händler und als Experten für die Regierung. Durch das Monopolsystem und das Verbot für Europäer, Alexandria zu verlassen, konnte Muhammad Ali die privat in Ägypten tätigen Europäer zunächst unter Kontrolle halten – bis das Osmanische Reich 1830 einen Handelsvertrag mit Großbritannien abschloss und auch in Ägypten die Monopole beseitigt werden mussten. Eine große Gruppe von Verbündeten hatten die europäischen Händler in den Landbesitzern, die sehr davon angetan waren, ihre Produkte nun direkt zu marktgerechten Preisen an die Europäer verkaufen zu können, ohne den Umweg über das staatliche Monopol machen zu müssen. (Owen 1972a:200f)

Mit dem wachsenden Handel siedelten sich auch europäische Banken in Alexandria an, die sehr daran interessiert waren, auch mit dem ägyptischen Staat ins Geschäft zu kommen. Da Muhammad Ali allein über die Steigerung der Steuereinnahmen seine Reformpolitik nicht finanzieren konnte, nahm der ägyptische Staat diese Angebote gerne an – und verschuldete sich bis 1875 mit fast 100 Millionen Britischen Pfund bei europäischen Geldgebern. Das meiste Geld verschlang das Sueskanal-Projekt, das unter seinen Nachfolgern Said und Ismail umgesetzt wurde (Owen 1972a:201).

Das Ziel, mit dem aufgenommenen Geld die Unabhängigkeit Ägyptens nachhaltig zu sichern, wurde nicht erreicht – ganz im Gegenteil. Am Ende dieses Prozesses fand sich Ägypten wieder als ein politisch und ökonomisch völlig von Europa abhängiger Produzent von Rohstoffen.

Dafür waren laut Roger Owen drei Faktoren ausschlaggebend: Erstens wurde das aufgenommene Geld in Infrastrukturprojekte investiert, die langfristig gesehen die Wirtschaft stärken und so die Einnahmen der Regierung erhöhen sollten. Allerdings war die Laufzeit der Kredite beziehungsweise Anleihen kürzer als die Zeit bis zum Erreichen des Break-Even-Points der Investitionen. Zweitens wurde die Diversifizierung der Wirtschaft unmöglich gemacht, durch die Konzentration der Exportwirtschaft auf das Produkt Baumwolle und das damit einhergehende Interesse der Gruppe der großen Landeigentümer und der Händler an einer weiteren Stärkung dieses Sektors. Drittens war Ägypten politisch zu schwach (und finanzökonomisch zu abhängig), um seine junge Industrie durch protektionistische Maßnahmen gegen die zu diesem Zeitpunkt übermächtige Konkurrenz aus Europa zu schützen, wie es dem Konzept der *Importsubstituierenden Industrialisierung* entspräche (Owen 1972a:202). Auch wenn dieses Konzept, die Singer-Prebisch-These, die ökonomische Entwicklung Lateinamerikas ab den 1930er erklären sollte, so sehe ich Parallelen zur Entwicklung Ägyptens im 19. Jahrhundert (vgl. dazu Prebisch 1950).

Die wirtschaftlichen Veränderungen in Ägypten bewirkten auch Veränderungen in der Sozialstruktur des Landes. Die Anzahl der Europäer in Ägypten verzehnfachte sich von 1840 bis 1880, die Besteuerung der Europäer war für die ägyptische Regierung kaum möglich, und der Rechtsprechung waren sie durch die Kapitulationen, die das Osmanische Reich auf britischen Druck hin unterzeichnet hatte, entzogen. Sie verteidigten ihre Interessen in ihren Funktionen als Exporteure, Bankiers und vor allem Finanziers der ägyptischen Staatsschulden. Über ihre jeweiligen Konsuln in Ägypten und die Regierungen in Europa übten sie so großen Druck auf die ägyptische Regierung aus (Owen 1972a:203).

Parallel dazu etablierte sich eine Gruppe von ägyptischen Grundeigentümern. Beginnend mit Ende der 1830er Jahre wurden große Flächen unter der herrschenden Klasse aufgeteilt, später erhielten auch hohe Beamte und Militärs, sowie andere Günstlinge der

Mächtigen Land als Gegenleistung für Verdienste. Im Zuge der Landaufteilung schafften es auch lokale Herrscher, an Land zur privaten kommerziellen Nutzung zu gelangen. Mit dem Ansteigen der Rendite aus dem Baumwollanbau war das sehr attraktiv, um zu privatem Reichtum zu gelangen. Aufgrund der mangelnden Kontrolle des Staates bedienten sich diese Landbesitzer auch häufig am Wasser der Kanäle, ohne dafür Abgaben zu bezahlen, oder zogen überhaupt die lokal ansässige Bevölkerung zur Zwangsarbeit heran. Diese Klasse der Landbesitzer lebte vom Export von Cash Crops, fast ausschließlich von Baumwolle, und hatte daher ein großes Interesse an der weiteren Öffnung des Landes in Richtung Europa (Owen 1972a:203f).

4.13.4 Annexion des Sudan durch Ägypten

Die Entscheidung, Truppen in den Sudan zu schicken, und den südlichen Nachbarn, das Funj-Sultanat, zu überfallen, dürfte Muhammad Ali aufgrund verschiedener Faktoren getroffen haben.

Einerseits war die militärische Expansion jahrhundertlang das Wachstumskonzept des Osmanischen Reiches gewesen, andererseits legten die europäisch-imperialistischen Ideen nahe, dass es wirtschaftliche Vorteile bietet, von der Metropole abhängige Gebiete zu besetzen. Es lag nahe, das Niltal entlang zu expandieren, da hier traditionelle Verbindungen bestanden. Der Khedive war im Sudan vor allem an zwei Rohstoffen interessiert: an Sklaven und Gold. Die Verfügbarkeit von Sklaven für seine Armee sollte seine Abhängigkeit von den chronisch aufmüpfigen und undisziplinierten albanischen Söldnertruppen reduzieren. Mit dem vermeintlich vorhandenen Gold in den *Mondbergen* an der Nilquelle wollte er die Modernisierung und Industrialisierung Ägyptens finanzieren. Muhammad Ali glaubte Zeit seines Lebens an die Goldvorkommen im Sudan – wohl eine der politisch bedeutendsten Illusionen in der Geschichte Nordostafrikas. In den heutigen Staaten Sudan und Südsudan wurden bis heute keine ökonomisch sinnvoll ausbeutenden Goldvorkommen gefunden. Neben Sklaven und Gold versprach die Beherrschung der Häfen am Roten Meer Kontrolle über die Pilgerroute nach Arabien und damit finanzielle Einnahmen. Außerdem verlief vor 1820 ein großer Teil des Indienhandels noch über Aleppo und den Tigris. Würden politisch stabile Verhältnisse und ein Mindestmaß an Infrastruktur geboten, dann würde ein Teil des Indienhandels durch Ägypten laufen (Gritsch 1975). Auffallend ist, dass die Goldvorkommen und die Pilger-

route in der neueren Literatur nicht mehr erwähnt werden. Vermutlich lassen sich diese Argumente nicht durch archivale Quellen belegen, sondern gehen auf die österreichische Bergbauexpedition (Goldvorkommen) bzw. auf wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen europäischer Wissenschaftler zurück (Pilgerrouen als Wirtschaftsfaktor).

Neben diesen wirtschaftlichen Argumenten zog es Muhammad Ali vermutlich auch deshalb in den Sudan, weil sich einige geflüchtete Mamluken nach Dongola, einer Stadt etwa auf dem halben Weg zwischen der Südgrenze Ägyptens und dem heutigen Khartum, zurückgezogen hatten. Somit bestand immer noch die latente Gefahr, dass diese alte Elite nach Ägypten zurückkehren und Muhammad Alis Macht infrage stellen könnte. Gegenüber der Hohen Pforte führte Muhammad Ali jedenfalls an, dass die Militärexpedition dazu diene, die geflüchteten Mamluken zu bekämpfen (Fahmy 1998:153).

Darüber hinaus war die Staatsgewalt in Ägyptens südlichem Nachbarstaat am Rückzug. Das Funj-Sultanat war auf die Kontrolle von Handel und Landbesitz angewiesen, um sich zu finanzieren. Diese Kontrolle wurde von der Bevölkerung im Kernland hintergangen, um Steuern zu sparen. Gleichzeitig machten sich an der Peripherie starke zentrifugale Tendenzen bemerkbar. Nach der Expansion des Funj-Sultanates im 17. und 18. Jahrhundert waren die Wege im Staat zu weit für direkte Verwaltung, und so mussten sich die Funj auf lokale Herrscher verlassen, die meist gegen die zentrale Staatsgewalt arbeiteten. Im Gebiet zwischen Sennar und Ägypten waren das die aus Ägypten vertriebenen Mamluken. Aufgrund dieser Umstände war die Staatsmacht im Funj-Sultanat so geschwächt, dass Muhammad Alis Truppen keine starke Gegenwehr von der ehemals großen und kampfkraftigen Funj-Kavallerie zu befürchten hatten (Asiwaju 1977:24-25). Ob die Invasion auch ohne den Niedergang des Funj-Sultanates stattgefunden hätte, muss im Bereich der Spekulation bleiben, begünstigt haben die Auflösungstendenzen den Überfall Ägyptens auf seinen südlichen Nachbarn sicherlich.

Wie der Schriftverkehr zwischen Muhammad Ali und dem Kommandanten der Truppen im Sudan, seinem Sohn Isma'il, zeigt, stand zunächst die Beschaffung von Sklaven im Mittelpunkt. Er schrieb wiederholt, dass Isma'il sich nicht mit der Einhebung von Steuern oder der Suche nach Gold von seiner eigentlichen Aufgabe ablenken lassen solle. *„Der Wert von Sklaven, die sich für unsere Armee eignen, ist viel höher als der von*

Juwelen. Daher befehle dir, 5.000 dieser Sklaven zu beschaffen.“ (M. A. zit. nach Fahmy 1998:153).

In den folgenden Jahren beutete Ägypten den Sudan rücksichtslos aus, obwohl es sich de jure um osmanisches Territorium handelte und Ägypten für seine Politik eigentlich die Genehmigung Konstantinopels gebraucht hätte. Die hohe Besteuerung der Wasserschöpfträder führte zu einer rapide sinkenden Nahrungsmittelproduktion und zum Veröden weiter Landstriche. 1822 brach ein Aufstand aus. Die Ägypter schlugen die Proteste mit militärischer Gewalt nieder und gründeten 1823 am Zusammenfluss von Weißen und Blauem Nil die Stadt Khartum als Verwaltungssitz. Unter Ali Kurshid (1826-1838) wurde eine Zivilverwaltung eingeführt, worauf sich die Zustände für die Bevölkerung besserten (Zach 2007b:83f). Die Provinzen wurden Khartum unterstellt und der Posten des Generalgouverneurs wurde eingerichtet.

Im Jahr 1838 wurde der Sudan offiziell ägyptischer Kontrolle unterstellt, wobei Ägypten nach wie vor, zumindest theoretisch, Teil des Osmanischen Reiches blieb. 1838 erklärte Muhammad Ali die Unabhängigkeit und stellte die Tributzahlungen an Konstantinopel ein. Der Osmanische Sultan Mahmut II. hatte den zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen Muhammad Alis nichts entgegenzusetzen, da er aufgrund der eigenen Schwäche immer wieder die Unterstützung Ägyptens in Anspruch nehmen musste. Muhammad Ali wusste, dass seine Expansion von Konstantinopel nicht aufzuhalten war, solange die europäischen Mächte sich nicht einmischten. Er vertraute darauf, dass Frankreich Ägypten weiterhin unterstützte, indem es europäische Aktivitäten gegen Ägypten hintanhalt (Fischer 2006:62). Frankreich unternahm allerdings nichts, als eine Allianz zwischen Großbritannien, Österreich und Russland auf der Seite Konstantinopels in den Konflikt eingriff (Gritsch 1975:46). Frankreich hatte die Invention zwar abgelehnt, wollte aber einen offenen Konflikt mit den drei anderen europäischen Großmächten auch nicht riskieren, also hielt es – abgesehen von diplomatischem Theaterdonner – still. Dieses Eingreifen der europäischen Mächte zeigt wieder, wie sehr die europäische Innenpolitik Vorgänge im Osmanischen Reich beeinflusste. Ein unabhängiges Ägypten hätte das Mächtegleichgewicht in Europa durcheinandergebracht, weshalb das Osmanische Reich in diesem Fall unterstützt wurde – sogar von seinem traditionellen Kriegsgegner Russland.

Im Zuge dieses lange Zeit vor sich hinköchelnden Konfliktes kam es dann tatsächlich zum Krieg um die von Muhammad Ali besetzten Gebiete an der Küste des Mittelmeeres in Syrien, Palästina und dem Libanon. Eine europäische Streitmacht beendete im Sommer 1840 Ägyptens Herrschaft über Syrien, Palästina und den Libanon (Fischer 2006:103-113). Britische, russische und österreichische Kriegsschiffe blockierten zunächst die ägyptischen Häfen und verhinderten somit ein Auslaufen der ägyptischen Kriegsflotte aus ihrem Stützpunkt in Alexandria. Danach wurden die Küstenstädte Syriens und des Libanon von See her erobert bzw. einfach Waffen an die einheimische Bevölkerung verteilt, bei der die ägyptischen Besatzer nicht gerade beliebt waren. Die europäische Intervention in der Levante von 1840 ist eine der ersten Kampagnen, in der sowohl amphibische Kriegsführung als auch Guerillataktiken eingesetzt wurden. Für die kaiserliche Kriegsmarine war der Einsatz überlebenswichtig: Einflussreiche Gruppen in der Monarchie hatten mehrmals die Sinnhaftigkeit der Existenz einer Kriegsmarine (der damals mit Abstand teuersten Waffengattung!) für ein binnenorientiertes Land wie Österreich in Frage gestellt. Eine Blamage an der Seite der professionellsten Marine der Welt, der *Royal Navy*, wäre zwar militärisch nicht bedeutend, hätte aber vermutlich zum Ende vieler Karrieren in der kaiserlichen Kriegsmarine, wenn nicht zum Ende aller über den Küstenschutz in der Adria hinausgehender Aktivitäten der kaiserlichen Kriegsmarine, geführt (Fischer 2006:106). Wohl auch aus diesem Grund kam es zu einer Reihe von spektakulären Einzelaktionen einiger österreichischer Kommandanten, die sich vortrefflich dafür eigneten, das Ansehen der Kriegsmarine zu erhöhen. Jedenfalls wurde nach dem Einsatz in der Levante die Notwendigkeit der Kriegsmarine nicht mehr hinterfragt (Fischer 2006:118).

Nach der Vertreibung der ägyptischen Truppen aus Syrien, Palästina und dem Libanon hatten die Europäer ihre Mission erfüllt: Der Sultan war gestärkt (aber nicht zu sehr) und Muhammad Ali war in die Schranken gewiesen, aber nicht in seiner Existenz bedroht. Eine Invasion Ägyptens war daher sowohl aus politischen als auch aus militärischen Gründen nicht angezeigt. Bei den anschließenden Verhandlungen verlor Muhammad Ali zwar die Gebiete an der Küste des Mittelmeeres, allerdings wurde er erblicher Vizekönig von Ägypten und erhielt im Sudan freie Hand (Gritsch 1975:47).

Auf der anderen Seite brachten die Friedensbestimmungen das Ende für Muhammad Alis Wirtschaftspolitik. Er musste sowohl sein Monopolsystem aufgeben als auch den

Handelsvertrag von Balta-Liman akzeptieren, der die Zollsätze für Importe auf 3 % und die für Exporte auf 12 % festsetzte (Fischer 2006:121). Somit war eine importsubstituierende Industrialisierung Ägyptens unmöglich geworden. In Wirklichkeit hatte die europäische Intervention also nicht die Machtverhältnisse innerhalb des Osmanischen Reiches wieder hergestellt, sondern Ägypten der Dominanz Europas unterworfen. Mit dem verlorenen Krieg von 1840 war die wirtschaftliche Abhängigkeit Ägyptens von Europa einzementiert – mit Auswirkungen bis heute.

4.14 Ägyptens Weg in Staatsbankrott und Fremdherrschaft

Grundsätzlich folgte der Weg in den Bankrott für Ägypten dem gleichen Muster wie der des restlichen Osmanischen Reiches (dessen Teil Ägypten prinzipiell immer noch war). Zwar wurde das Geld nicht hauptsächlich ins Militär, sondern in die im Endeffekt gescheiterte Politik der importsubstituierenden Industrialisierung investiert, das Ergebnis war aber das gleiche: Die Einnahmen des Staates stiegen nicht, die Schulden konnten nicht mehr bedient werden. Trotzdem muss hier zur nachträglichen „Ehrenrettung“ der ägyptischen Herrscher betont werden, dass der ägyptische Plan nicht von Anfang an so aussichtslos war wie der türkische. Das meiste Geld wurde in die Eisenbahn und andere Infrastrukturprojekte investiert. Allein, es gelang nicht, über das Steuersystem die gesamte Wertschöpfungskette zu erfassen – es blieb bei den Steuern auf Grund und Boden. Die Landwirtschaft hätte all die neuen staatlichen Aufgaben finanzieren müssen, was aussichtslos war (Owen 1981:129f). Die fatalste Entscheidung für Ägyptens Finanzen war das Engagement von Said Pascha, dem Nachfolger von Muhammad Ali, beim Bau des Sueskanals. Sobald der Kanal in Betrieb war, verlor Ägypten die Einnahmen aus dem Landtransport zwischen Sues und Alexandria. Zum Kanalbau musste es Zwangsarbeiter stellen. Die Souveränität über das Kanalgebietes musste Ägypten abtreten – und es musste den Großteil der Finanzierung übernehmen, da die Kanalgesellschaft ihre Aktien in Europa kaum verkaufen konnte (Owen 1981:125). Im Vergleich zum restlichen Osmanischen Reich waren die Auswirkungen des Staatsbankrotts jedoch ungleich dramatischer: Ägypten war strategisch bedeutend, sowohl für den Seeweg nach Indien als auch als Tor zum Sudan und damit Zentralafrika. Weil es politisch

schwächer war als Konstantinopel stand am Ende der Zahlungsunfähigkeit, die 1876 eingetreten war, die Fremdherrschaft durch europäische Mächte, deren einflussreichste davon Großbritannien war (Owen 1981:122).

Verschiedene Rettungspläne für die Investments der Europäer scheiterten, bis 1878 von Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich die *Caisse de la Dette Publique* gegründet wurde, die bald die Finanzhoheit über Ägypten übernahm. Europäer zogen als Minister in das ägyptische Kabinett ein. Formell blieb der Khedive Herrscher in Ägypten – aber die Budgethoheit hatte nun die Caisse in Form von zwei *Controller General* – einem Briten und einem Franzosen, wobei ersterer über wesentlich mehr Einfluss verfügte (Owen 1981:132f). Ein Verstoß der Ägypter gegen den Vertrag hätte wohl binnen kürzester Zeit eine europäische Militärintervention nach sich gezogen. Der Khedive war entmachtet, die Europäer hatten das Sagen in Ägypten. Die Ägypter protestierten gegen die Fremdbestimmungen, ein Teil des noch existierenden ägyptischen Militärs revoltierte und in Alexandria kam es zu europäerfeindlichen Ausschreitungen. Großbritannien nutzte die Vorkommnisse als Argument für die Besetzung Ägyptens, die 1882 vollzogen wurde. Großbritannien war am Ziel: Das letzte unsichere Stück des Seeweges nach Indien, der Sueskanal, war unter britischer Kontrolle.

4.15 Wirtschaftliche Aktivitäten im Sudan

Die ägyptische Eroberung des Sudan um 1820 brachte die Überlandhandelsrouten durch das Niltal nach Äthiopien sowie die Transsahararouten nach Zentralafrika unter die Kontrolle Ägyptens, womit der Zugang für Europäer möglich wurde. Es waren zwar immer noch expeditiousartige Vorbereitungen für eine Reise in den Sudan nötig, aber es bestand eine gewisse Rechtssicherheit, da Ägypten zum Osmanischen Reich gehörte, welches in Europa integriert war.

Die Hauptexportgüter des Sudan waren Gummi, Elfenbein und Straußenfedern. Ab 1825 fielen diese Produkte in das ägyptische System der Staatsmonopole, was den Handel für Europäer fast unmöglich machte, da der Staat einen so hohen Teil des Profites abschöpfte, dass für die am Geschäft beteiligten Privatpersonen nichts mehr übrig blieb

(Sauer 2007:32). Jedenfalls berichteten das die europäischen Händler nach Europa und die europäischen Historiker schreiben es bis heute.

Erst 1849 wurde der Vertrag von Balta Liman, den die Briten durchgesetzt hatten, und der bereits 1838 zustande gekommen war, nach heftigen Bemühungen der Europäer auch im Sudan umgesetzt, was das Ende für die Staatsmonopole bedeutete. In Khartum setzte eine Goldgräberstimmung ein und viele Europäer, die sich in Ägypten aufgehalten hatten, zogen in den Süden, um mit möglichst viel Elfenbein, Gummi und Straußenfedern zurückzukommen. Zum großen Teil waren die Händler zumindest in der Anfangsphase tatsächlich persönlich involviert – sowohl bei den Expeditionen im südlichen Sudan, als auch beim Transport nach Kairo. Später zogen sich etablierte Händler auf die Finanzierung von Expeditionen zurück. Immer mehr Händler verlegten ihren Lebens- und Geschäftsmittelpunkt in die geografische Mitte des Sudangeschäfts, nach Khartum. Die heutige Hauptstadt des Sudan wurde 1821 als Militärstützpunkt am Zusammenfluss zwischen Weißem Nil und Blauem Nil gegründet. Durch den Handel entwickelte sich in Khartum schnell eine europäische Kolonie von Händlern und Abenteurern.

Die Handelsware musste im südlichen Sudan oder in Zentralafrika beschafft werden, was zu einem raschen Vorstoßen der Europäer in den südlichen Sudan (den heutigen Staat Südsudan) führte. Wenn man diesen speziellen Teil der Sudanesischen Geschichte bearbeitet, fällt auf, dass der größte Teil der Literatur in den frühen 1960er Jahren oder davor entstanden ist. Die Autoren sind meist Briten oder zumindest in Großbritannien ausgebildet. Die Wissenschaftler, die damals publizierten, wurden noch während des Kolonialismus ausgebildet und stützen sich während ihrer Ausbildung stark auf Dokumente, die von nicht-akademischen Hobbyhistorikern gesammelt wurden. Diese Hobbyhistoriker waren meist Kolonialbeamte, die ihre Forschungen in den *Sudan Notes and Records* publizierten. Ihre Erkenntnisse und Schlussfolgerungen sind stark durch ihre Lebenssituation und den mangelnden Respekt vor Afrikanern getrübt.

Expansion in den Süden

Vor den ersten Expeditionen in den Süden im Jahr 1839 waren die Kontakte zwischen den Völkern des südlichen Sudan am Weißen Nil und den Völkern im Zentral- und Nordsudan spärlich. Der *Sudd* (oder *Bahr al Jabal*), ein Abschnitt des Nils, der von

weitläufigen Sümpfen und üppiger Vegetation geprägt ist, verhinderte ein durchgehendes Befahren des Nils und schnitt so die südlichen Teile des Weißen Nils von den nördlichen ab. Daher wurden die Völker des Südens in der Nachkriegsliteratur als komplett isoliert lebende Ungläubige beschrieben, die meist als Pastoralisten lebten und nicht durch Handelsnetzwerke mit dem Rest der Welt interagieren, sondern weiterhin in selbstbestimmter Isolation leben wollten (Gray 1961:8-11). Mit neueren Erkenntnissen und Fortschritten in der Forschung kann diese einseitige Sichtweise hoffentlich bald aufgegeben werden.

Die Völker von Equatoria, wie die südlichste Provinz des Sudan genannt wurde, sprachen (und sprechen) vor allem nilosaharanische Sprachen, wie Dinka, Luo oder Bari¹² und nicht Arabisch, wie die Einwohner des Zentral- oder Nordsudan. Die seit der Besetzung durch Ägypten hergestellte politische Einheit mit dem Norden fand nach langem Bürgerkrieg am 9. Juli 2011 mit der Unabhängigkeit der Republik Südsudan ihr Ende.

Den Imperialismustheorien folgend gibt es eine Reihe von Faktoren, die dazu beigetragen haben, dass die Europäer und Ägypter ihre Interessenssphäre im Süden besser absichern wollten. Einerseits bestand ein ökonomisches Interesse an der Kontrolle der Gebiete, in denen Elefanten gejagt und Elfenbein gesammelt werden konnte. Andererseits war die Quelle des Weißen Nils bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts noch nicht gefunden. Es rankten sich viele Legenden um die Nilquellen, und ein Platz in den Geschichtsbüchern erwartete denjenigen, der die Nilquellen der europäischen Welt bekanntmachen würde. Muhammad Ali selbst finanzierte drei Expeditionen, um die Nilquellen zu finden. Ihn trieb vermutlich auch die Vorstellung vom Gold in den Mondbergen, die sich in der Nähe der Nilquellen befinden sollten. Alle drei Expeditionen schafften es nicht, den Sudd zu durchqueren. Allerdings wurde der Elefantenreichtum des Gebietes bekannt und der sardische Händler Brun-Rollet gründete als erster eine Station für den Elfenbeinhandel (Gritsch 1975:10f).

Ab diesem Zeitpunkt engagierten sich vor allem Europäer in der Eingliederung des südlichen Sudan in das europäisch dominierte Wirtschafts- und Wertesystem. Es stellt sich nun die Frage, wie diese *Men on the Spot* europäische Länder dazu bringen konnten, das

¹² http://www.ethnologue.com/show_country.asp?name=SD [Zugriff am 24.12.2012]

Geld ihrer Steuerzahler dafür aufzuwenden, im Sudan eine staatliche Präsenz aufzubauen.

5. Die Men on the Spot und das offizielle Österreich

Dieses Kapitel analysiert zunächst die Rahmenbedingungen, die die Beziehungen Österreichs zum Osmanischen Reich bestimmten. Danach werden die Strategien der vor Ort befindlichen Europäer untersucht und die Strategien dargestellt, mit denen die Men on the Spot Protagonisten in der Metropole in ihrem Sinne beeinflussen konnten. Diese Protagonisten in der Metropole sorgten dann dafür, dass offizielle Stellen Mittel bewilligten um eine staatliche Präsenz aufzubauen.

5.1 Verbindungen Wien-Khartum

Wie bereits im Kapitel 4.9 „Das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert“ ausgeführt, war das Osmanische Reich, und damit auch seine (mehr oder weniger unabhängigen) Provinzen, zwar eine Macht an der Peripherie Europas, die unter den Machtansprüchen der anderen europäischen Großmächte zu leiden hatte (Reinkowski 2006), zu der jedoch jahrhundertealte Beziehungen bestanden. Das völkerrechtliche Vertragswerk der Kapitulationen räumte Angehörigen europäischer Staaten verschiedene Rechte ein und schützte sie – zumindest auf dem Papier – vor Übergriffen (McEwan 1982:31). Deshalb war es für Europäer möglich, die Gebiete des Osmanischen Reiches zu bereisen. Für einige Gebiete, wie zum Beispiel den Sudan, waren dafür zwar expeditionsähnliche Vorbereitungen notwendig, die Reise war dennoch wesentlich unkomplizierter und ungefährlicher, als in Gebieten, deren politische Systeme von Europa nicht anerkannt waren und zu denen keine offiziellen Beziehungen unterhalten wurden.

Österreichs Beziehungen zu Ägypten hingen eng mit der Beziehung zum Osmanischen Reich an sich zusammen. Für Österreich war einerseits die Einheit eines starken Osmanischen Reiches wichtig, damit es zwischen sich und Russland einen Puffer hatte (Reinkowski 2006:8), andererseits war das Osmanische Reich Österreichs Nachbar am Balkan. Und dort kam Österreich wiederum ein schwaches Osmanisches Reich sehr gelegen, da Österreich dort expansionistische Pläne verfolgte. Österreichs Politik zum

Osmanischen Reich war daher vom Spagat geprägt, die Einheit des Reiches erhalten zu wollen und es damit nicht zu sehr schwächen zu dürfen, andererseits den eigenen Einfluss am Balkan ausbauen zu wollen. Zwischen diesen Polen versuchte Österreich eine Balance zu finden (Gritsch 1975:28).

Im östlichen Mittelmeerraum, der so genannten *Levante*, hatte der österreichische Außenhandel lange Tradition. Wie bereits erwähnt unternahm Kaiser Karl VI. (Regierungszeit 1711-1740) eine Handelsoffensive, die zum Ziel hatte, den österreichischen Levantehandel auszubauen (Black 2002:60). Im Zuge dessen wurde die zweite Orientalische Kompagnie gegründet (die erste war im 16. Jahrhundert kriegsbedingt gescheitert), die Wirtschaftsbeziehungen zu Smyrna und Akko unterhielt. Gestützt auf das im Vertrag von Passarowitz verbriefte Recht, Konsulate unterhalten zu dürfen, eröffnete Österreich in Kairo ein Konsulat (Fischer 2006:35). 1804 wurde es, entsprechend der zunehmenden Bedeutung des Handels mit Ägypten, zum Generalkonsulat, also einer mit österreichischen Beamten besetzten diplomatischen Vertretung, aufgewertet. Zum Amtsbereich des Generalkonsulates, das bald in die Hafenstadt Alexandria übersiedelte, zählte später auch der ägyptische Sudan. Das Generalkonsulat Alexandria unterstand der diplomatischen Vertretung Österreichs bei der Hohen Pforte, der so genannten Internuntiat. Österreich unterhielt seit 1627 eine Vertretung in Konstantinopel, wollte dem Osmanischen Reich aber wegen des noch immer herrschenden Kriegszustandes nicht die Ehre der Errichtung einer Botschaft erweisen. Damit der österreichische Vertreter aber nicht auf einer Ebene mit den Gesandten der Mächte stehen musste, die ebenfalls keine Botschaft eingerichtet hatten, wurde das Konstrukt der Internuntiat erfunden, die zwischen Botschaft und Gesandtschaft einzuordnen ist (Agstner 2010:20). Die Konsulardienststellen (Vizekonsulate oder Consularagenzien) im Osmanischen Reich waren jeweils einem Generalkonsulat zugeordnet, das wiederum der Internuntiat nachgeordnet war. Die Konsulate waren ursprünglich reine Handelsvertretungen, weshalb sie in Wien auch zu der für den Außenhandel zuständigen Dienststelle gehörten, wie zum Beispiel zur Kommerzhofkommission oder später zum Handelsministerium. Sie übernahmen dann jedoch immer mehr diplomatische Aufgaben¹³, bedingt durch die Kapitulationen.

¹³ Heute gehören Konsulate in Österreich genauso zum diplomatischen Dienst des Außenministeriums wie Botschaften, haben aber nur administrative und keine diplomatischen Aufgaben. Für die wirtschaftli-

Die Aufgabe der Konsuln der europäischen Mächte im Osmanischen Reich war neben der Förderung des Handels die Überwachung der Gewährung der in den Kapitulationen zugestandenen Rechte ihrer Staatsbürger. Aus den Schilderungen in der Literatur geht hervor, dass ausländische Staatsbürger tatsächlich immer wieder die Hilfe eines Konsuln in Anspruch nehmen mussten, damit ihre auf zwischenstaatlicher Ebene vereinbarten Rechte auch von den lokalen Verwaltungen anerkannt wurden. So berichtet der österreichische Internuntius in Konstantinopel über die Zustände in Ägypten, wo Angehörige anderer europäischer Staaten die Konsularaufgaben für Österreich wahrnahmen, dass die österreichischen Händler oft benachteiligt würden, und es ständig Streit gäbe, der dem Ansehen Österreichs abträglich sei (McEwan 1982:36). Wenn man die Tätigkeiten der ersten österreichischen Konsuln in Khartum, speziell den Konflikt zwischen Reitz und Latif Pascha betrachtet, wirkt die Darstellung plausibel. Man darf jedoch nicht übersehen, dass die Quellen, die über diese Probleme berichten, die Berichte der diplomatischen Vertretungen an die Zentrale in Wien sind. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Vertretungen in ihren Berichten nicht selbst legitimieren, womit die Darstellungen auch übertrieben sein können. Dass die Zentralgewalt im Osmanischen Reich nicht sehr ausgeprägt war, ist aber weitgehend anerkannt. Daher erscheint es logisch, dass der einzelne Händler vor Ort den willkürlichen Entscheidungen eines Verwaltungsbeamten oder Zollopächters oft hilflos gegenübergestanden wäre, hätte er nicht auf einen Konsul zurückgreifen können, der ihm zu seinem Recht verhilft. Bei größeren Projekten und Aufgaben konnte der Konsul über die Internuntiaturs-Fermane des Sultans organisieren. Ein Ferman war ein Dekret, das von der Hohen Pforte direkt herausgegeben wurde, in Kairo von Religionsgelehrten auf die Vereinbarkeit mit dem Islam überprüft und anschließend in ein Dekretbuch eingetragen wurde. Ab diesem Zeitpunkt war es offizielles Gesetz, und wurde von lokalen Verwaltungsbeamten meist tatsächlich problemlos akzeptiert. Über einen Ferman konnte sich auch der Khedive nicht hinwegsetzen, da er sonst Verwicklungen mit der Hohen Pforte ausgelöst hätte (McEwan 1982:46).

Im Laufe der Zeit missbrauchten die europäischen Mächte die Rechte, die ihnen in den Kapitulationen eingeräumt wurden. Unter dem Deckmantel der Kapitulationen versuchten findige Konsuln immer mehr Vorteile für die von ihnen protegierten Personen herauszuholen. Zunächst waren diese protegierten Personen nur die Angehörigen des eige-

chen Aufgaben, die im 19. Jahrhundert von den Konsulaten wahrgenommen wurden, sind heute die von der Wirtschaftskammer unterhaltenen Außenhandelsstellen zuständig.

nen Landes, dann auch andere Europäer, bis schließlich sogar Bürger des osmanischen Reiches, gegen einen entsprechenden Geldbetrag, einen europäischen Pass erhalten konnten. Die Protektion umfasste nicht nur immer mehr Personen, sondern wurde immer weitgehender interpretiert, bis schließlich die protegierten Personen nicht einmal mehr der osmanischen Gerichtsbarkeit unterstanden, das heißt, sie genossen diplomatische Immunität (McEwan 1982:85-103). Eine Quelle McEwans spricht davon, dass unter dem Schutz der Protektion europäischer Konsulate Glücksspiellokale und Bordelle eingerichtet sowie ein schwungvoller Handel mit Alkohol und anderen Drogen durchgeführt wurde (McEwan 1982:86 Anm. 1) An anderer Stelle wird von einem Ägypter berichtet, der aus dem Staatsdienst entlassen wurde, da er Geld unterschlagen hatte. Um der Strafverfolgung zu entgehen, schenkte er der katholischen Kirche ein Grundstück und erhielt die Protektion Österreichs (McEwan 1982:89).

Das offizielle Österreich begann sich mit dem Sudan zu beschäftigen, als Österreicher dort tätig wurden. Für die Annexion des Sudan 1820 suchte Muhammad Ali in ganz Europa nach militärischen Führungskräften. Nach dem Wiener Kongress beziehungsweise dem Ende der Koalitionskriege mit der Schlacht von Waterloo herrschte in Europa seit 1815 Frieden, weshalb viele Berufssoldaten auf Suche nach neuer Arbeit waren. Einige von ihnen arbeiteten für Muhammad Ali bei der Modernisierung der ägyptischen Armee und als Führungskräfte bei der Eroberung des Sudan (Gritsch 1975:33). Kaum zurück aus dem Sudan, publizierten sie Reiseberichte, die teilweise Tatsachenberichten entsprachen, oder frei erfundene Geschichten erzählten. Diese Reiseberichte wurden von der österreichischen Öffentlichkeit mit Begeisterung aufgenommen. Die Hofburg beschäftigte sich erstmals offiziell mit dem Sudan, als sich 1834 Muhammad Ali offiziell an Österreich wandte, da er Bergbauexperten zur Prospektierung von Bodenschätzen suchte. Österreich hatte er vermutlich deshalb ausgewählt, weil bereits absehbar war, dass Großbritannien und Frankreich in der Region Pläne verfolgten, die ihre eigene Machtposition stärken sollten (Gritsch 1975:34). Französische Truppen waren bereits beim Ägypten-Feldzug Napoleons von 1798 bis 1801 im Land gewesen – und hatten Muhammad Ali unfreiwillig zur Machtübernahme verholfen. Dass Großbritanniens kürzester Weg in seine wichtigste Kolonie Indien über die Landenge von Sues führte, war Muhammad Ali auch bereits aufgefallen. Österreich schien ihm vermutlich als ungefährlichster Partner in Europa, andererseits konnten Beziehungen zu einer weiteren europäischen Macht nicht schaden, sollte er Verbündete in der Europäischen Politik benö-

tigen. Neben den politischen Gründen sprach auch die gute Ausbildung der österreichischen Montanisten für dieses Vorhaben.

Leiter der mehrköpfigen Delegation war der Montanist Josef Russegger. Um die biologische Forschung kümmerte sich der Botaniker Theodor Kotschy. Untersuchte das Team zunächst die Gegebenheiten des zu dieser Zeit zu Ägypten gehörenden Syrien, so wurden die Forscher schließlich 1836 in den Sudan geschickt, wo Russegger schnell feststellte, dass die Goldwäsche in den Nubabergen viel zu unergiebig für eine kommerzielle Ausbeutung war (Gritsch 1975:36). Muhammad Ali, von seinem Traum des Goldes in den Mondbergen getrieben, schickte die Österreicher immer weiter herum, allerdings konnte Russegger nirgends Gold finden. Muhammad Ali war enttäuscht und es kam zu einer Reihe von Konflikten, die die Zusammenarbeit beendeten. Somit war das Engagement aus Sicht der Ägypter wohl ein Fehlschlag gewesen – aus österreichischer Sicht und aus Sicht der Expeditionsteilnehmer war es ein großer Erfolg. Russegger publizierte ein siebenbändiges Reisewerk und Kotschy hatte eine umfangreiche botanische und zoologische Sammlung mitgebracht (Gritsch 1975:41). In der interessierten Öffentlichkeit, in den Salons des Wiener Bürgertums und im Kaffeehaus wurde der Sudan ein Thema.

Neben den Reiseberichten wurden von den immer zahlreicher werdenden Expeditionen in den Sudan auch Informationen gesammelt, aufgrund derer dann Landkarten erstellt werden konnten. Das europäische Bild der Welt wurde durch Landkarten und Globen geschaffen – und die basierten auf Forschungsreisen. Europa lag im Zentrum dieser Karten. Die Welt bestand also aus den bekannten, von Forschungsreisenden kartographierten Gebieten (Black 2002:22). Die Forschungsreisenden waren die Wegbereiter für die, die nachkamen. Es verwundert daher nicht, dass die österreichischen Aktivitäten in Nordostafrika nach dieser ersten Periode einsetzten – auch wenn Österreicher dazu beitrugen, den Rand des Bekannten etwas hinauszuschieben. Mit der Eroberung des Sudan durch Ägypten sank sowohl das Risiko der Reisen in dieses Gebiet als auch der finanzielle Aufwand. Die „Privatabenteurer“, Händler und Missionare kamen mit der zweiten Welle der Europäer in dieses Gebiet.

Kartenzeichner im 18. Jahrhundert hatten oft nur verlässliche Daten der Küstenlinien zur Verfügung, das Landesinnere war ihnen unbekannt. So wurden oft ungesicherte

mündliche Überlieferungen als tatsächlich existierend in Karten aufgenommen. Oft stellten sich diese Annahmen im Nachhinein als falsch heraus. Ein bekanntes Beispiel aus Nordostafrika sind die Mondberge, aus denen der Nil entspringen sollte (Black 2002:24). Wie sehr die Karten die Vorstellungen von der Welt prägten, zeigt das Verhalten Muhammad Alis. Bis zu seinem Tod glaubte er fest an die Existenz der Mondberge und die dort angeblich existierenden unerschöpflichen Goldvorkommen. Vermutlich trug dieses Bild von der Welt, das Muhammad Ali hatte, dazu bei, dass er sich entschloss, den Sudan zu erobern.

Mit der Existenz von Karten begann auch die Existenz der Grenzen. Für die Europäer war Macht zu jener Zeit definiert als Macht über Land. So lässt sich auch der Kartographierungs- und Grenzziehungswahn erklären. Die Menschen in den kartographierten Gebieten waren egal, es ging um den Raum selbst, der beherrscht werden wollte (Black 2002:37). Interessant ist, dass sich Muhammad Ali bei der Eroberung des Sudan in dieser Hinsicht sehr „europäisch“ verhielt: Die Menschen im Sudan sah er primär als Ressource (Sklaven für die Armee), sonst ging es ihm um die Beherrschung des Raumes und der Bodenschätze. Die sudanesishe Bevölkerung und ihre Bedürfnisse waren kein Faktor, mit dem sich der Vizekönig befasste.

Damit reihte er sich in das europäische Weltbild ein, das sich über die Kartographie selbst reproduzierte und verstärkte: die Karte als Ausdruck eines Weltbildes, das wiederum durch die Karte beeinflusst wird. Die Karten entsprachen den europäischen Raumkonzepten: Ein Gebiet wurde in bekannte Kategorien eingeteilt, die sein Ausbeutungspotenzial widerspiegeln (Wald, Berge, feucht, trocken...). Lokale Gesellschaften waren auf den Karten nicht sichtbar, was die Grenzziehung und Beherrschung im eigenen Namen legitimierte – es konnte ja jeder auf der Karte sehen, dass dort nur Wald ist und dieser Wald gehörte jetzt einer europäischen Macht (Black 2002:38).

5.2 Die europäische Community in Khartum

In Khartum hatte sich schnell eine europäische Community etabliert, in der es vor allem drei verschiedene Berufsgruppen gab: Möchtegern-Entdecker, die von abenteuerlichen

Expeditionen träumten, kleine, meist verarmte Händler, die vom großen Geld mit dem Elfenbeinhandel träumten, und Missionare, die anfangs wohl dachten, dass die meisten Afrikaner nur darauf warteten, von ihnen zum Christentum bekehrt zu werden. 1851 stellte der österreichische Konsul in Khartum, Konstantin Reiz, in einem Bericht nach Wien fest „*daß die ganze europäische Gemeinschaft fast ohne Ausnahme aus Schurken, Betrügern, Gaunern, Mördern zusammengesetzt ist*“ (zit. nach Gritsch 1975:65).

Es waren die Mitglieder dieser Gemeinschaft, die die gewaltsame Öffnung des südlichen Sudan für europäische Einflussnahme vorantrieben. Die eigentliche Kolonialmacht im Sudan, Ägypten, war nicht in der Lage, die weitere Expansion in den Süden zu finanzieren. Die Konflikte im Mittelmeerraum und in Asien, in denen sich Ägypten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts engagierte, sorgten für finanzielle und politische Schwierigkeiten (Gray 1961:20).

Aus diesem Grund waren es vor allem die Europäer und nicht die Ägypter, die die Chancen wahrnahmen, die die neu eröffnete Route nach Zentralafrika mit sich brachte. Im Jahr 1839 war erstmals eine Expedition in der Lage, den Sudd zu durchqueren. Sie brachte Berichte über die Vielfalt und den Reichtum der Völker des südlichen Sudan zurück nach Khartum (Gray 1961:19).

Die europäischen Kirchen wussten, dass die Bevölkerung des südlichen Sudan mehrheitlich lokalen Religionen anhing und nicht islamisch oder christlich war. Daher gründete Papst Gregor XVI. 1846 das apostolische Vikariat für Zentralafrika, um zu verhindern, dass protestantische Missionare zuerst in die Region kamen – oder dass vielleicht der Islam vor dem Christentum Fuß fassen könnte. Um Konflikte zwischen den zwei großen Religionen Christentum und Islam zu verhindern, war es strikt verboten, Muslime zu taufen, weshalb die heidnischen Völker ins Visier der Missionare gerieten. Der erste Generalvikar für Zentralafrika war Ignaz Knoblecher/Ignacij Knoblehar aus St. Kanzian/Škocjan in Unterkrain. Auch ein großer Teil der Missionare kam aus der Habsburgermonarchie. Knoblecher verstand es, in seiner Heimat Lobbying für die Zentralafrikanische Mission zu betreiben, und so wurde der *Marien-Verein zur Beförderung der katholischen Mission in Zentral-Afrika* in Mödling, einer kleinen Stadt südlich von Wien, gegründet. Kaiser Franz Josef stimmte der Gründung eines österreichischen Konsulates in Khartum zu, deren Hauptaufgaben die Protektion der Mission und die Befrei-

ung der Österreicher von den ägyptischen Staatsmonopolen auf den Handel waren (Gray 1961:26). Diese Instruktionen zeigen, dass es ein gemeinsames Interesse zweier Akteursgruppen – der Missionare und der Händler – gab, den Staat zur Unterstützung und zum Schutz ihrer Aktivitäten zu bewegen.

Während die Missionare von der großen Anzahl heidnischer Menschen, die zum Christentum konvertieren könnten, in den Süden gelockt wurden, war es Elfenbein, dass das Interesse der Händler weckte. Elfenbein war der Nachfolger von Sklaven als Afrikas Hauptexportartikel nach der Abschaffung der Sklaverei am Wiener Kongress 1815. Die Wirtschaft orientierte sich um und wechselte zu neuen Geschäftsfeldern, dem sogenannten *legitimen Handel*, und Elfenbein erlebte einen Boom in Europa (Gray 1961:29). Die Gewinnspanne war außerordentlich hoch, wenn man es schaffte, das im Süden des Sudan erworbene (oder selbst durch Tötung von Elefanten eingesammelte) Elfenbein nach Europa, oder zumindest nach Khartum, zu transportieren. Da die Route von Zanzibar nach Zentralafrika fest in der Hand arabischer Händler war, war die einzige Chance für die Europäer, die Nilroute zu entwickeln, um direkten Zugang nach Zentralafrika zu erhalten (Gray 1961:28-29).

Die Strategie der Europäer, Macht über die Völker am Weißen Nil zu gewinnen, war ähnlich, wie an anderen Schauplätzen in Afrika: Die Händler errichteten kleine Handelsposten, an denen Güter mit der lokalen Bevölkerung ausgetauscht wurden. In der Literatur wird das Verhalten der Europäer in dieser Phase oftmals als respektvoll gegenüber den Afrikanern bezeichnet, da die Beziehungen in dieser ersten Phase des Kontaktes meist friedlich waren (Gray 1961:29). Ob die Beziehungen tatsächlich von Respekt geprägt waren oder nicht, muss Spekulation bleiben. Alle Hinweise deuten jedenfalls darauf hin, dass das nicht der Fall war, sondern die Händler zu diesem Zeitpunkt keine andere Möglichkeit hatten, als sich mit der ortsansässigen Bevölkerung zu arrangieren, da sie zwar über Boote und Feuerwaffen verfügten, jedoch insgesamt viel zu wenige waren, als dass sie sich mit Gewalt durchsetzen hätten können. Die Händler nutzten zwar ihren Informationsvorsprung aus und die lokale Bevölkerung verkaufte ihre Güter zu (aus europäischer Sicht) lächerlich niedrigen Preisen von 30-40 kg Elfenbein für 5-10 Glasperlen, trotzdem war der Handel zu diesem Zeitpunkt ein freiwilliger Tausch von Gütern zwischen einem Willing Buyer und einem Willing Seller (Gritsch 1975:98).

Sobald die Anzahl der Boote und Feuerwaffen stieg, begannen die einstigen Händler zu Räubern zu werden. Der so genannte legitime Handel begann damit, dass die Güter Afrikas als erstes den Afrikanern geraubt wurden, oder dass überhaupt Afrikaner ermordet wurden, um einen wirtschaftlichen Vorteil zu erlangen. Mit dem freiwilligen Austausch von Gütern, was Handel nach der Bedeutung des Wortes heute sein sollte, hatte das nichts mehr zu tun (Gray 1961:30).

Dieser Strategiewechsel von der Handelspartnerschaft zur Ausbeutung ist in der Literatur erfasst, allerdings selten einer spezifischen Analyse unterzogen worden. So wie viele andere beschäftigt sich Per Olav Reinton in seinem Artikel *Imperialism in the Southern Sudan* (1971) vor allem mit dem beginnenden militärischen Engagement in den 1840er und 1850er Jahren, während über die Zeit davor nicht der aus meiner Sicht nötige Platz eingeräumt wird, was aber auch an der schlechten Quellenlage zu jener Zeit liegen mag. Reinton beschreibt die Situation der Völker des südlichen Sudan mit eindrucksvollen, kolonialkritischen Worten, die allerdings –ein solcher Paradigmenwechsel hatte in den 1970er Jahren in den Afrikawissenschaften noch nicht stattgefunden – den Afrikanern jegliches Akteurspotenzial absprach und sie als leidende, passive Opfer darstellte:

“The Southerners did not make any choice: the decision was not theirs. They were not considered by Arabs as anything else but potential slaves, nor did the British regard them as human beings either. They were described as ‘savages’ in the literature of that time, as shown under the index heading ‘savages’ in Baker’s prominent book on his travels in Southern Sudan [...].” (Reinton 1971:242)

Andere Autoren jener Zeit unterstellen den Afrikanern fast schon, an der aufkommenden Gewalt Schuld zu sein:

“By 1850 when the European traders arrived on the Bahr al-Jabal the gap between African and Mediterranean cultures was already too wide to bridge by simple good will. Nor were the activities of the traders and their demands upon the Africans calculated to inspire the peoples along the Bahr al-Jabal with confidence and friendship. The Africans met violence with violence, but their hostile reaction only hardened the determination of the merchants to continue the lucrative trade in ivory (sic!) by war if not by peace.” (Collins 1975:14)

Der oben zitierte Reinton führt das deutlich konflikthafte Verhältnis der Europäer zur einheimischen Bevölkerung im Süden im Vergleich zum Norden auf unterschiedliche gesellschaftliche Hierarchiekonzepte zurück. Die europäischen und arabischen Gesellschaften waren stark hierarchisch geprägt, während die nilotischen wesentlich egalitärer strukturiert waren (Reinton 1971:242). Möglicherweise liegt im Nicht-Akzeptieren dieses egalitären Gesellschaftskonzeptes eine der Wurzeln für das Argument für Imperialismus und Kolonialismus „den Wilden die Zivilisation bringen zu müssen“ – wer keinen klar erkennbaren Chef hat, der muss einfach ein Wilder sein. Bei den letzten Sätzen handelt es sich allerdings genauso um Spekulation, wie bei Grays Behauptung, in der ersten Phase des Kontakts hätten die Händler die Afrikaner mit Respekt behandelt.

Die ersten Versuche der Europäer, den südlichen Sudan zu beherrschen, schlugen fehl. Händler und Missionare konnten sich nicht dauerhaft festsetzen. Interessanterweise waren es nicht die Konflikte mit der ortsansässigen Bevölkerung, die eine dauerhafte europäische Besiedlung verhinderten, sondern ein Problem des Naturraumes und ein wirtschaftliches Problem mit Ägypten.

Der Naturraum und das Klima im südlichen Sudan führten zu einer hohen Sterblichkeitsrate unter den Europäern. Das Hauptproblem für die Händler war aber, dass die Einnahmen beim Elfenbeinhandel zwar enorm waren, die Ausgaben jedoch auch. So blieb der meiste Profit nicht bei den Händlern, sondern bei den Financiers der Expeditionen. Diese waren meist Turko-Ägypter. Obwohl der Khedive nicht imstande war, den Weg nach Zentralafrika zu ermöglichen, waren es ägyptische Unternehmen, die den Handel zwischen Khartum und Kairo beziehungsweise weiter nach Europa dominierten. Zu jener Zeit, als die europäischen Mächte über mehr Einfluss in Ägypten selbst verfügten, hatten sich die Händler aus dem südlichen Sudan größtenteils zurückgezogen (Holt und Daly 2000:62-63).

Auch die Bemühungen der Missionare, sich im südlichen Sudan zu etablieren, schlugen fehl. Einerseits gelang es nicht, die ortsansässige Bevölkerung von der neuen Religion zu überzeugen, andererseits starben die Missionare in großer Zahl an Tropenkrankheiten. Als der erste Versuch in Gondokoro eine Missionsstation zu etablieren scheiterte, machte sich der einzige Überlebende auf, um die Dinka zu missionieren. Als sich die Dinka als ähnlich missionsresistent erwiesen, gingen die wenigen noch lebenden Missi-

onare zurück nach Europa und Gondokoro sowie die Dinka-Mission Heiligenkreuz wurden geschlossen (Holt und Daly 2000:61).

In den beiden bereits kurz vorgestellten Gruppen – den Händlern und den Missionaren – findet man jene Bürger der Habsburgermonarchie, die längere Zeit im Sudan verbrachten und sich bemühten, die Außenpolitik ihres Heimatlandes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Aus diesem Grund werden im nächsten Kapitel diese zwei Gruppen intensiver untersucht.

5.3 Österreicher im Sudan: Die Händler

Die ersten Österreicher, die in den Sudan kamen, engagierten sich als Händler: Aus Zentralafrika wurden vor allem Elfenbein und Gummi nach Europa verkauft. Zur Unterstützung der Händler richtete die Habsburgermonarchie ein Konsulat in Khartum ein.

5.3.1 Die Gründung des Österreichischen Konsulates in Khartum

Österreich unterhielt in Alexandria ein Generalkonsulat, dessen Amtsbereich sich über die von Muhammad Ali beherrschten Gebiete sowie unabhängig davon über beide Küsten des Roten Meeres erstreckte. Dem Generalkonsulat unterstanden *Provisorische Vizekonsulate* in Kairo und Damiette (Nildelta), sowie *Consularagenzien* in Rosetta (heute Raschīd, ebenfalls Nildelta) und Sues. Die Agenzie in Sues am Roten Meer war somit die einzige, die nicht im Nildelta lag (Gritsch 1975:51).

Hauptaufgabe der Konsulate war die Förderung des Handels zwischen den jeweiligen Ländern und Österreich. Im Unterschied zu heute waren die Konsulate im 19. Jahrhundert dem Handels- und nicht dem Außenministerium unterstellt. Die Konsulate in Ägypten und ihre Aufgaben waren demnach ähnlich den Aufgaben der heutigen Außenhandelsstellen und sind nicht mit einem Konsulat im heutigen Sinn vergleichbar.

1845 besuchte der Österreichische Generalkonsul in Alexandria, Anton von Laurin, das Außenministerium in Wien und berichtete von den ägyptischen Vorstößen in den Süden

und dem möglichen Potenzial für den heimischen Handel. Er schlug die Gründung einer Vertretung in Khartum vor. Im gleichen Jahr besuchte eine private Expedition der drei österreichischen Adligen Colloredo, Neipperg und Gablenz den Sudan. Ein weiterer Sudanreisender jener Zeit, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Österreich verbunden war der Württemberger Johann Wilhelm von Müller. Er hatte eine Reise durch Kordofan unternommen und musste den Sudan verlassen, nachdem er in Khartum Konflikte mit Einheimischen vom Zaun gebrochen hatte. Auf der Reise hatte er Pläne zur Gründung einer Plantage entwickelt (Zach 1985:87). Als nach dem Tod Muhammad Alis die staatlichen Monopole, die den privaten Handel massiv beeinträchtigt hatten, aufgehoben wurden, sah er einen günstigen Zeitpunkt für die Umsetzung seiner Pläne gekommen. Dazu benötigte – oder wollte – er die Protektion durch eine europäische Macht, worauf er sich über den österreichischen Generalkonsul von Laurin in Alexandria an die österreichische Regierung wandte (Gritsch 1975:58).

Müllers Initiative passierte zur gleichen Zeit, als der österreichische Handelsminister Bruck ein großes Programm startete, um den Handel mit dem Osmanischen Reich zu steigern. Im Rahmen dieses Planes war es auch vorgesehen, eine Reihe von Konsulaten neu zu gründen. Der Sudan geriet auch deshalb ins Blickfeld des Handelsministeriums, weil er kurz zuvor erobert worden war – und nun die Kapitulationen und Sonderrechte für die Europäer auch dort galten. Darüber hinaus exportierte der Sudan Gummi, den die österreichische Industrie, die in den vorangegangenen Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht hatte, als Rohstoff benötigte. Um die Rechte, die die Kapitulationen einräumten, in Anspruch nehmen zu können, musste ein Konsulat eingerichtet werden (Fischer 2006:132f).

Von Laurin kontaktierte nach Müllers Initiative den Sudankenner Joseph Russegger, der eine österreichische Monantistenexpedition wenige Jahre zuvor geleitet hatte, und den Diplomaten und Levante-Spezialisten Anton Prokesch von Osten (Prokesch von Osten wurde erst in den 1870er Jahren in den Grafenstand erhoben, und war zu jenem Zeitpunkt erst Ritter). Russegger und Prokesch warnten, dass die gleichzeitige Ernennung von Konsularagenten an Küstenstädten am Roten Meer zu diplomatischen Verwicklungen mit London führen könnte, da es ein deutlicher Hinweis auf ein gesteigertes Interesse Österreichs an der Region wäre (Gritsch 1975:59). Aus diesem Grund wurde schließlich nur mehr die Gründung des Konsulates in Khartum weiterverfolgt. Nach dem Kai-

servortrag des Handelsministers von Bruck bewilligte Kaiser Franz Joseph am 14. Jänner 1850 die Errichtung des Konsulates, das dem Generalkonsulat Alexandria unterstand.

Bezüglich des Initiators des Projektes bemerkte Russegger in einer Stellungnahme an die Hofburg, dass er von Müller für eine äußerst ungeeignete Persönlichkeit hielt, da er auf ihn den Eindruck „*eines unsteten, heftigen, durch den Moment leicht bestimmbaren und sehr nach äußerem Schein haschenden Individuums*“ gemacht hätte (zit. nach Gritsch 1975:59). Trotzdem wurde von Müller zum Honorarkonsul ernannt.

Von Müller wurde beauftragt, nach Khartum zu reisen (Gritsch 1975:60). Das vorgegebene Ziel des Konsulates war der Schutz der österreichischen Händler beziehungsweise der sich unter den Schutz Österreichs stellender Personen und die Begünstigung des Handels mit Österreich (Sauer 2007:33). Von Müller kam der Anweisung, sich direkt nach Khartum zu begeben, nicht nach, und startete statt dessen eine Europarundreise, auf der er Gerüchte verbreitete, Österreich würde im Sudan eine Kolonie errichten. Obwohl Wien von Müllers Aktivitäten lange nicht beachtete oder nur Dementis herausgab, wurde es schließlich doch zu viel, und der in der Zwischenzeit schon nach Khartum reisende Konsulatsverweser Dr. Konstantin Reitz wurde im Jänner 1851 zum Konsularagenten ernannt, und traf im März 1851 in Khartum ein (Gritsch 1975:63).

Zu diesem Zeitpunkt waren die Wiener Behörden vom Sudan offenbar recht angetan: Es wurde sogar der Kauf eines Gebietes südlich von Khartum am Nil bei Kamlin überlegt, um dort eine Deportationskolonie zu errichten (Gritsch 1975:64). Dieser Plan zeigt allerdings, wie schlecht Wien offenbar die Situation im Sudan einschätzen konnte. Erstens war im Sudan der Grundstückskauf durch Ausländer verboten, und zweitens war der Sudan auch im europäischen Sinne völkerrechtlich staatliches Gebiet des Osmanischen Reiches. Selbst wenn Österreich das Grundstück erwerben hätte können – es hätte niemals territoriale Souveränität ausüben können.

Diese spezielle völkerrechtliche Situation war der ganz wesentliche Unterschied zwischen dem Sudan und anderen Gebieten in Afrika. Der Sudan wurde für die Europäer durch die ägyptische Militärintervention von 1820 zugänglich, und war auch in Europa völkerrechtlich anerkannt Teil des Osmanischen Reiches. Selbst wenn es Österreich

irgendwie geschafft hätte, das Osmanische Reich dazu zu bringen, die Souveränität über das Gebiet an Österreich abzutreten, hätten alle anderen europäischen Mächte ihren Einfluss geltend gemacht, um das zu verhindern – und die hatten wesentlich mehr Einfluss an der Hohen Pforte als Österreich. Vor diesem Hintergrund müssen alle „Kolonialpläne“ Österreichs, oder besser: Pläne von Österreichern, Kolonien im völkerrechtlichen Sinn im Sudan zu etablieren, allein vom rechtlichen Standpunkt her als unmögliches Unterfangen betrachtet werden.

5.3.2 Das Konsulat unter Konstantin Reitz

Das österreichische Konsulat wurde schnell ein gesellschaftliches Zentrum des europäischen Lebens in Khartum. Der erste in Khartum amtierende Vizekonsul, Konstantin Reitz, kaufte ein Haus für das Konsulat von Antoine Brun-Rollet, einem guten Freund von Reitz und einem der größten in Khartum ansässigen Händler (Gritsch 1975:34). Dieses Beispiel zeigt, dass schon zu Beginn eine enge Verzahnung der diplomatischen Vertretung mit den ortsansässigen europäischen Händlern bestand.

Eine der ersten bemerkbaren Amtshandlungen der österreichischen Vertretung in Khartum betraf auch gleich den Elfenbeinhandel, der das Hauptinteresse der meisten Händler darstellte. In der Gründungszeit des Konsulates war der ägyptische Generalgouverneur für den Sudan, Abd al-Latif, der größte Profiteur des Elfenbein- und Sklavenhandels. Obwohl die Hohe Pforte den europäischen Mächten Handelsfreiheit im Sudan zugesichert hatte, führte Abd al-Latif sein monopolartiges System fort, von dem vor allem er selbst sowie die Händler, die sich mit ihm arrangiert hatten, profitierten (Fischer 2006:135). Kurz vor der alljährlichen Elfenbeinexpedition des Generalgouverneurs nahm Reitz die Rückholung eines Missionars aus dem Gebiet der Bari zum Anlass, ein Exempel zu statuieren. Im November verließen drei Schiffe unter österreichischer Flagge Khartum Richtung Süden, eineinhalb Tage bevor die offizielle Expedition des Generalgouverneurs aufbrach. Nach einem bewaffneten Zwischenfall und eindringlicher Drohungen von Reitz an Latif, Kairo und Konstantinopel zu informieren, hob der Generalgouverneur das staatliche Monopol auf die Elfenbeinjagd auf (McEwan 1988:37f). Daraufhin stellten sich alle großen Händler unter österreichischen Schutz, da dieser ermöglichte, die Vorteile, die die Kapitulationen boten, zu genießen. Somit war Österreich auf einen Schlag die größte Handelsmacht im Sudan, ohne dass die Händler wirk-

lich etwas mit Österreich zu tun gehabt hätten – außer der Fahne auf ihren Schiffen (Gritsch 1975:76f).

Beim Weitertransport der Waren über den Nil Richtung Mittelmeer schmäleren Zölle und Schifffahrtsgebühren den Profit der Händler: Obwohl die Zölle offiziell nach Verhandlungen mit Kairo abgeschafft worden waren, verrechneten die sudanesischen Behörden nach wie vor Zoll für Transporte nach Ägypten. Dadurch war der Transport von Waren ans Rote Meer viel günstiger, wo die Waren von britischen Firmen aufgekauft und weitertransportiert wurden. Die einzige Chance für österreichische Firmen, wie zum Beispiel der Dampfschiffahrtsgesellschaft des Österreichischen Lloyd, vom Sudanhandel zu profitieren war also, die Haupthandelsroute ins Niltal zurückzuholen. Fiel die Zölle und andere Hindernisse, könnten die Waren direkt nach Alexandria gebracht werden – und dort gab es österreichische Handelshäuser, deren Gründung auf Reitz' Initiative vom Generalkonsulat in Alexandria bereits organisiert worden war. Der Generalgouverneur Latif Pascha wurde auf Betreiben von Reitz abberufen, und die (theoretisch sowieso illegalen) Zölle abgeschafft (Gritsch 1975:34, 83f). Damit war Reitz endgültig zum Doyen der Europäer im Sudan aufgestiegen. Er avancierte zur Schlüsselfigur des europäischen Einflusses im Sudan (Fischer 2006:135).

Durch diese Erfolge stieg das Ansehen Österreichs im Sudan (beziehungsweise zumindest der österreichischen Vertretung in Khartum). Inwiefern die österreichische Koloniallobby in der Metropole, oder überhaupt die österreichische Volkswirtschaft davon profitierte, bleibt laut Walter Sauer's Artikel (Sauer 2007:34) offen. Die größten Gewinne dürften die *Men on the Spot*, die in Khartum ansässigen Europäer, gemacht haben – diese betrieben auch die brutale Aufschließung Zentralafrikas für europäische Interessen, beziehungsweise für ihre eigenen Interessen, und ebneten den Weg für den Kolonialismus.

Trotz der Bemühungen von Reitz war der Handel mit Österreich nach wie vor nicht bedeutend – die österreichische Wirtschaft hatte kaum Interesse am Sudan. Um am anderen Ende des Handelsweges Aufmerksamkeit zu erreichen, schickte er über 200 Tiere in den Schönbrunner Tiergarten. Für den Transport wählte er den Nil. Er wollte damit nicht nur generelle Aufmerksamkeit für den Sudan in Wien wecken, sondern auch zei-

gen, dass die Nilkatarakte sehr wohl schiffbar sind. Angeblich war Reitz der erste Europäer, der die Katarakte auf einem Schiff überquerte (McEwan 1988:40).

Reitz ging seine Projekte systematisch an: Zuerst hatte er den Weißen Nil für österreichische Händler (oder zumindest: europäische Händler, die sich unter österreichische Protektion begaben) geöffnet, die Transportkosten nach Kairo gesenkt und schließlich mit den Tieren in Wien „Werbung“ für den Sudan gemacht. Nun wandte er sich dem Blauen Nil und damit Äthiopien zu. 1853 reiste er nach Äthiopien und schloss mit Ras Kasa, dem späteren Kaiser Thewodros II., einen Handelsvertrag ab (Gritsch 1975:100).

Das Konzept von Reitz war klar: Der Handel in der Rotmeerregion wurde von britischen Firmen kontrolliert. Darüber hinaus war das Rote Meer für Großbritannien die Verbindung zu seiner wichtigsten Kolonie Indien. Die Hegemonie im Roten Meer wurde von Großbritannien auf das Konsequenteste verteidigt, womit an österreichischen Handel im Roten Meer nicht mehr zu denken war (Colloseus 2008:11). Somit sollte nach Reitz‘ Plänen der Nil die alternative Handelsstraße werden, die unter österreichischer Hegemonie stand. Nur gab es – im Gegensatz zu den Briten – am europäischen Ende des Handelsweges kaum Interesse oder Bedarf am Handel mit dem Sudan. Oder zumindest gab es keine ökonomisch substantiellen oder nachhaltigen Aktivitäten, die die Kosten der Hegemoniebemühungen abdecken hätten können. Der Nutzen des Engagements in Khartum für die österreichische Volkswirtschaft muss daher in Zweifel gezogen werden. Die Briten konnten den Sudanhandel auf ihrem sowieso notwendigen Seeweg nach Indien quasi „unterwegs mitnehmen“.

Wenn auch genaue Zahlen über den Handel mit dem Sudan selbst nicht vorliegen, so spricht Gritsch trotzdem von einem merklich steigenden Handelsvolumen zwischen Alexandria und Österreich zur Zeit der Amtsperiode von Reitz, das nach dem Ableben von Reitz wieder merklich geringer wurde (Gritsch 1975:103).

Das Verhältnis der Akteure an der Peripherie zur Metropole wird im Nachruf auf Reitz ersichtlich, den der österreichische Generalkonsul in Alexandria, Christian von Huber, verfasst hat. Er schreibt darin, dass der Hauptverdienst Reitz‘ die Sicherung österreichischer Handelsinteressen gewesen wäre, und Österreich deshalb im Sudan weit mächtiger als alle anderen europäischen Staaten wäre (McEwan 1988:40). Tatsächlich gab es

für Österreich keine volkswirtschaftlichen Vorteile aus dem Engagement im Sudan und auch die politischen Vorteile sind in Zweifel zu ziehen. Ob Österreich am Tisch der Großmächte Europas wirklich mehr Bedeutung zugestanden wurde, weil es im Sudan präsent war? Hinweise darauf gibt es jedenfalls keine. Wirklich von Reitz' Arbeit, die staatlich finanziert wurde, profitiert haben die europäischen Händler in Khartum, die dank seines Kampfes gegen die Monopole nun noch mehr Profit mit der Bevölkerung des südlichen Sudan geraubten Gütern machen konnten, so sie sich offiziell unter österreichischen Schutz stellten. Ob dies tatsächlich im Interesse des österreichischen Staates lag, darf bezweifelt werden. Um es pointierter zu formulieren: Österreichisches Steuer-geld wurde über den Umweg des Konsulates in Khartum in Privatvermögen europäischer Händler umgewandelt.

5.3.3 Das Konsulat unter Reitz' Nachfolgern

Die weitere Geschichte des Konsulats in Khartum zeigt ein Grundproblem auf, vor dem die Staaten auch heute noch stehen, wenn es um das Management ihrer Auslandsvertretungen geht: Der Erfolg einer Auslandsvertretung ist maßgeblich von der Person oder den Personen abhängig, die dort tätig sind, da die Metropole über relativ wenig Einfluss auf das Tagesgeschäft verfügt – umso mehr gilt das für das 19. Jahrhundert in dem die Korrespondenz zwischen Zentrale und Vertretung monatelang unterwegs war, und die Zentrale oft nicht einmal über die Möglichkeit verfügte, den Wahrheitsgehalt der eingetroffenen Berichte zu überprüfen.

Eine Beschäftigung mit den Details der Dienstverträge und den alltäglichen Problemen und Vorkommnissen am Konsulat in Khartum würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Ich empfehle dazu die Lektüre von Gritsch (1975:101-124) und für die speziell an der finanziellen Situation und dem Verwaltungsalltag Interessierten Agstner (1993).

Um Geld zu sparen wurde nach dem Tod von Reitz der Posten des Konsuls nicht nachbesetzt und der ehemalige Sekretär Theodor von Heuglin blieb als Konsulatsverweser in seiner Position und führte das Konsulat weiter. Das Handelsvolumen zwischen Alexandria und Österreich sank erheblich. Es liegen keine genauen Statistiken zum Sudanhandel vor, aber zumindest Gritsch (1975:103) führt dies darauf zurück, dass Heuglin viel mehr an seinen naturwissenschaftlichen Studien als an seiner eigentlichen Aufgabe

– der Förderung des Handels – interessiert war. Auch Agstner bestätigt, dass der Handel zwischen dem Sudan und Österreich unter Reitz‘ Nachfolgern Heuglin und Natterer Rückschläge erlitt (Fischer 2006:138). Ausgerechnet als der Handel unter dem neuen Vizekönig Muhammad Said Pascha wirklich freigegeben wurde und sich damit für österreichische Händler neue Chancen ergaben, war das Konsulat verwaist, da Heuglin nach Österreich reiste, um Tiere nach Wien zu bringen. Heuglin war nicht nur zwei Jahre abwesend, sondern kümmerte sich auch nicht um Verwaltungstätigkeiten. So wies die vorgesetzte Stelle, das Generalkonsulat in Alexandria, darauf hin, dass in der Khartumer Kasse 2.000 Gulden ohne Hinweis auf deren Verbleib fehlten. Trotzdem hielt man an Heuglin fest und berief ihn nicht ab. Die Tagesgeschäfte wurden schließlich von einem Sekretär übernommen (zwei Jahre lang war überhaupt kein Österreicher im Konsulat anwesend gewesen).

Als Heuglin kurze Zeit nach seiner Rückkehr nach Khartum wieder den Sudan verließ, handelte man in Wien doch, und ernannte den Arzt Dr. Josef Natterer zum Konsultsverweser. Natterer geriet in Khartum in eine grobe diplomatische Zwickmühle. Einerseits sollte er ja als Konsul den Handel fördern, andererseits aber auch die Mission unterstützen. Erstere, die Händler, hatten sich mittlerweile auch im Handel mit dem profitabelsten Gut engagiert – Sklaven. Und Letztere, die Mission, hatte als eine der wesentlichen Aufgaben die Bekämpfung des Sklavenhandels. Ob es einfach durch diese Umstände bedingt war, oder durch ungeschicktes oder undiplomatisches Verhalten Natterers können wir heute nicht mehr klären – jedenfalls waren beide Seiten mit Natterer höchst unzufrieden. Die Mission überlegte, sich französischer Protektion zu unterstellen (mittlerweile gab es mehr Auswahl an diplomatischen Vertretungen in Khartum) und kommunizierte das auch nach Wien. Und die Händler wollten Natterer umbringen – zumindest glaubte dieser das und reiste aus Khartum ab.

Provisorischer Nachfolger des Provisoriums Natterer wurde Franz Binder, der über langjährige Handelserfahrung im Sudan verfügte. Er wird von Stiansen in seinem Aufsatz als „europäischer Araber“ bezeichnet, da er seine Geschäftspraktiken rasch an die islamischer Händler anpasste (Stiansen 2007). Allerdings hielt auch der europäische Araber das sudanesisches Klima nicht ewig aus und reiste bald aus gesundheitlichen Gründen nach Europa.

Nachfolger wurde Martin Hansal – wiederum provisorisch. In Ägypten ergab sich mit dem Amtsantritt des neuen Vizekönigs Ismail Pascha 1863 eine neue Situation: Der freie Handel war Geschichte, und die ägyptische Verwaltung führte eine sehr hohe Steuer auf den Schiffstransport auf dem Nil ein, die privaten Handel mit einem Schlag unprofitabel machte. Das staatliche ägyptische Monopol war mit neuen Mitteln wiederhergestellt worden. In Wien bekam man, nicht zuletzt aufgrund der Berichte des Generalkonsulates Alexandria, mit, dass sowohl der Handel als auch die Mission quasi inexistent waren. Die Kolonialpläne waren sowieso schon lange zuvor begraben worden. Es gab keinen Grund mehr, die finanziellen Aufwendungen zu rechtfertigen und das Konsulat in Khartum weiter aufrechtzuerhalten. Alle anderen europäischen Mächte hatten ihre Vertretungen bereits zuvor geschlossen – das österreichische Konsulat war also sowohl die erste als auch die letzte europäische Vertretung in Khartum vor der Mahdiya (Fischer 2006:138). Gegen Ende der 1850er Jahre sank der Einfluss Österreichs. Auch konnte sich die Bevölkerung des Südens immer besser gegen die Ausplünderung ihrer Ressourcen wehren. In den 1860ern schaffte es die eigentliche Kolonialmacht Ägypten, eine staatliche Verwaltung aufzubauen und das schrankenlose Vorgehen der europäischen Händler zu kontrollieren. So wurden auch wieder Steuern auf den Sudanhandel erhoben, worauf die Geschäfte weniger rentabel wurden (Sauer 2007:43).

1869 sollte die Vertretung geschlossen werden, da im Zusammenhang mit der Eröffnung des Sueskanals die Außenhandelspolitik der Habsburgermonarchie eine Neuausrichtung erfuhr und zwei neue Konsulate, in Aden und Sansibar, eröffnet wurden (Sauer 2007:57). Dem Sudan wurde keine Bedeutung mehr beigemessen¹⁴. Um die Schließung des Konsulates in Khartum zu verhindern, bot Hasal an, die Geschäfte ehrenamtlich als Honorarkonsul weiterzuführen und so wurde Khartum in ein Honorarvizekonsulat umgewandelt. In Anerkennung seiner Leistungen wurde er 1871 zum (weiterhin unbezahlten) Konsul¹⁵ befördert. Es war zwar ein klassischer „Titel ohne Mittel“, trotzdem war Hansal damit der erste „richtige“ österreichische Konsul in Khartum, und außerdem nicht mehr dem Generalkonsulat in Alexandria, sondern direkt dem Außenministerium (und auch nicht wie Konsularagenten dem Handelsministerium) unterstellt. Genaue

¹⁴ Um hier nicht den Fluss der Ereignisse im Sudan zu unterbrechen, wird der Wandel der Außenhandelspolitik im Zusammenhang mit dem Sueskanal im nächsten Kapitel dargestellt.

¹⁵ Bis dahin war die Vertretung ja immer ein Vizekonsulat gewesen, das dem Generalkonsulat in Alexandria unterstand, streng genommen ist es also bis 1871 falsch, vom österreichischen *Konsulat* zu sprechen.

Aufzeichnungen über die diplomatische Tätigkeit Hansals liegen kaum vor, Gritsch bezeichnet seine Tätigkeit – aus heutiger wissenschaftlicher Sicht sehr oberflächlich und subjektiv – folgendermaßen: „*Hansal hatte während seiner Zeit als diplomatischer Vertreter Österreichs den Namen seines Vaterlandes im Sudan wieder einen ähnlichen Rang verschafft, wie ihn Österreich vielleicht nur unter Vizekonsul Reitz innehatte.*“ (Gritsch 1975:179). Ohrwalder nennt ihn den „*Veteran der europäischen Kolonie in Khartum*“ (zit. nach Zach 1985:121) und der britische Gouverneur Charles Gordon bot ihm 1878 die Stelle als Vizegouverneur an, die er ablehnte (Zach 1985:119). Aufgrund dieser Schilderungen ist davon auszugehen, dass Hansal in der Khartumer Oberschicht ein gesellschaftlich bedeutender Mann war, dessen Wort in Khartum auch Einfluss hatte – bloß Khartum war zu jener Zeit bereits weit an die Peripherie gerückt. Hansals politischer Einfluss war daher im Gesamten gesehen wohl nicht mehr allzu groß. Als Khartum am 26. Jänner 1885 von den Truppen des Mahdi eingenommen wurde, wird Hansal getötet. Die Geschichte der österreichischen Vertretungen in Khartum geht damit zu Ende. Seit dem 20. Jahrhundert verfügt Österreich wieder über ein Honorarkonsulat in Khartum, das allerdings derzeit (Februar 2013) geschlossen ist.

Wie diese kurze Betrachtung der Geschichte des österreichischen Konsulates in Khartum zeigt, war das Konsulat viel weniger eine diplomatische Vertretung Österreichs, als ein Werkzeug der lokal ansässigen Europäer, der *Men on the Spot*, staatliche Protektion für ihre imperialistischen Aktivitäten zu erhalten.

5.3.4 Der Sueskanal und die Auswirkungen auf den Sudan

Der Sueskanal hatte einen wesentlichen Einfluss auf die Bedeutung des Sudan für Europa. Seit den 1830er Jahren wurde vor allem in Frankreich Werbung für den Bau eines Kanals durch die Landenge von Sues gemacht. Die Idee verbreitete sich schnell in Europa und wurde zu einem Projekt von gesamtimperialistischer Bedeutung. Alle großen europäischen Mächte wollten an vorderster Front dabei sein und stritten um Einfluss in der Kanalbaugesellschaft. Für Ägypten selbst würde der Bau des Kanals keine Vorteile bringen. Ganz im Gegenteil: Der Hafen Alexandria würde Einfluss verlieren, die Staatseinnahmen durch die Besteuerung des Überlandtransportes von Waren über den Isthmus von Sues würde wegfallen, und die politische Eigenständigkeit würde weiter beschnitten (Sauer 2007:30). Muhammad Ali hatte das rechtzeitig erkannt und versuch-

te während seiner gesamten Amtszeit, den Bau des Kanals zu verhindern. Als er 1849 starb, schritten die europäischen Mächte zur Tat und in die Kanalplanungen kam neuer Schwung (Fischer 2006:138).

Triest war von den Kanalplänen begeistert, da die Kaufleute und der Lloyd erwarteten, dass ein Teil des Handels von Asien und Mitteleuropa über Triest laufen würde. Eisenbahnprojekte, um Triest an Mitteleuropa besser anzubinden, wurden in Angriff genommen und durch politischen Einfluss gelang es, dass sich Staatskanzler Metternich persönlich für den Bau des Sueskanals einsetzte. Metternich forderte auch eine internationale Verwaltung des Kanals, damit kein einzelnes Land Kontrolle über den Kanal ausüben könne. Eine Einbeziehung Ägyptens war von Anfang an nicht eingeplant. Der Sueskanal war ein europäisches Projekt (Sauer 2007:31).

Großbritannien fürchtete allerdings bald um seine maritime Hegemonie und wurde so zum Gegner des Sueskanals. Es versuchte, den Sultan des Osmanischen Reiches davon abzuhalten, die Baugenehmigung zu erteilen. Somit standen sich wieder einmal Frankreich und Großbritannien in einem Konflikt gegenüber. Daher wurde dann auch das Kapital der Kanalbaugesellschaft von Frankreich, dem Deutschen Bund und Österreich kontrolliert. Die österreichischen Anteile hielten die Koloniallobbys in der Hand: die Stadtkommune und die Börse von Triest, der Österreichische Lloyd, der Niederösterreichische Gewerbeverein (der einige Baumwollspinnereien besaß und deshalb im Ägyptenhandel involviert war) und die Venediger Handelskammer (Sauer 2007:32).

1854 erteilte Muhammad Said die Baugenehmigung für den Sueskanal, nachdem der direkte Nachfolger von Muhammad Ali, Abbas Hilmi I., diese ebenfalls nicht erteilt hatte¹⁶. Ferdinand de Lesseps gründete in Paris die *Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez*, die den Kanal bauen und betreiben sollte. Entsprechend der geplanten Einflussverteilung wurden Aktienpakete definiert und Ländern zugeordnet, die von Institutionen aus eben diesen Ländern erworben werden konnte. Nachdem Österreich zunächst sehr erfolgreich verhandelt hatte und großen Einfluss in der Sueskanalgesellschaft erwarten konnte, fand sich kein Abnehmer für die Aktien in Österreich. Sauer führt dies auch auf eine realistische Sichtweise der österreichischen Investoren zurück:

¹⁶ Einige Historiker spekulieren, dass dies wohl nicht aus Weitsicht, sondern einfach an generellem Desinteresse am Regieren und kompletter Unfähigkeit des Herrschers gelegen haben möge.

Obwohl Triest heftig Werbung machte, war nicht klar, ob die Habsburgermonarchie vom Kanal profitieren würde (Sauer 2007:53). Als Handelsminister Bruck 1860 aufgrund von Vorwürfen persönlicher Bereicherung, die sich nachträglich als unrichtig herausstellten, aus der Regierung entlassen wurde, hatten die von ihm vorangetriebenen Projekte keine gewichtigen Fürsprecher mehr und wurden in Wien schnell vergessen (Sauer 2007:53). Vom österreichischen Engagement übrig blieb nur der technische Planer des Kanals: Der Südtiroler Techniker Alois Negrelli hatte als einziger erkannt, dass es zwischen Mittelmeer und Rotem Meer kaum einen Niveauunterschied gab, was die Anlage eines schleusenlosen Kanals ermöglichte (Fischer 2006:140).

Auch in anderen Ländern Europas verlief der Verkauf der Aktien der Kanalgesellschaft erfolglos – das kapitalkräftigste Land, Großbritannien, hatte sich ja bereits im Vorhinein entschieden, nicht beim Kanalbau mitzumachen. Als de Lesseps das benötigte Kapital in Europa nicht aufreiben konnte, überzeugte er den Vizekönig Muhammad Said, 44 % der Aktien der Kanalgesellschaft zu erwerben. Da Ägypten über das nötige Kapital nicht verfügte, nahm Muhammad Said kurz laufende Staatsanleihen auf, die in weiterer Folge zum Staatsbankrott und der Übernahme der Macht durch die Europäer führten (Fischer 2006:141). Muhammad Said hatte also auf den Namen Ägyptens Kredite bei europäischen Finanzinvestoren genommen, um damit einen Kanal bauen zu lassen, den sein Land nicht benötigte, sondern ihm im Gegenteil schadete, und der dessen Steuereinnahmen wesentlich reduzierte.

Nachdem es angesichts der finanziellen und politischen Probleme jahrelang so ausgesehen hatte, als ob der Sueskanal wohl nie gebaut würde, ging es nach der Genehmigung der Hohen Pforte für Vorbereitungsarbeiten 1861 und der endgültigen Baugenehmigung 1866 sehr rasch: Nur drei Jahre später, im November 1869 wurde der Sueskanal eröffnet.

In Wien befand sich um 1860 die Gruppe, die außenpolitisches Engagement in Afrika befürwortete, am Rückzug: Erzherzog Ferdinand Maximilian, als Chef der Kriegsmarine einer der größten Förderer informell-imperialistischer Projekte, war als Kaiser von Mexiko ebendort 1867 hingerichtet worden, während der politisch gewichtigste Vertreter der Freihändler, Karl von Bruck, aufgrund eines Korruptionsskandals (bei dem ihn angeblich keine Schuld traf) 1859 aus der Regierung entlassen worden war und an-

schließlich Selbstmord begangen hatte. Ihrer zwei wichtigsten Protagonisten beraubt, schwand der Einfluss des prokolonialen Clusters in der Hofburg beträchtlich (Sauer 2007:53).

Trotzdem schaffte es die Triestiner Lobby mit ihrem neuen Wortführer Pasquale Revoltella wieder in Wien Fuß zu fassen. 1865 beauftragte der Kaiser ein Komitee, einen Bericht über den Außenhandel der Habsburgermonarchie zu erstellen. Dass das Komitee als *Revoltella-Comité* bekannt wurde, zeigt den Triestiner Einfluss. Im gleichen Jahr wurde ein Vertrauter Erzherzog Ferdinand Maximilians (der in diesem Jahr bereits als selbsternannter Kaiser von Mexiko ebendort amtierte) Handelsminister. Bernhard Freiherr von Wüllerstorff-Urbair war Kommandant der Fregatte Novara während deren Weltumsegelung gewesen. Spät aber doch glaubte auch Wien an die Realisierung des Sueskanals, und hoffte auf neue Chancen im Außenhandel. Kaiser Franz Joseph nahm an Bord seiner Yacht *Greif* an der Eröffnung des Sueskanals im November 1869 persönlich teil (Sauer 2007:55).

Für die Österreicher im Sudan bedeutete die Eröffnung des Sueskanals, dass sie in der Metropole endgültig vergessen waren. Die Triestiner Händler träumten nun nicht mehr vom Reichtum im Sudan, sondern vom Reichtum in Asien. Schon bald sollten die Dampfer des Österreichischen Lloyd durch den Sueskanal nach Bombay (heute Mumbai), Kalkutta (heute Kolkata), Hongkong und Singapur fahren. Wenig später war der Asienhandel doppelt so stark wie der Handel mit Ägypten und dem restlichen Afrika (Sauer 2007:57). Das Niltal hatte seine Funktion als Zugangsweg nach Zentralafrika verloren, der Sudan war damit für Österreich uninteressant geworden. Die Händler hatten nun Asien als neues Ziel, die Missionare verließen den Sudan ebenfalls, und sogar die Kolonialutopisten hatten verstanden, dass der Sudan dem Osmanischen Reich gehörte. Diese Neuorientierung wird auch in der Konsulatspolitik deutlich: In den 1870er Jahren eröffnete die Habsburgermonarchie neue Konsulate in Aden und Zanzibar, während man das in Khartum schließen wollte (Sauer 2007:57).

5.3.5 Exkurs: Der Kolonialplan von Ignaz Pallme

Ignaz Pallme war Sohn eines Glaswarenhändlers aus Steinschönau in Nordböhmen, dessen Familie einen weitverzweigten Betrieb führte. Sein Leben beziehungsweise sei-

ne Aktivitäten im Sudan wurden von Michael Zach (Zach 1985; Zach 2007b) dokumentiert. Die Darstellung folgt weitgehend Zachs Werken, betrachtet die Aktivitäten jedoch aus einem anderen Blickwinkel. Zu Details von Pallmes Plan empfehle ich die Lektüre von Zach 2007 – hier gebe ich nur einen kursorischen Überblick. Warum Pallmes Plan dennoch den Weg in diese Arbeit gefunden hat? Weil er ein weiteres Beispiel für Versuche ist, den Staat vor den Karren der eigenen wirtschaftlichen Interessen zu spannen.

Pallme kam über Kairo in den Sudan. Seine Familie hatte ihn als Lehrling nach Italien geschickt, wo er auch Italienisch (die damals in der Levante dominierende Handelssprache) gelernt hatte. Durch Muhammad Alis Reformpolitik und von vielen neuen Geschäftschancen angezogen, gründete er 1832 eine Handelsfirma in Kairo, wo er auch Arabisch lernte. Von 1837 bis 1839 unternahm Pallme eine ausgedehnte Sudanreise über die er später Reiseberichte publizierte, bei denen allerdings nicht klar zu trennen ist, welche Aussagen aufgrund persönlicher Erkenntnisse getroffen wurden und welche auf Sekundärquellen basieren (Zach 2007b:86). Bedeutend ist seine genaue Beschreibung Darfurs, eine der ersten in der europäischen Literatur ist (Zach 2007b:81). Pallme verbrachte den Großteil der Zeit in al-Ubayyid, dem Hauptort der Provinz Darfur und sammelte Informationen zur geografischen, naturwissenschaftlichen, ethnischen und ökonomischen Situation. In seinen Reiseberichten wies er explizit auf die Unterdrückung durch die Ägypter und die Unzufriedenheit der Bevölkerung hin (Zach 2007b:86). Nachdem er kein Geld für eine von ihm vorgeschlagene Expedition zur Suche nach den Nilquellen erhielt, kehrte er 1844 nach Österreich zurück und wurde Beamter. Später bewarb er sich um den Konsulatsposten in Khartum, wurde aber nicht aufgenommen.

Trotzdem (oder gerade deswegen?) erstellte Pallme 1851 einen elfseitigen Kolonialplan für den Sudan unter dem Titel *Pläne und Vorarbeiten zur Eroberung von Abissinien, Darfur und Tripolis für Österreich; nebst Bemerkungen über den Schwerpunkt der Kanonenkugeln* der sich heute im tschechischen Staatsarchiv in Brno befindet (Zach 2007b:89).

In diesem Plan schlägt Pallme den Erwerb dreier Kolonien vor: Äthiopien sollte eine Siedlerkolonie, Darfur eine Stützpunkt zur Kontrolle des Transsaharahandels und Tripolitanien eine Deportationskolonie werden.

Im ersten Teil nimmt Pallme auf die aktuelle politische Situation Äthiopiens Bezug, das zum damaligen Zeitpunkt noch kein Zentralreich war, sondern in der sogenannten Periode der Fürsten in mehrere Machtkomplexe aufgegliedert war. Bereits einige Jahre zuvor hatte der Österreichische Lloyd berichtet, dass angeblich ein Drittel der Importe Äthiopiens aus dem Habsburgerreich stammte. Es handle sich dabei vor allem um Eisenwaren aus den alten Industriegebieten der Steiermark, Glasperlen aus Böhmen und Spiegel aus Venedig. Außerdem sei ein großer Vorteil für Österreich, dass die Leitwährung in Äthiopien der Maria-Theresien-Taler sei. Pallme meinte allerdings, dass die Position Österreichs durch zunehmenden Einfluss Großbritanniens und Frankreichs geschwächt würde (Zach 2007b:93).

Nach Einschätzung von Zach stand die Weisung an das Konsulat in Khartum im Jahr 1852, etwas zur Förderung des österreichischen Handels mit Äthiopien zu unternehmen, in Zusammenhang mit Pallmes Plan, worauf der damalige Konsul Konstantin Reitz und sein Sekretär Theodor Heuglin eine Reise nach Äthiopien unternahmen, die Reitz nicht überleben sollte. Da zum Zeitpunkt der Reise Äthiopien noch von den Konflikten zwischen den Fürsten geprägt war, gelang der Abschluss eines Handelsvertrages nicht (Zach 2007b:93). Die Berichte über ein vom Bürgerkrieg zerrüttetes Land und der Tod von Reitz auf der Rückreise aus Äthiopien dürften die Nachfolger von Reitz derart abgeschreckt haben, dass die wirtschaftlichen Optionen in Äthiopien nie mehr reevaluiert wurden und statt dessen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Südsudan gesetzt wurde. Ex post betrachtet war das ein schwerer Fehler, der die Chancen Österreichs, in der Region Fuß zu fassen, stark vermindert hat. Das wirtschaftliche Potenzial Äthiopiens wäre in jedem Fall deutlich höher gewesen als das des Südsudan.

Für mich ist die Politik des Khartumer Konsulates Äthiopien gegenüber nach Reitz' Tod ein Phänomen, das mit den Analysekategorien der materialistischen Geschichtsphilosophie nicht erklärbar ist. Gerade hier wird der Einfluss der Individuen als Handlungsträger deutlich und der Einfluss einer schier unendlichen Zahl an externen Geschehnissen, die das Produkt „Geschichte“ zustande bringen. Ohne hier lange kontrafaktische Geschichte betreiben zu wollen: Hätte Reitz nicht den falschen Fürsten als seinen Freund auserkoren und wäre er nicht am Rückweg an einer Infektion gestorben, vielleicht hätte sich eine ganz andere Beziehung zu Äthiopien entwickelt. Es deutet jeden-

falls vieles darauf hin, dass das absolute Nicht-Verfolgen weiterer Pläne in Äthiopien einem *Bürgerkriegs-und-Reitz-Tod-Bias* geschuldet war.

Im zweiten Teil bezieht sich Pallme auf Darfur, die westlichste Provinz des Sudan, das Österreich erwerben und als Handelsstützpunkt im Transsaharahandel nutzen sollte. Pallme führt die Thronfolgeregelungen des Sultanats Darfur aus und schlägt vor, dass er selbst mit militärischer Unterstützung Muhammad Alis als Vasallenherrscher eingesetzt werden sollte (Zach 2007b:95). Es ist anzunehmen, dass Pallme aufgrund seines langen Aufenthaltes in al-Ubayyid eigentlich bekannt gewesen sein müsste, dass die Ägypter Darfur nur begrenzt unter Kontrolle hatten und die lokalen Herrscher einmal mehr und einmal weniger der Oberhoheit der Ägypter gehorchten. Endgültig in den Sudan eingegliedert sollte Darfur erst durch militärische Gewalt Großbritanniens im Jahr 1916 werden (Theobald 1959:119).

Dass die Eröffnung eines Handelsstützpunktes in Darfur wirtschaftlich einträglich gewesen wäre, ist vorstellbar. Darfur hat durch seine spezielle Lage am östlichen Rand der Sahara eine Brückenfunktion zwischen Westafrika und Nordafrika. Darfur war Zentrum und Peripherie zugleich: Es lag als östlichstes Reich der Sahel-Zone an der Quelle für Sklaven und Elfenbein aus dem Süden, und gleichzeitig isoliert in einer ökologisch schwierigen Region. Einzig die Abhänge des Gebel Marra waren so niederschlagsreich, dass landwirtschaftliche Produkte – Weizen, Gemüse und Baumwolle – für den Export produziert werden konnten. Weiters wurde in dem Gebirgsmassiv Salz gewonnen. Gemeinsam mit den Sklaven und dem Elfenbein, die aus dem Gebiet der heutigen Zentralafrikanischen Republik und des heutigen Nordkongo stammten, ergab sich eine breite Palette an Exportprodukten. Mitte des 19. Jahrhunderts ließ die Nachfrage nach Sklaven stark nach – die Lücke wurde mit einer Erhöhung des Elfenbeinexports und dem neuen Produkt Gummi (,Gummi Arabicum‘), das für die neu entstandenen Industrien in Europa sehr wichtig war, gefüllt. Rund um die Gebirgskette entstanden Märkte, auf denen Import- und Exportgüter ausgetauscht wurden (O’Fahey 1980:131).

Die wichtigste Handelsverbindung war der *darb al-arba’in*, die „Straße der 40 Tage“, die Darfur beziehungsweise Kordofan mit der ägyptischen Stadt Assiut verband. Assiut liegt im Niltal, ungefähr 300 Kilometer südlich von Kairo, und bot damit Anschluss an den Mittelmeerhandel. Eine weitere wichtige Handelsroute führte durch Kordofan und

den Zentralsudan in die türkische Hafenstadt Suakin am Roten Meer. Ausgehend von den Märkten rund um den Ġebel Marra machten sich die Karawanen der *jallāba* (Einzelhandler) und *khabīrs* (vom Sultan mit Handelslizenzen ausgestattete Großhändler) auf den Weg. Der Handel wurde von einer informellen Allianz der lokalen Herrscher und der größten Händler kontrolliert. Der Staat partizipierte, in dem er den Warenumschlag auf den Märkten besteuerte (O'Fahey 1980: 133). Zusätzlich erhielt der Sultan von den mit Lizenzen ausgestatteten *khabīrs* eine Gewinnbeteiligung (O'Fahey 1980: 143). Der größte Teil des Handels lief über Tauschhandel, es wurden aber auch Maria-Theresien-Taler oder *hashāsha* als Währung benutzt. Bei *hashāsha* handelt es sich um Eisenstücke, die wie kleine Hufeisen aussehen. Aufgrund des Wertverlustes – die Eisenstücke wurden immer kleiner – war der Maria-Theresien-Taler, der durch seine Prägung nicht abgeschliffen werden konnte, ohne dass es auffiel, beliebter.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass Pallme trotz seines Aufenthaltes in Darfur so viel von den wirtschaftlichen, aber so wenig von den politischen Zusammenhängen mitbekommen hätte. Pallme wusste sicher, dass Ägypten gerade einmal in der Lage war, sich mit den Sultanen von Darfur halbwegs zu arrangieren, während diese weiterhin ihre Unabhängigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigten. Pallmes Plan sah vor, dass der angebliche Thronprätendent Muhammad Abu Madyan gegen eine Rente zugunsten Österreichs auf seinen Thron verzichten sollte, und ist damit völlig unrealistisch, wie auch Zach in seinem Aufsatz feststellt (Zach 2007b:95).

Im dritten Teil schlägt Pallme vor, in Tripolis eine Deportationskolonie zu gründen. Offenbar ist Pallme hierbei entgangen, dass Tripolitanien zu jenem Zeitpunkt eine fest in das Osmanische Reich eingegliederte Provinz desselben war (Zach 2007b:99). Einem Partner im Concert Européen eine Provinz abzunehmen, hätte wohl die anderen europäischen Großmächte nicht sehr erfreut und zu entsprechenden Gegenaktionen bewegt. Auch dieser Plan war somit fern jeder Umsetzbarkeit.

Trotzdem ist Pallmes Aufsatz von Nutzen für diese Arbeit: Er zeigt deutlich, dass es in Wien einen prokolonialen Cluster gegeben haben muss, dem solche Publikationen gefielen. Genau in diesen Kreisen wollte sich Pallme wieder zurückmelden, um bei einer der nächsten Postenvergaben in der Region berücksichtigt zu werden. Mit fundierten Überlegungen hat der Plan jedenfalls nichts zu tun (vgl. dazu Zach 2007b:100f. Der

vorangegangene Absatz beruht auf den Schlussfolgerungen von Zach, ist jedoch ein wenig pointierter in Richtung meiner Fragestellungen formuliert).

Eine Rezeption von Pallmes Plan ist nur von Russegger überliefert der den Plan heftig kritisierte, und Pallme der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigte (Zach 2007b:101).

5.3.6 Exkurs: Franz Binder – der einzige, der wirklich reich wurde?

Der nächste Österreicher im Sudan, den ich exemplarisch vorstellen möchte, ist Franz Binder. Binder war einer der erfolgreichsten Händler beziehungsweise Geldverleiher im Sudan und einer der wenigen Österreicher, die im Sudan wirklich reich wurden. Es wird in der Literatur sogar vermutet, dass kein anderer Europäer mehr Geld im Sudan verdient hat, als Binder – und das in nur 10 Jahren! Endre Stiansen hat die öffentlichen und die privaten Aufzeichnungen von Binder verglichen und hat interessante Divergenzen gefunden (Stiansen 2007).

Binder war gelernter Apotheker und begab sich nach Alexandria, weil er auf eine Anstellung am Hof des Khediven hoffte. Als daraus nichts wurde, begann er 1852 für das österreichische Handelshaus Landauer & Co. in Alexandria zu arbeiten. Er wurde beauftragt, Waren von Alexandria nach Khartum zu bringen. In Khartum blieb er dann und führte Geschäfte auf eigene Rechnung. In seiner veröffentlichten Darstellung präsentiert sich Binder als Händler, der vom Warenhandel zwischen Khartum und Kairo/Alexandria lebte (Stiansen 2007:115).

Tatsächlich wäre rein mit den Geschäften, die Binder der Öffentlichkeit preisgab, nicht so viel Geld zu verdienen gewesen. Die Haupteinnahmen Binders stammten aus Finanzgeschäften, sogenannten *Mudaraba-Verträgen*, mit denen er viele Transporte zwischen dem Sudan und Ägypten finanzierte (Stiansen 2007:119). Mudaraba-Verträge sind ein traditionsreiches islamisches Finanzierungsinstrument, das zu jenem Zeitpunkt bereits über Jahrhunderte zur Finanzierung des Fernhandels genutzt wurde. Außerdem finanzierte Binder Expeditionen in den Süden, die vor allem der Elfenbeinjagd dienten. Nach dem Tod eines Geschäftspartners, des Elfenbeinjägers und Sklavenhändlers Alphonse de Malzac, übernahm er im Jahr 1860 von diesem ein weitverzweigtes Netz an

zaribas – Elfenbein- und Sklavensammelstationen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Binder aus dem Sklavenhandel ausgestiegen wäre (Stiansen 2007:120).

Binder war erfolgreich, weil er sich den lokalen Gegebenheiten anpasste und nicht, weil er sie unterdrückte. Aus diesem Grund nennt ihn Stiansen in seinem Artikel auch einen *europäischen Araber*. Binder übernahm islamische Handelsmethoden für seine Geschäfte von Khartum nordwärts. Für seine Geschäfte südlich von Khartum übernahm er das Malzacs Elfenbein- und Sklavenhandelsimperium und führte es einfach weiter. Im Unterschied zu vielen anderen Europäern baute er sich selbst seine Netzwerke auf, und brauchte keine europäische Macht, die ihn protegierte. Im Gegenteil – das wäre bei vielen seiner Geschäfte vermutlich hinderlich gewesen. Das mag auch der Grund sein, warum im Zusammenhang mit dem Konsulat Franz Binder so gut wie nie genannt wird. Binder ging wohl lieber in Ruhe seinen Geschäften nach, anstatt nach gesellschaftlicher Ehre in der europäischen Community in Khartum zu streben.

Öffentlich stellte er seine Aktivitäten im Sudan gänzlich anders dar. Wäre bekannt geworden, dass der arbeitslose Apotheker aus Hermannstadt als Sklavenhändler zum reichsten Europäer in Khartum geworden ist, hätte dies wohl für einen veritablen Skandal gesorgt.

5.4 Die Verbündeten in der Metropole: Der maritime Interessenskomplex

5.4.1 Die österreichische Handelsschifffahrt

Die Stadt Triest wandte sich 1382 mit einem Protektoratsersuchen an die Habsburgermonarchie, um sich der Beherrschung durch Venedig zu entziehen. In den folgenden Jahrhunderten sollte sich die Stadt zum bedeutendsten Seehafen der Habsburgermonarchie entwickeln. Die rasche Entwicklung zum Handels- und Industriezentrum begann mit der Erhebung zum Freihafen durch Kaiser Karl IV. im Jahr 1719. Unter Maria Theresia wurde 1774 das Navigationsedikt erlassen, in dem alle Aspekte der österreichischen Seefahrt geregelt waren. Ende des 18. Jahrhunderts verfügte Österreichs Han-

delsmarine über mehr als 120 Schiffe und der Triestiner Hafen verbuchte mehr als 7.000 Schiffsankünfte (Fischer 2006:40).

Nach der verlorenen Schlacht von Austerlitz und dem Frieden von Bratislava 1809 ging Triest und damit der Zugang zur Adria für Österreich verloren. Das österreichische Handelsengagement in der Levante wurde fünf Jahre lang unterbrochen. 1814 kam Triest wieder zu Österreich zurück (Colloseus 2008:146).

Durch die napoleonischen Kriege hatte Österreich einen großen Teil seiner Flotte verloren, da die Reeder mit ihren Schiffen aus Triest flüchteten und die Schiffe in Malta oder Russland registrieren ließen („maskieren“). Das Führen der österreichischen Flagge brachte viele Nachteile, so war nicht nur die Registrierungsprozedur zur Ausstellung des Patenten ein zeitraubender bürokratischer Hürdenlauf, sondern auch der Cottimo, die Abgabe zur Finanzierung der Konsulate, drückte bei österreichischen Schiffen auf den Profit. In jedem angelaufenen Hafen, in dem sich ein österreichisches Konsulat befand, musste der Cottimo, 2 % des Gesamtwertes der Warenladung des Schiffes, bezahlt werden (Angerlehner 1968:38-42).

Die Kommerzhofkommission unter Philipp Ritter von Stahl drängte auf eine rasche Änderung der Gesetzgebung, um wieder eine leistungsfähige Handelsmarine aufbauen zu können. 1832 traten schließlich umfassende Reformen in Kraft, die zumindest die bürokratischen Hindernisse zur Patentaussstellung reduzierten (Angerlehner 1968:43).

Eine weitere staatliche Regulierung verhinderte nachhaltig, dass die österreichische Handelsmarine international konkurrenzfähig war, und entsprechendes Eigenkapital aufbauen konnte: das *Kabotagesystem*. Die österreichischen Schiffe waren in drei Klassen zugelassen: Hochseeschiff, große Kabotage/große Küstenschiffahrt, kleine Kabotage/kleine Küstenschiffahrt. Wesentliche Unterschiede bestanden in der vorgeschriebenen Fahrzeugausstattung und den Zulassungsbedingungen. Ein Hochseeschiff musste zum Beispiel Kanonen mitführen und das Schiffspatent musste vom Kaiser persönlich unterzeichnet werden. Für die kleine Küstenschiffahrt war eine einfache Registrierung beim Hafenamt ausreichend.

Die kleine und große Küstenschifffahrt durfte die *Kabotagelinie* nicht überschreiten. Diese Linie erstreckte sich von Cattaro (heute Kotor, Montenegro) nach Apulien. Darüber hinaus mussten voll patentierte Hochseeschiffe eingesetzt werden, was nicht-österreichischen Reedereien ein Quasimonopol in der Küstenschifffahrt der östlichen Adria verschaffte – Hochseeschiffe waren nicht wirtschaftlich im Küstenverkehr einsetzbar, schon allein deshalb, weil die meisten Häfen aufgrund des Tiefganges der Hochseeschiffe nicht angelaufen werden konnten. Bemühungen der Kommerzhofkommission hatten zur Folge, dass die Kabotagelinie immer weiter ausgedehnt wurde, bis 1844 dann das ganze Mittelmeer sowie das Schwarze und Asowsche Meer zum Kabotagegebiet gehörten (Angerlehner 1968:45-50).

Mit der Reintegration im Jahr 1814 wurde Triest dann systematisch zum größten Seehafen Österreichs ausgebaut. Die Hafenstadt wurde 1854 über die Südbahn an die österreichischen Industriegebiete angeschlossen¹⁷. Trotzdem hatte Triest einige Probleme, zu einem bedeutenden Hafen aufzusteigen: Die restriktive Handelspolitik, eine trotz Südbahn schlechte Verkehrsanbindung an Wien und das Nichtvorhandensein von mit Westeuropa konkurrenzfähigen Exportprodukten in der Habsburgermonarchie erschwerten den Aufstieg zu einem bedeutenden Seehafen erheblich (Coons 1975:3). Aus diesem Grund war vor 1840 Triest vor allem ein logistisches Zentrum, das mehr als 60 % der Güter wieder reexportierte.

Auf der anderen Seite hatte Triest – ganz im Gegenteil zum Konkurrenten Venedig – einen ausgezeichneten Naturhafen. Triest hatte als Hafen gegenüber seinem Hauptkonkurrenten Venedig den entscheidenden Vorteil, dass er von Hochseeschiffen unkompliziert angelaufen werden konnte. Während die Seefahrer in Venedig mit Sandbänken in der Lagune zu kämpfen hatten – und die Waren erst wieder per Schiff von der Insel Venedig weitertransportiert werden konnten – gab es in Triest hervorragenden Ankergrund beziehungsweise schon sehr früh Festmacherpfähle, sodass nicht einmal geankert wer-

¹⁷ Auf Initiative der Triestiner Handelskammer wurden dann viel später, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, um nicht vom Monopol der damals privaten Südbahn abhängig zu sein, die Tauernbahn von Salzburg nach Villach und die Wocheinerbahn errichtet. Letztere schloss in Villach an die Tauernbahn an und führte dann durch das heutige Slowenien über von Villach über Jesenice und Görz (heute die geteilte Stadt Nova Gorica/Gorizia an der slowenisch-italienischen Grenze) nach Triest.

den musste. Laut Angerlehner schützte auch eine Mole vor der Bora, einem ablandigen Fallwind, der böig die Abhänge der Karstgebirge hinaus aufs Meer weht. Wenn man die von Angerlehner publizierten Karten des Hafens von Triest ansieht, so ist das in Zweifel zu ziehen – wie soll eine Mole an der Hafenausfahrt vor einem ablandigen Wind schützen? Anzunehmen ist, dass die Mole vor allem gegen den Jugo (italienisch: Scirocco), einen südlichen, auflandigen Wind und dementsprechende Strömungen errichtet wurde. Für im Hafen liegende Schiffe ist nämlich ablandiger Wind kaum gefährlich – auflandiger, der die Schiffe gegen Kaimauern drückt, jedoch sehr wohl.

Abseits dieser Feinheiten: Triest war jedenfalls ein moderner Hafen, der sowohl see- als auch landseitig eine gute Infrastruktur bot – besser als es Venedig aufgrund der Lagune jemals sein könnte (Angerlehner 1968:59-65). Mit Venedig und Fiume (Rijeka) teile Triest einen weiteren Vorteil, der allerdings eher im internationalen Kontext zu sehen ist: Alle Häfen waren Freihäfen, die in einem Zollausschlussgebiet lagen. Man konnte also Waren ohne Zoll in Triest lagern und reexportieren, Zoll wurde erst bei der Einfuhr in das Zollgebiet der Habsburgermonarchie fällig (Angerlehner 1968:66-70).

1834 waren bereits 458 Hochseeschiffe und 1835 bereits 1.325 Hochseeschiffe in Triest registriert (Coons 1975:4). Parallel dazu entwickelte sich das Versicherungswesen. 1833 gründeten die Triestiner Versicherungen den *Lloyd Austriaco* beziehungsweise Österreichischen Lloyd, benannt nach seinem berühmten Londoner Vorbild. Der Lloyd wurde zunächst nach dem Londoner Vorbild als Nachrichtenagentur für die Seefahrt von sieben Triestiner Versicherungsgesellschaften (unter anderem auch von der heute noch existierenden und in Triest beheimateten *Assicurazioni Generali*) gegründet (Winkler und Pawlik 1989:10f). Der Name *Lloyd Austriaco* überlebte übrigens die Monarchie und blieb bis 1921 in Verwendung, als das Unternehmen in *Lloyd Triestino* umbenannt wurde. Der Name Lloyd Triestino blieb bis 2006 erhalten, als das Unternehmen endgültig Lloyd im Namen verlor und seitdem *Italia Marittima di navigazione* heißt¹⁸.

Die Gründung des Lloyd erfolgt auf Initiative von Karl Ludwig Bruck, eines „jungen Abenteurers aus Elbersfeld am Niederrhein“ (Fischer 2006:126). Auf dem Weg nach Griechenland, wo er als Freiwilliger am Unabhängigkeitskrieg teilnehmen wollte, blieb

¹⁸ http://www.italiamarittima.it/about_the_company.jsp [Zugriff am 23.01.2013]

er in Triest hängen und erkannte das wirtschaftliche Potenzial des Levantehandels. Bruck erlebte einen steilen Aufstieg: 1851 wurde er Handelsminister der Habsburgermonarchie und prägte die Wirtschaftspolitik durch seine freihändlerisch-liberalen Ambitionen.

Wien betrachtete die Gründung des Lloyd mit großer Skepsis. Der Gouverneur des Küstenlandes, Graf Porcia, hatte die Gründung ohne Konsultation mit Wien erlaubt – war doch der Lloyd mehr oder weniger die Nachfolgegesellschaft zweier nicht erfolgreicher Vorgängerversuche, der *Deputazione delle Compagnie di Sicurtà* und des *Stabilimento Centrale*. Josef Graf Sedlnitzky, Präsident der *Obersten Polizei- und Censurhofstelle*, beauftragte die Hofkammer, die Aktivitäten des Triestiner Lloyd genau zu überwachen. Er misstraute generell Triest, da es noch nicht allzu lange bei Österreich war, und war besorgt über die vielen „Italiener“ in verantwortungsvollen Positionen (Coons 1975:12). In dieser Arbeit habe ich schon mehrmals das schwierige Verhältnis der Hofburg zum Fernhandel im Allgemeinen erwähnt. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Hofburg mit der Schifffahrt noch ein viel schwierigeres Verhältnis als mit dem Donau- oder Überlandhandel hatte. Man misstraute in der Hofburg pauschal allen neuen Aktivitäten, die von Italienern in der neuerworbenen Stadt Triest betrieben wurden.

1836 gründete der Österreichische Lloyd die *Zweite Sektion*, die Dampfschiffahrtsgesellschaft, und bestellte sechs Dampfschiffe, um Triest mit dem östlichen Mittelmeerraum zu verbinden. Explizit wurden Griechenland, das Osmanische Reich, Ägypten und Syrien genannt – damals als *Levante* bezeichnet. 1850 wurde die *Dritte Sektion*, die literarisch-artistische Sektion gegründet, die Publikationen herausgab, und damit auch der österreichischen Koloniallobby die entsprechende Bühne bot (Winkler und Pawlik 1989:10f).

Mit der Gründung der Zweiten Sektion, der Dampfschiffahrtsgesellschaft, zwischen 1835 und 1837 stellte der Lloyd Wien wieder vor ein Problem. Die Bedürfnisse einer Dampfschiffahrtsgesellschaft unterschieden sich gründlich von denen einer Gesellschaft, die Segelschiffe betrieb, und obwohl die Dampfschiffahrt nicht neu war, so war der Lloyd die erste Firma, die diesen international betreiben wollte. Zunächst blockierte die Politik der Monopole oder *Privilegium Exclusivum* die Entwicklung des Lloyd. Um neue Entwicklungen in der Industrie zu fördern, gewährte der Staat für neue Erfindun-

gen oder die Verwendung neuer Techniken der jeweiligen Firma ein Monopol auf diesem Bereich, da es bereits ein Monopol einer kleinen Firma, der *English Company*, und einer nicht aktiven Firma, *J. H. Stametz & Co.*, für Seeverkehr mit Dampfschiffen gab. 1831 sprach sich Hofkammerpräsident Franz Graf Klebelsberg bei einem Kaiservortrag dafür aus, die Privilegien ausschließlich für neue, risikoreiche und damit schutzbedürftige Unternehmen zu vergeben. Die Entscheidung des Kaisers ließ bis 1834 auf sich warten, allerdings wurden dann die Monopole in der Seeschifffahrt aufgehoben, während sie auf den Flüssen, zum Schutz der DDSG (Donaudampfschiffahrtsgesellschaft) weiter bestehen blieben (Coons 1975:18-25). Mit der Beseitigung der Monopole in der Seeschifffahrt war nun die Gründung der Dampfschiffahrtsgesellschaft des Österreichischen Lloyd möglich geworden.

Mit dem Aufkommen der Dampfschiffahrt auf dem Mittelmeer drohte Österreich die lukrative Postbeförderung zwischen Europa und dem Osmanischen Reich zu verlieren, die bis dahin über die Donau gelaufen war. Da die Dampfschiffahrt im Mittelmeer nicht mehr aufzuhalten war, schien der Staatskanzlei daher die einzige Lösung, die Post nach Konstantinopel statt über die Donau eben über das Mittelmeer zu befördern – aber an Bord österreichischer Dampfschiffe. 1835 machte ein führender Beamter der Staatskanzlei, Carl Ritter von Menz, die Hofburg darauf aufmerksam, dass Österreich dringend die Dampfschiffahrt unterstützen müsse, da sonst die Franzosen endgültig die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft in der Levante an sich reißen würden. Dazu schlug er auch eine Zusammenarbeit mit den Briten vor, die aber nie zustande kam. Dazu hätte der Personen-, Post- und Warentransport von den britischen Inseln in die Levante über Land bis Triest, und von dort mit Dampfern weiter in die Levante durchgeführt werden sollen (Coons 1975:27-30).

Die Probleme, an denen dieser Plan scheiterte, waren vielfältig und symptomatisch für jene Zeit. Zuerst hätten die Briten nie akzeptiert, dass andere als britische Schiffe für Großbritannien Geschäfte machen würden. Hier ging es schlicht und einfach um nationale Politik und Einfluss – um Protektionismus der Freihandel predigenden Briten. Darüber hinaus hätten die Zölle und Gebühren beim Überschreiten der vielen Staats- oder Zollgrenzen die Kosten in prohibitive Höhen getrieben. Und außerdem hätte die Reise aufgrund der vielfältigen Quarantänebestimmungen viel zu lange gedauert. Die Hofkammer erkannte die Unmöglichkeit von Menz' Plan schon im Voraus und ent-

schloss sich, statt auf Kooperation mit Großbritannien auf die Unterstützung der Dampfschifffahrtspläne des Triestiner Lloyd zu setzen.

Nachdem die Zweite Sektion gegründet war, musste Kapital gesammelt werden, um die im Vergleich zu Segelschiffen viel teureren Dampfschiffe finanzieren zu können. Zum damaligen Zeitpunkt waren Dampfschiffe im reinen Gütertransport nicht kostendeckend einzusetzen, da Anschaffung und Betrieb teurer waren als bei Segelschiffen und Dampfschiffe ähnlicher Größe weniger Frachtkapazität hatten, da die Kesselanlagen sehr viel Platz beanspruchten. Bei der Personen- und Postbeförderung konnten sie allerdings ihre Vorteile, Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit, ausspielen. Aus diesem Grund war eine Investition in die neue Dampfschiffahrtsgesellschaft des Österreichischen Lloyd ein Hochrisikoinvestment. Daher war nicht zu erwarten, dass das notwendige Kapital durch die Beteiligung bereits existierender Handelshäuser in Triest aufzutreiben sein würde. Die Lösung war, eine Aktiengesellschaft zu gründen. Diese Gesellschaftsform existierte zwar bereits in Österreich, war aber sehr ungewöhnlich. Außerdem war die Gründung von Aktiengesellschaften in Österreich kein Recht, sondern von kaiserlicher Genehmigung abhängig. Mit der Genehmigung der Gesellschaftsform einher ging demnach die Bedeutung der Firma: Die Dampfschiffahrtsgesellschaft des Österreichischen Lloyd war nicht ein Privatunternehmen von vielen, sondern stand der Hofburg nahe. Das Unternehmen hatte damit einerseits eine politische Bedeutung für die Hofburg, aber war andererseits auch politisch abhängig – was Vorteile und Nachteile mit sich bringen konnte (Coons 1975:35-38).

Wesentlichster Kapitalgeber und damit informell großen Einfluss ausübend war das europaweit tätige Bankhaus Rothschild, das über beste politische Kontakte zu vielen Herrscherhäusern Europas verfügte. Der Einfluss erfolgte deshalb vor allem informell, weil die Aktionäre des Lloyd kaum über formellen Einfluss verfügten. Sie hatten keinen Einblick in die Buchführung und mussten sich auf die Berichte des Direktoriums verlassen – und das teilte den Aktionären nur mit, was es selbst für vorteilhaft hielt. So erfuhren auch die Aktionäre nichts von den massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die die Gesellschaft 1839, zwei Jahre nach Aufnahme der operativen Tätigkeit, schlitterte. Rothschild bewahrte die Gesellschaft mit einem Kredit über eine halbe Million Gulden vor dem Zusammenbruch. Damit die Aktionäre von den Schwierigkeiten nichts mitbekamen, wurde übrigens trotzdem eine Dividende in der Höhe von 5 % p.a. ausgeschüt-

tet. Da es sich als unmöglich herausstellte, innerhalb der Donaumonarchie eine ausreichende Zahl an Investoren zu finden, erlaubte Metternich schließlich den Erwerb von nicht stimmberechtigten Aktien durch ausländische Investoren: Die griechische, ägyptische und bayrische Regierung erwarben Anteile am Lloyd (Coons 1975:38-44).

Die Probleme rund um die Finanzierung des Lloyd zeigen die typischen Schwierigkeiten in der Kapitalaufbringung, mit der österreichische Unternehmen zu kämpfen hatten. Der Lloyd war für den Staat notwendig und die politische Bedeutung klar – dennoch hatte der Staat kein Geld, um direkt in den Lloyd zu investieren, oder ihn durch staatliche Darlehen zu unterstützen, wie das zum Beispiel in Frankreich der Fall war, das überhaupt eine komplett staatliche Dampfschiffahrtsgesellschaft gegründet hatte. Der Lloyd hatte in seinem Ersuchen um Genehmigung zur Gründung der Firma an die Hofburg vorgesehen, dass der Staat 300 Aktien kaufte, allerdings wurde dieser Punkt später wieder zurückgezogen (Coons 1975:46f). Ob wirklich rein wirtschaftliche Überlegungen der Grund dafür waren – das Rothschild-Investment machte das staatliche Investment nicht mehr zwingend notwendig zur Betriebsaufnahme – oder auch die erkannte Aussichtslosigkeit, vom chronisch in finanziellen Schwierigkeiten steckenden Staat Geld zu erhalten, muss unaufgeklärt bleiben.

In den nächsten Jahren kämpfte die Dampfschiffahrtsgesellschaft des Österreichischen Lloyd mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, da die Gründer des Lloyd den Personenverkehrsbedarf in die Levante überschätzt hatten. Um den Fortbestand des Unternehmens zu ermöglichen, rückte man immer näher an die Hofburg heran. Und die Hofburg, speziell Staatskanzler Metternich, erkannte die politische Bedeutung einer österreichischen Schiffahrtsgesellschaft. Eine Pleite des Lloyd würde das Ansehen Österreichs beschädigen, und außerdem die Levante wieder dem ausschließlichen Einfluss Großbritanniens und Frankreichs preisgeben (Coons 1975:86). So wurde der Lloyd mehrmals von der Hofburg vor der Pleite gerettet. Auch wenn niemals direkt Geld investiert wurde (das der Habsburgermonarchie sowieso chronisch fehlte), unterstützte die Hofburg den Lloyd auf andere Weise. 1837 erhielt er einen Postbeförderungsvertrag (Coons 1975:57), später Monopole auf adriatische Routen (Coons 1975:74), dann wurden die Hafen- und Konsulatsgebühren reduziert und für Schiffe, die staatliche Post beförderten (also so gut wie alle des Lloyd), ganz abgeschafft (Coons 1975:90), und der Staat übernahm Haftungen für Kredite beim Bankhaus Rothschild (Coons 1975:92).

Mit dieser staatlichen Unterstützung gelang der Turnaround, und ab 1839 machte der Lloyd wieder Gewinne – bescheidene 28.821 Gulden im Jahr 1839 und schon bedeutendere 408.800 Gulden im Jahr 1846. Damit ging ein Ausbau des Netzwerkes einher, und auch Ägypten wurde mit dem Hafen Alexandria wieder direkt an Triest angebunden (Coons 1975:124).

Mit der steigenden Bedeutung Indiens für Großbritannien ergab sich die Notwendigkeit, die Kommunikationslinien zu verbessern. Vor 1837 brauchte die Post nach Indien mit dem Segelschiff rund um das Kap der guten Hoffnung zwischen vier und sechs Monate. 1837 wurde die Überlandpostbeförderung zwischen Alexandria und Sues begonnen, und mit dem Einsatz von Dampfschiffen sank die Beförderungsdauer von 180 Tagen auf 74. Weitere 10 Tage wurden eingespart, als die offizielle Post auf dem Landweg bis Marseille befördert wurde. Um den Anteil des Landweges und damit die Geschwindigkeit weiter zu erhöhen, verfolgte man in Großbritannien Pläne, die Post auf dem Landweg nach Triest zu befördern. Metternich erkannte das politische Potenzial, das diese Zusammenarbeit mit Großbritannien barg. Der Dauerkonflikt zwischen Großbritannien und Frankreich verbesserte Österreichs Position zusätzlich. 1841 berichtete die Londoner „Times“, dass ihre Kuriere von den Franzosen verhaftet worden waren, als die Times Frankreich-kritische Artikel druckte (Coons 1975:148).

Der österreichische Plan scheiterte, als Frankreich informiert wurde, dass die Briten möglicherweise die Postroute ändern würden. Frankreich halbierte die Gebühren für die Postbeförderung und sicherte den Kurieren bevorzugte Behandlung und Schutz vor Festnahmen aus politischen Gründen zu. Damit war für Großbritannien der Triest-Plan vom Tisch. Außerdem wurden damit die Beziehungen zu Frankreich nicht belastet – und das war immer noch das Hauptinteresse der britischen Außenpolitik (Coons 1975:160).

Den nächsten Versuch startete der Österreichische Lloyd gemeinsam mit der East India Company, ohne Beteiligung offizieller britischer Stellen. Die Route über Triest stellte sich als wesentlich schneller heraus. Darüber hinaus entbrannte ein Konkurrenzkampf in der britischen Presse, wer die schnellsten Nachrichten aus Indien liefern könne. Es wurden sechs weitere Versuche unternommen und die Route über Triest war durchschnittlich 50 Stunden kürzer als die über Marseille. Das endgültige Ende der Pläne war die

Revolution von 1848, die die Hofburg in eine Krise stürzte und Metternich ins Exil schaffte. Zusätzlich waren die Eisenbahnen in Frankreich schneller ausgebaut als in Österreich: Österreich konzentrierte sein Eisenbahnnetzwerk auf Wien – und das war nicht im Sinne eines schnellen Post- und Warenverkehrs zwischen Triest und Westeuropa (Coons 1975:161-174).

Obwohl die ersten Postbeförderungsversuche scheiterten, entwickelte sich der Markt in der Levante gut für den Lloyd. Ab 1845 wurde Alexandria regelmäßig angelaufen. Die Linie wurde in der Anfangszeit von der Kriegsmarine unterstützt. Später kamen die modernsten Dampfer des Lloyd zum Einsatz und der Postdienst des Österreichischen Lloyd konnte sich doch beträchtliche Anteile an der Indienpost sichern: Der Lloyd transportierte die Post nach Alexandria, dort wurde sie über Land nach Sues befördert, wo britische Schiffe den Weitertransport nach Indien übernahmen (Fischer 2006:127).

Die Geschichte des Österreichischen Lloyd zeigt das ambivalente Verhältnis Österreichs zur europäischen Einflussnahme in Nordostafrika. Die Hofburg wollte ihre Position im Concert Européen nicht aufgeben. Dazu musste sie Großbritannien und Frankreich auch in der Levante auf Augenhöhe begegnen können – und dazu brauchte es zu jener Zeit Dampfschiffe, die unter österreichischer Flagge fuhren. Das hatten Großbritannien und Frankreich auch erkannt, weshalb Frankreich eine staatliche Dampfschiffahrtsgesellschaft gegründet hatte, die trotz großer Verluste weiterfinanziert wurde, und Großbritannien seine Reedereien, wie zum Beispiel Cunard oder P. & O., mit großzügigen Subventionen unterstützte. Somit war an eine Marktteilnahme ohne staatliche Unterstützung nicht zu denken, weil es sich im Prinzip nicht um einen freien Markt nach fairen Regeln, sondern um politisches Kräftemessen handelte. In dieser Liga konnte die chronisch unter Geldmangel leidende Hofburg nur begrenzt mitspielen, zu oft ging im entscheidenden Moment das Geld aus. Trotzdem konnte der Österreichische Lloyd letztendlich ein weltumspannendes Netzwerk aufbauen. Im Jahr 1900 wurden Routen nach Indien, China, Japan, Ostafrika und Südamerika befahren.

Dennoch konnte die Hofburg den Österreichischen Lloyd nicht für die intendierten politischen Zwecke nutzen. Der politische Einfluss in der Levante ging trotz der Schiffsverbindungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts komplett verloren. Ein Grund dafür war möglicherweise, dass die für die Schifffahrt notwendigen Staatsausgaben für

Österreich gerade noch möglich waren – die Kapitalinvestitionen in den Ländern, um die es eigentlich ging, darüber hinaus hingegen nicht mehr. So blieb der Österreichische Lloyd zwar eine relativ erfolgreiche Schifffahrtsgesellschaft, die politische Bedeutung wird meiner Ansicht nach aber massiv überschätzt. Vielleicht liegt es daran, dass auch der durchschnittlichste Post- und Passagierdampfer vor einem Hafen in der Levante auf historischen Fotos mächtiger aussieht, als seine Bedeutung für politische Verhältnisse oder wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich ist.

5.4.2 Die Kriegsmarine

Kriegsmarine und Handelsmarine bedingen einander. Bis zum Aufkommen österreichischer Handelsaktivitäten am Mittelmeer beschränkte sich die militärische Seefahrt der Habsburgermonarchie auf die Donau. So genannte Tschaiken, flache Ruderschiffe, kamen in den Kriegen gegen das Osmanische Reich zum Einsatz. Den Schutz der dalmatischen Küstengewässer hatte man zunächst der lokalen Bevölkerung überlassen. Erst als nach den napoleonischen Kriegen 1814 Triest wieder zu Österreich kam und der Seehandel zunahm, begann der systematische Aufbau einer Kriegsmarine. Die Aufgaben waren zunächst der Schutz der adriatischen Küstengewässer sowie der österreichischen Handelsschiffe im Mittelmeer (Sauer 2007:44). Dementsprechend war die Flotte auf kleinräumige Operationen in der Adria ausgelegt und die Kriegsmarine entsprechend finanziell beschränkt. Es verwundert daher nicht, dass führende Köpfe der Kriegsmarine zu den Befürworter kolonialer Expansion zählten: Zum damaligen Zeitpunkt war die Marine der Garant für den Schutz kolonialer Gebiete bzw. des Verkehrs dorthin. Ohne entsprechend starke Marine war weder an einen starken Überseehandel noch an formellen oder informellen Imperialismus zu denken. Eine Expansion Österreichs würde die Bedeutung der Kriegsmarine deutlich steigern und ihr wohl auch mehr Geld und mehr Schiffe einbringen. Sauer spricht davon, dass sich in der Kriegsmarine ein Staat im Staat herausgebildet hatte, der sich mit den traditionellen Aufgaben nicht mehr zufriedengeben wollte (Sauer 2007:44). Da die Hofburg kolonialen Projekten meist ablehnend gegenüberstand, versuchte die Kriegsmarine vollendete Tatsachen zu schaffen und organisierte diverse Aktivitäten, die den Erwerb von Kolonialgebieten begünstigen sollten. Führender Vertreter dieser expansionistischen Gruppe in der Kriegsmarine war Erzherzog Ferdinand Maximilian, der 1854 deren Kommandant wurde. Collosseus geht sogar soweit, persönliche Gründe für sein maritimes Engagement zu

vermuten: „Für den Erzherzog stellte die Marine mit ihren potentiellen Möglichkeiten gerade für seine Vorhaben ein geradezu ideales Betätigungsfeld dar, welches zu seiner Verfügung stand. Damit konnte er seine ihm innerhalb der Habsburger Dynastie zuerkannte Rolle als Zweitgeborener kompensieren, wie auch mit seiner später erfolgenden Aktion in Mexiko.“ (Colloseus 2008:119)

In die Reihe der Aktivitäten zur kolonialen Expansion Österreichs fallen sowohl öffentlich bekanntgemachte Expeditionen, wie die Weltumrundung der Fregatte SMS Novara, aber auch die Geheimmission von Wilhelm von Tegetthoff und Theodor von Heuglin, die die beiden 1857 ans Rote Meer führte. Sie sollten dort verschiedene Gebiete ob der Eignung als Deportationskolonie für Österreich untersuchen:

„Nun zum Zweck Ihrer und Heuglins Mission. Der bereits in Angriff genommene Bau des Kanals von Suez, der durch diesen zur Wichtigkeit gelangenden Handel mit Indien und dem übrigen Asien und endlich selbst auch die Notwendigkeit für die österreichische Monarchie ein Besitztum für Deportation zu erhalten, was in neuerer Zeit in jedem ausgedehnteren Staate zum wahren Bedürfnis geworden ist, machen es für Österreich wünschenswert, im Roten Meer eine Insel oder einen Küstenstrich an demselben zu besitzen, welches Besitztum durch Kauf, Schenkung oder auf sonst irgendeine Weise in Österreichs Eigentumsrecht gelangen müsste.“

(Österreichisches Staatsarchiv, Nachlass Tegetthoff, zitiert nach Colloseus 2008:158)

Die Mission war ein geheimes Unternehmen der Marine, von dem nicht einmal das österreichische Außenministerium wusste. Im Gegenteil, in den Instruktionen für Tegetthoff wird dezidiert darauf hingewiesen, dass die Mission auch vor dem Außenministerium verheimlicht werden müsse: *„Zu Ihrer beiden Richtschnur diene noch ferner, dass weder England noch Frankreich, noch irgend ein anderer europäischer Staat von dieser Absicht Österreichs bisher etwas weiss und dass selbst in Österreich kein anderes Ministerium von diesem Gegenstand in Kenntnis ist [...]“* (Österreichisches Staatsarchiv, Nachlass Tegetthoff, zitiert nach Colloseus 2008:158). Dieser Satz zeigt, dass koloniale Expansion von der offiziellen Außenpolitik nicht unterstützt wurde. Gehörte das Außenministerium zu den Kolonialbefürwortern, gäbe es ja keinen Grund, die Reise zu verheimlichen. Genau aus diesem Grund eignet sich die Mission Tegetthoff/Heuglin sehr gut, die Kernthese zu stützen, dass die Befürworter kolonialer

Expansion in Österreich ihre eigenen Partikularinteressen verfolgten und nicht zum politischen Mainstream gehörten.

5.5 Die zentralafrikanische Mission

Die Basis der Gründung der Zentralafrikanischen Mission war die Hoffnung, ähnlich wie in Paraguay, einen katholischen Staat in Afrika etablieren zu können. Die Mission drohte schon von Anfang an am Geldmangel zu scheitern, bis 1850 Österreich die Patronanz übernahm.

1845 richtete die *Congregatio de Propaganda Fide*, die Zentralbehörde des Vatikans zur Verbreitung des Katholizismus, die Mission für Zentralafrika ein. Auf den Sudan aufmerksam gemacht wurde die Propaganda Fide durch Annetto Casolani, einen jungen Kirchenmann aus Malta, der ihr einen Auszug aus Ignaz Pallmes Reiseberichten sandte (McEwan 1988:13). Ursprünglich sollten sich die Missionare über Tripolis an den Tschadsee und Timbuktu begeben. Da dies aber zu gefährlich erschien, beschloss man schließlich, über das Niltal nach Zentralafrika zu reisen. Außerdem gab es in Khartum bereits eine katholische Ansiedlung von Lazaristen. Somit siedelte sich das Apostolische Vikariat für Zentralafrika in Khartum an (McEwan 1988:16). In Folge des Revolutionsjahres 1848 ging der Propaganda Fide das Geld aus, worauf die Mission geschlossen werden sollte. Außerdem hatte die Mission in Khartum große Schwierigkeiten mit den ägyptischen Verwaltern des Sudan. Um die Schließung der Mission zu verhindern, wandte sich einer der Missionare, der aus St. Kanzian in Krain (heute Škocjan) stammende *Ignaz Knoblecher* in einem Brief an sein Heimatland, das gleichzeitig die offizielle Schutzmacht der Katholiken im Osmanischen Reich war, in Person des österreichischen Generalkonsuls in Alexandria, von Laurin. Knoblecher forderte, dass die Mission die offizielle Protektion des Habsburgerreiches erhalten müsse, dass Österreich der Mission einen Ferman des Khedive besorgen müsse, dass Kirchen und Schulen im Sudan gebaut werden dürfen und dass die Mission das offizielle Recht erhalte, christliche Waisen aufnehmen zu dürfen, ohne dass Regierungsvertreter dies behindern würden (McEwan 1988:22). Von Laurin unterstützte das Anliegen Knoblechers und kontaktierte

Wien. Von Laurin dachte dabei nicht nur an vermehrten politischen Einfluss, sondern auch an wirtschaftliche Vorteile für den österreichischen Export.

Außerdem war Österreich bereits seit längerem als Protektor der Katholiken in Ägypten nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich politisch und wirtschaftlich aktiv. Es hatte diese Rolle seit 1779 inne, als es die Protektion über die katholisch-koptische Kirche und ihre Angehörigen übernahm und dazu die Franziskanermission in Ägypten finanziell und politisch unterstützte (Fischer 2006:44). So wurde der Bau etlicher Kirchen, darunter jene von Assiut, der Hauptstadt Oberägyptens, von Österreich finanziert (Fischer 2006:129). Knoblecher wird sich also nicht nur deshalb an Österreich gewandt haben, weil er österreichischer Bürger war, sondern auch, weil es naheliegend war, genau jene Macht zur Unterstützung des Katholizismus im Sudan zu ersuchen, die diese Funktion in Ägypten inne hatte. Er erhielt im Herbst 1850 eine Audienz beim Kaiser und erreichte sein Ziel: Kaiser Franz Joseph übernahm die Protektion der Zentralafrikanischen Mission (Gritsch 1975:52-57). Knoblecher hatte zusätzlich zu den an von Laurin geschriebenen Punkten noch weitere Forderungen: Die Missionare wollten das Recht, sich selbständig und bewaffnet am Weißen und Blauen Nil bewegen zu können. Zur Finanzierung der Mission bat Knoblecher um Geldmittel aus dem Sklavenredemtionsfonds und um eine Spendensammelgenehmigung für die gesamte Habsburgermonarchie (Gritsch 1975:68).

Der Kaiser hatte vermutlich nicht nur zugestimmt, weil er offenbar wirklich überzeugt war, die katholische Kirche würde Gutes in die Welt tragen und ihm einen Platz im Himmel sichern, sondern auch, um anderen europäischen Mächten zuvorzukommen. Speziell Frankreich stritt mit Österreich regelmäßig um die Führungsrolle bei der Protektion der Katholiken im Osmanischen Reich (McEwan 1982:73). Aus der Schweiz und aus Großbritannien machten sich protestantische Missionsgesellschaften wie die Basler Missionare und die Church Missionary Society auf, um afrikanische Seelen für den Protestantismus zu gewinnen. Österreich hatte gegenüber anderen europäischen Staaten einen entscheidenden Vorteil im Sudan: Im Vertrag von Passarowitz 1718 gestand das Osmanische Reich Österreich die Rolle als Schutzmacht der Katholiken im Osmanischen Reich zu, zu dem der Sudan ja zumindest offiziell gehörte. Diese Rolle der Schutzmacht interpretierte Österreich nun immer umfassender und leitete daraus im

Prinzip das Recht ab, der katholischen Mission im Sudan Sonderrechte zu verschaffen (Sauer 2007:39).

Da die Missionstätigkeit mit dem vom Staat zur Verfügung stehenden Budget alleine nicht zu finanzieren war, gewann Knoblecher prominente Österreicher dafür einen Unterstützungsverein zu gründen. Am 10. Mai 1851 wurde der *Marien-Verein zur Beförderung der katholischen Mission in Central-Afrika* von der Regierung genehmigt. Der Verein war beim Spendensammeln sehr erfolgreich und nahm im ersten Jahr fast 26.000 Gulden ein.

Die offizielle Schutzmacht der Mission war Österreich, das Geld kam aus Österreich und immer mehr Missionare waren Österreicher. So wurde aus der international angelegten Mission für Zentralafrika schließlich die *Österreichische Mission*, wie sie auch bald, vor allem von ihren Gegnern, die sie sich genau mit diesem Anschließen an einen europäischen Staat gemacht hatte, genannt wurde. Die Missionare leisteten ihren Beitrag, als Agenten der imperialistischen Interessen Österreichs wahrgenommen zu werden, indem sie auf jedem Gebäude die österreichische Fahne hissten und bei jeder noch so kleinen Gelegenheit das Portrait des jungen Kaiser Franz Joseph vor sich hertrugen. Schon bald unterstellten Vertreter anderer europäischer Mächte den Habsburgern koloniale Ambitionen, die sie über die Mission umzusetzen gedachten. McEwan führt als Gegenargument allerdings an, dass einerseits in der Habsburgermonarchie keine Pläne für ein tatsächliches koloniales Engagement festzustellen wären (was für jene Zeit sehr ungewöhnlich war und für Vertreter anderer europäischer Mächte, wie zum Beispiel den britischen Konsul in Khartum, Petherick, völlig unverständlich gewesen sein muss), andererseits die Missionare, und mit ihnen der österreichische Konsul, der sich hinter „seine“ Missionare stellte, sehr deutlich gegen den Sklavenhandel auftraten und den Sklavenhändlern immer wieder Schwierigkeit machten (McEwan 1988:41f). Da die meisten Europäer in Khartum nach wie vor auch mit Sklavenhandel ihr Geld verdienten, war die Mission eine höchst lästige Einrichtung, die es möglichst schnell wieder loszuwerden galt – und mit ihr das österreichische Konsulat gleich dazu. Insofern ist es verständlich, dass die anderen Europäer in Khartum diverse Intrigen gegen die Mission schmiedeten und auch Österreich diverse Intentionen unterstellten, die dazu dienten, die Meinung, die der Khedive von der Mission und dem österreichischen Konsulat hatte, zu verschlechtern. In späteren Jahren intervenierte das Konsulat in Khartum über das Ge-

neralkonsulat in Alexandria direkt in Kairo, etwas gegen den Sklavenhandel zu unternehmen. So zog sich das Konsulat endgültig den Zorn der ägyptischen Verwaltung im Sudan zu, deren Vertreter vom Sklavenhandel profitierten (McEwan 1988:68). In Khartum standen also die Mission und das österreichische Konsulat alleine auf einer Seite, während auf der anderen Seite alle anderen Europäer und die Regierungsvertreter standen. Zusätzlich hatten die Missionare durch die Verteilung von Glasperlen im südlichen Sudan eine Hyperinflation verursacht, die den Wareneinkauf für die Händler deutlich verteuerte (Sauer 2007:41).

Mit den Erfolgen des Marienvereins beim Spendensammeln waren Geldsorgen für die Mission zweitrangig – aber als Gegenleistung für die Spenden, die teilweise auch von einflussreichen Adelligen stammten, mussten Erfolge präsentiert werden. Im südlichen Sudan wurde in *Gondokoro* im Gebiet der Bari eine Missionsstation gegründet. Weiter nördlich, im Gebiet der Dinka, wurde ebenfalls eine Station errichtet und *Heiligenkreuz* genannt. Gondokoro lag am Nilufer, auf einer überschwemmungsfreien Anhöhe, während Heiligenkreuz abseits des Nil in einem Sumpfgebiet lag. Da die neue Religion bei der freien Bevölkerung keinen Anklang fand, ging man dazu über, von arabischen Sklavenhändlern Kinder zu kaufen und in der Mission zu internieren bzw. möglichst schnell nach Europa zu schicken (Gritsch 1975:88 bzw. McEwan 1988:50, Fußnote 120)¹⁹. Nach dem Abschluss der Grundschule sollten sie selbst Missionare werden und in den Sudan zurückkehren. Aufgrund der geringen Überlebensrate der europäischen Missionare erschien das als einzige Möglichkeit, die Mission dauerhaft zu sichern. Aufgrund des Personalmangels in der Mission selbst und den damit verbundenen seltenen Europareisen, wurde das Ausschleusen der gekauften Kinder bald anderen Personen überlassen. Die Mission war somit zu einem Sklavenexporteur aufgestiegen.

Aufgrund des im südlichen Sudan herrschenden Klimas und der von den Stechmücken übertragenen Krankheiten waren bis ins Jahr 1858 bereits 19 von 23 Missionaren gestorben (McEwan 1988:57, Fußnote 140). Ignaz Knoblecher war einer der wenigen, der den Sudan überlebte – er starb allerdings auf einer Europareise. Die Mission wurde vom

¹⁹ Es ist zu bemerken, dass Gritsch wesentlich deutlicher anspricht, dass die Missionare Sklaven von Sklavenhändlern gekauft und dann nach Europa verschickt hatten. McEwan spricht im Fließtext nur von „freed African children“ und schreibt in der Fußnote, dass arabische Sklavenhändler den Missionaren bessere Preise machten, als die Europäer oder ihre Agenten. Somit kann bei McEwan nur indirekt geschlossen werden, dass die Missionare Kinder kauften.

neuen Provikar Matthäus Kirchner übernommen, der sie umorganisierte, da er erkannte, dass die Mission mit einer derart hohen Todesrate unter den Missionaren nicht nachhaltig bestehen würde. Er verlegte das Hauptquartier nach Shellal, an den ersten Nilkatarakt (also auf ägyptisches Gebiet) und reduzierte die Zeit, in der sich die Missionare im Sudan aufhielten. Außerdem wurde überlegt, die Mission einem Orden zu übergeben, um für mehr Personalschub aus Europa zu sorgen, was dann aber doch nicht umgesetzt wurde (McEwan 1988:60).

Die Missionsstation in Gondokoro wurde 1858, die in Heiligenkreuz um 1860 geschlossen (Gritsch 1975:85). Gritsch führt die Schließung vor allem auf die kurze Lebenserwartung der Missionare und die Misserfolge bei der Missionierung selbst zurück, während McEwan die Überfälle und Behinderungen durch die (angeblich vor allem britischen, französischen und maltesischen) Sklaven- und Elfenbeinjäger als Grund für die Schließung sieht (McEwan 1988:65). Nachdem der Hauptsitz nach Shellal verlegt worden war, wurde das Personal aus Khartum abgezogen. Die Schüler flohen größtenteils. Das Gebäude wurde dem österreichischen Konsulat zur treuhänderischen Verwaltung übergeben (McEwan 1988:70).

1861 trat Kirchner zurück, nachdem er den Franziskanerorden dazu gebracht hatte, die Mission zu übernehmen. Der Steirer Pater Johannes Reinthaler wurde neuer Provikar. Es gelang ihm, insgesamt 51 Personen für die Missionsarbeit im Sudan zu gewinnen. Sie begaben sich noch im Jahr 1861 nach Shellal, danach sollten sie sich auf die Station in Heiligenkreuz konzentrieren – jedenfalls war das Reinthalers Plan. Es ist nicht überliefert, in welcher Weise die neuen Missionare auf ihren Einsatz vorbereitet wurden. Jedenfalls dürften die Umstände im Sudan für sie überraschend unangenehm gewesen sein. Nach vier Monaten waren nur mehr fünf von 51 Personen vor Ort – nicht einmal im Sudan, sondern in Oberägypten! Der Rest war zurück nach Europa gegangen (McEwan 1988:71f).

Mittlerweile war auch in Europa das Bild von der erfolgreichen Mission nicht mehr aufrechtzuerhalten, was dazu führte, dass die Spendeneinnahmen sanken. Im Jahr 1862 kehrten alle Missionare nach Europa zurück, nur die Kirche in Khartum blieb bestehen (Gritsch 1975:88f).

Österreich hatte sich mit Hilfe vor allem privater Spendengelder durch die Mission kurzfristig einen beträchtlichen Einfluss verschafft – allerdings war dieser Einfluss weder ökonomisch noch politisch nachhaltig. Was von der Mission blieb sind erste linguistische Studien zu einigen Sprachen des südlichen Sudan, die den Grundstein für die Etablierung der Afrikanistik als wissenschaftliche Disziplin an der Universität Wien legen sollten – einer Disziplin, die bis heute an ihrer problematischen Geschichte laboriert, als Hilfsmittel zur Unterdrückung ihres Forschungsgegenstandes Afrika benutzt worden zu sein und deren Protagonisten oft willfährige Helfer eben dieser Unterdrückung waren.

Wenn ich mich nun wieder den Interessen Österreichs zuwende, so ergibt die Analyse, dass die Geschichte der Zentralafrikanischen Mission vor allem ein Lehrbeispiel dafür ist, wie solch ein Projekt scheitern muss. Erstens gab es keinen Bedarf unter der Bevölkerung, die neue Religion zu übernehmen. Zweitens verstanden und respektieren die Missionare die Gesellschaften in ihrem Umfeld nicht. Drittens wurden, anstatt dem Sklavenhandel entgegenzuwirken, von Missionaren selbst Sklaven gekauft, um irgendwie an Menschen heranzukommen, die man taufen konnte (Sauer 2007:42).

Bei der Auswahl der Orte für die Missionsstationen war schnell klar, dass das Klima für Europäer, denen noch dazu keine ausreichende Zeit zur Akklimatisierung gegeben wurde, mörderisch war. Heiligenkreuz lag darüber hinaus mitten in einem Sumpfgebiet. Selbst wenn man 1850 noch keine Details über von Stechmücken übertragene Krankheiten wusste, so war doch klar, dass Stechmücken in Sümpfen vermehrt auftreten und der Gesundheit von Europäern nicht zuträglich sind. Selbst als die Aussichtslosigkeit des Projektes offensichtlich war *„fand sich immer einer, der Provikar werden will und mit neuen Plänen hervorrückte [...]“* (zit. nach Gritsch 1975:93).

Nach dem Ende der Österreichischen Mission übernahmen ab 1867 italienische Missionare unter der Leitung von Daniele Comboni²⁰ die Stationen im Sudan und gründeten ein Missionszentrum in Kairo, in dem sich die neuen Missionare akklimatisieren sollten und ihre Ausbildung erhielten. Die enge Zusammenarbeit mit dem österreichischen Konsulat ging verloren und kippte gegen Ende der 1870er Jahre in ein konflikthafte

²⁰ Aus Combonis Missionsinstitut wurden später die Orden der Comboni-Missionare bzw. der Comboni-Missionsschwestern

Verhältnis, da Comboni kaum Kontrolle über das, was in der Missionsstation in Khartum passierte, ausüben konnte. Dort hatten die Missionare ihre Anlagen zu einem Asyl für entlaufene Sklaven (vor allem Sklavinnen) umfunktioniert, was die Mission in Khartum selbst nicht unbedingt beliebt machte. Der zu jenem Zeitpunkt amtierende österreichische Konsul Martin Hansal schrieb lange Berichte an Kairo und schaffte es schließlich, dass der von ihm so kritisierte Pater Fabian Pfeifer abberufen wurde (McEwan 1988:85). Trotzdem gingen die Probleme weiter, da sich auch die Nachfolger Pfeifers kaum anders verhielten: Entlaufenen Sklaven wurde Asyl gegeben, und zusätzlich begannen Probleme mit der Bezahlung diverser Dienstleistungen. Die Missionare selbst lehnten die Protektion durch Österreich ab, und Hansal wurde mehrmals beleidigt (McEwan 1988:101). Die Mahdiya setzte der Mission und dem Konsulat, die zunächst mit- und dann gegeneinander gearbeitet hatten, ein blutiges Ende.

5.6 Die Missionsvereine in Österreich

In Österreich selbst wurde der *Marien-Verein zur Beförderung der katholischen Mission in Central-Afrika* mit Sitz in St. Gabriel bei Mödling als Trägerorganisation gegründet, der groß angelegtes Fundraising betrieb und zu damals neuen Werbemitteln, wie den in großer Auflage produzierten *Jahresberichten*, griff. Die Jahresberichte enthielten Berichte der Missionare, Reproduktionen von Holzschnitten der Missionseinrichtungen und einen Rechenschaftsbericht, der ausführliche Aufstellungen über die Spenden an den Missionsverein enthielt²¹. Dadurch erhöhte sich der Bekanntheitsgrad der österreichischen Aktivitäten im Sudan in der Öffentlichkeit merklich (Sauer 2007:40). Die katholische Mission gewann an Popularität und konnte über Spendensammlungen hohe Summen lukrieren, die vor allem von ärmeren sozialen Schichten und Frauen gespendet wurden. Organisiert wurden die Sammlungen für die Mission über die Pfarren (Sauer 2007:77).

²¹ Viele Jahresberichte sind mittlerweile digitalisiert und werden z.B. von der Universitätsbibliothek Wien oder von Google Books frei zugänglich ins Internet gestellt. Sie sind zu finden, indem der Suchbegriff *Jahresbericht des Marien-Verein zur Beförderung der katholischen Mission in Central-Afrika* in Google eingegeben wird (09.02.2013).

Im Sudan selbst war die Lage deutlich anders als in den Jahresberichten dargestellt, wie das vorangegangene Kapitel ausführlich schildert. Um dennoch in Österreich den Schein des Erfolges aufrecht zu erhalten, wurden von den Missionaren regelmäßig Kinder auf Sklavenmärkten gekauft und nach Österreich geschmuggelt (Sauer 2007:43). 1859 wurde der Sklavenhandel durch Missionare eingestellt, nachdem er zu diplomatischen Verwicklungen geführt hatte. Anschließend war auch in Österreich klar, dass es um die Mission nicht gut stand. Als Folge davon gingen die Spendeneinnahmen zurück, was auch dazu beitrug, dass die Mission geschlossen wurde.

6. Schlussbetrachtung

Warum Österreicher in den Sudan gingen

Es mussten zahlreiche Vorbedingungen erfüllt werden, damit die österreichische Präsenz im Sudan entstehen konnte. Diese Bedingungen betrafen sowohl den Sudan als auch Europa.

In Europa schuf die Doppelrevolution eine neue Welt. Es bildeten sich neue Bevölkerungsgruppen, unter denen sich auch jene Männer befanden, die sich in den Sudan begaben. In den Köpfen der Menschen entstand ein völlig neues Weltbild, das ein neues Lebensziel enthielt: gesellschaftlichen Aufstieg (oder auch das Verhindern von gesellschaftlichem Abstieg). Aufgrund dieses neuen Konzeptes von der Betrachtung der Welt keimte überhaupt erst der Gedanke, Reisen in ferne Länder zu unternehmen, um dort erfolgreich zu sein, was zuhause einen sozialen Aufstieg ermöglichte. Das war das Bedürfnis, das existieren musste, damit jemand überhaupt auf die Idee kam, seinen Wohnort zu verlassen. Dieses Bedürfnis entstand dann, im Detail betrachtet, aus unterschiedlichsten Gründen, die sich aber im oben angeführten Überbegriff des Strebens nach gesellschaftlichem Aufstieg zusammenfassen lassen. Die Militärs *Zuccoli*, *Frediani* und *Cornaro* gingen in den Sudan, weil sie in Europa arbeitslos gewesen wären. Der Händler Pallme hielt sich bereits in Kairo auf und ging in den Sudan, weil er dort Chancen sah, noch mehr Geld zu verdienen, als dies in Kairo möglich war. Noch 100 Jahre zuvor hätte er vermutlich den Handel zwischen zwei kleinen Markorten kontrolliert, hätte damit einen bescheidenen Wohlstand aufgebaut und wäre damit Zeit seines Lebens glücklich gewesen. Nach der Doppelrevolution war das anders.

Im 19. Jahrhundert hatte auch die erste Informationsrevolution stattgefunden und es standen wesentlich mehr Informationen zur Verfügung als früher. So war überhaupt erst bekannt geworden, dass es in Ägypten bzw. im Sudan möglicherweise Chancen für geschäftlichen Erfolg gab. Neben diesem individuellen Bedürfnis nach sozialem Aufstieg und den Informationen, dass dieser möglicherweise mit einer Reise nach Ägypten oder in den Sudan zu erreichen war, gab es zusätzliche Bedingungen, die ebenfalls erst im 19. Jahrhundert erfüllt wurden, um die Reise in den Sudan antreten zu können. Technischer Fortschritt erlaubte eine relativ bezahlbare und vergleichsweise unkomplizierte

Reise nach Triest und dann nach Kairo, das als Sprungbrett in den Sudan fungierte. Dass in Kairo bzw. im Sudan weitgehend europäische Spielregeln herrschten, die es den Europäern erlaubten, ihren Geschäften nachzugehen, ist dem über allem stehenden Prozess der Expansion Europas zuzuschreiben. Diese unaufhaltsame Expansion Europas gliederte das Osmanische Reich überhaupt erst in die europäische Einflussosphäre ein und ermöglichte so die politische Stabilität, die auf jahrhundertealten Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich und Europa fußte und den Reisenden die notwendige Rechtssicherheit gab. Der Sudan musste nicht erst von den Europäern zugänglich gemacht werden: Die ägyptische Expansion hatte große Teile des Sudans bereits zugänglich gemacht.

Im speziellen Fall Sudan gab es noch einen Faktor, der Reisen von Österreichern weiter begünstigte – und so vermutlich dafür sorgte, dass im Sudan mehr Österreicher präsent waren, als in anderen neu zugänglichen Gebieten an Europas Peripherie. Dieser Faktor war Kairo. In Kairo gab es bereits eine österreichische Gemeinschaft. Es fällt auf, dass viele Österreicher, die sich später im Sudan wiederfanden, eigentlich gar nicht dorthin wollten, sondern zunächst nach Kairo reisten. In Kairo erhielten sie dann die Gelegenheit, in den Sudan zu reisen – oder im Falle der Geschäftsleute die Informationen, die sie dann dazu bewogen, in den Sudan zu gehen.

All diese Faktoren trafen in den Jahren 1820-1860 zusammen, weshalb zu jener Zeit das Phänomen *Österreicher im Sudan* auftrat.

Das staatliche Engagement Österreichs

Die ersten Österreicher im Sudan waren die Wegbereiter des staatlichen Engagements. Russeger, Kotschy und Pallme lieferten Informationen über den Sudan nach Wien, sodass dessen Existenz als Wirtschaftsraum überhaupt erst bei den relevanten Stellen bekannt wurde. Danach wurde die österreichische Präsenz im Sudan auf staatliche Initiative hin eingerichtet, um den Handel auszubauen. Diese Reihenfolge bei der Expansion einer Einflussosphäre ist relativ selten zu beobachten. Üblicherweise wurden im Zuge des Imperialismus des 19. Jahrhunderts die europäischen Staaten erst dann tätig, wenn sich die imperialistischen Akteure vor Ort relativ fest etabliert hatten, sodass sie mit Hilfe ihrer politischen Werkzeuge in der Metropole – den prokolonialen Interessengruppen – Einfluss auf die Politik der Metropole ausüben konnten. Aufgrund des

Drucks dieser prokolonialen Interessengruppen wurden die Staaten dann tätig und investierten staatliches Geld in den Aufbau einer offiziellen Präsenz an der Peripherie. Die Staaten waren deshalb zurückhaltend, weil der Unterhalt einer Präsenz in peripheren Regionen viel Geld kostete und immer wieder für diplomatische Verwicklungen innerhalb Europas sorgte.

Österreich ging im Sudan anders vor. Es eröffnete ein Konsulat, ohne dass es eine größere Kolonie an Österreichern in Khartum gegeben hätte. Übernahm Österreich zusätzlich zur Finanzierung des Konsulates auch die Protektion über die zentralafrikanische Mission, um damit einen staatlich induzierten Einfluss in der Region begründen zu können, ohne dass die österreichischen *Agents of an expanding society* (Robinson 1972:118f) vorhanden waren? Da dieses Szenario nicht wahrscheinlich ist, liegt es näher, im Levantehandel die Ursache für die Konsulatsgründung zu suchen: Bedingt durch die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im 19. Jahrhundert hatte Österreich ein Handelsinteresse in der Levante. Der Levantehandel stieg zwar im 19. Jahrhundert deutlich an, hatte aber bereits zuvor eine lange Tradition gehabt und sollte auch nach dem 19. Jahrhundert fortgeführt werden. Im Zuge der Bemühungen, die Position Österreichs im Levantehandel zu verbessern, nützte man das Privileg, Konsulate eröffnen zu dürfen. Es wurden an allen möglichen Orten im Osmanischen Reich Konsulate eröffnet. So auch in Khartum. Als klar war, dass es dort keine nennenswerten Chancen für österreichischen Handel gab, sollte die Präsenz wieder geschlossen werden. Das Kuriosum am Khartumer Konsulat mag sein, dass es jemanden gab, der kostenlos weiterarbeiten wollte, worauf das Konsulat nicht geschlossen wurde.

Es mag im Vergleich zur imperialistischen Präsenz anderer europäischer Staaten übertrieben sein, im Falle Österreichs überhaupt von imperialistischer Präsenz im Sudan zu sprechen. Außer einem nicht immer anwesenden österreichischen Beamten und einer kleinen Gruppe Missionare, die das Portrait des österreichischen Kaisers herumschleppten und bei jeder Gelegenheit herzeigten, gab es wenig, was man Präsenz nennen könnte. Es ist illusorisch anzunehmen, dass Österreich über irgendwelche militärischen oder politischen Mittel verfügt hätte, seine „Präsenz“ im Sudan im Fall des Falles zu verteidigen. Die Phänomene, die als „österreichischer Einfluss“ gedeutet wurden, wie die österreichische Beflaggung der meisten Handelsschiffe am Nil südlich von Khartum während sehr kurzer Zeit, sind meines Erachtens auf die Initiative von Einzelpersonen

zurückzuführen und keine Zeichen von österreichischem Einfluss. Dieser angebliche Einfluss konnte deshalb kurze Zeit bestehen, weil er von anderen europäischen Mächten toleriert wurde.

Zusätzlich gab es im Sudan insgesamt nur eine kleine Zahl an Europäern, weshalb die österreichische Präsenz auffälliger war als anderswo. Trotzdem hatte die österreichische Präsenz im Sudan außerhalb des Sudan keine nennenswerte Bedeutung. Das zeigt sich auch darin, dass das Konsulat in Khartum in der Literatur, die sich mit der Gesamtheit der österreichischen Beziehungen zur Levante befasst, bestenfalls eine Fußnote darstellt. Ausführlich wird es nur in der Literatur behandelt, die sich explizit mit Österreich und dem Sudan auseinandersetzt.

Aufgrund all dieser Beobachtungen und Überlegungen liegt es aus meiner Sicht nahe anzunehmen, dass es keinen imperialistischen Plan und keine imperialistische Strategie gab, die von Seiten des offiziellen Österreich im Sudan verfolgt wurde. Wenn man die Geschehnisse im Sudan aus diesem Blickwinkel betrachtet, dann ergeben sich nämlich keine Widersprüche und keine österreichischen Kuriosa im Vergleich zu den imperialistischen Strategien anderer Staaten. Sämtliches Geschehen lässt sich auf die Initiative von Personen zurückführen, die einen persönlichen Vorteil aus staatlicher Unterstützung erwarteten. Also versuchten sie durch Interventionen, den Staat dazu zu bewegen, sich in ihrem Interesse zu engagieren.

Zu erwähnen ist noch, dass es zur Zeit der Österreicher im Sudan auch noch keinen Grund für den Staat gegeben hätte, sich imperialistisch zu engagieren. Bis kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts fehlten wesentliche ökonomische Voraussetzungen für einen imperialistischen Handlungsbedarf des Staates, da noch nicht genügend industrielle Exportinteressen vorhanden waren, die einen entsprechenden Druck auf die Außenpolitik hätten ausüben können. Eine Änderung sei in Österreich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingetreten (Kolm 2001:283f).

Das Argument, dass Österreich keinen imperialistischen Plan verfolgte, sondern außenpolitisch relativ planlos herumirrte, vertreten auch andere. Zach schreibt in seinem Aufsatz zu Pallme: „*Trotz der Tegetthoff-Heuglin-Expedition und der Errichtung eines Vizekonsulates in Massawa sind keine ernsthaften Bestrebungen Österreichs erkennbar,*

in Nordostafrika kolonial Fuß zu fassen.“ Die österreichische Außenpolitik wäre mit der Pflege der Beziehungen zum Osmanischen Reich, mit den Spannungen am Balkan, mit der Verlust Norditaliens sowie mit dem Ausgleich mit Ungarn und dem schwelenden Konflikt mit Preußen so gefordert, dass sie weder Interesse noch Kapazität gehabt hätte, sich in Nordostafrika zu engagieren (Zach 2007b:102).

Evelyn Kolm beschäftigte sich mit österreichischen Imperialismusstrategien gegen Ende des 19. Jahrhunderts und kommt zu noch deutlicheren Urteilen als ich. Sie unterstellt der österreichischen Außenpolitik nicht nur simple Planlosigkeit, wie ich es tue, sondern meint sogar, dass das hilflose Agieren zur Zeit des Imperialismus Österreich geschadet hätte. Jeder Versuch Österreichs, an Europas Expansion teilzuhaben und sich imperialistisch zu betätigen, hätte im genauen Gegenteil geendet: Innen- und außenpolitische Probleme hätten sich verstärkt und so und die Position der Großmacht Österreich in Europa geschwächt (Kolm 2001:254). Auf das österreichische Settlement im chinesischen Tientsin zu Ende des 19. Jahrhunderts bezogen schreibt sie: „*Wiederum zeigt sich hier das alte Dilemma: es war in Österreich-Ungarn unmöglich, größere Summen für Investitionen in koloniale Unternehmungen aufzutreiben, weder die Regierung noch private Unternehmer zeigten dazu Bereitschaft, und jeder schob der anderen Seite die Verantwortung dafür zu.*“ (Kolm 2001:93). Das österreichische Engagement in China fand erst Ende des 19. Jahrhunderts statt, und trotzdem ergaben sich die gleichen Probleme wie bei der österreichischen Sudanpolitik.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die österreichische Außenpolitik zu Beginn des 19. Jahrhunderts geplanter und koordinierter agierte als gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Dies alles stützt meine Annahme, dass es kein systematisches staatliches Engagement Österreichs im Sudan gab. Das was als staatliches Engagement Österreichs interpretiert wird, sind Einzelaktionen von staatlichen Stellen, die auf Intervention von Privatpersonen erfolgten. Diese Interventionen wiederum fanden statt, da sich diese Personen einen persönlichen Vorteil aus staatlichem Engagement erhofften.

Die Bedeutung der Österreicher im Sudan

Es gibt trotzdem einen sehr guten Grund, sich mit dem Phänomen *Österreicher im Sudan* auseinanderzusetzen. Es war quasi „*Imperialismus en Miniature*“. Es lässt sich anhand des Phänomens ganz wunderbar aufgrund der guten zeitlichen Abgrenzbarkeit, der

geringen Zahl an involvierten Personen und des außergewöhnlich guten Dokumentationsstandes die imperialistische Grundsubstanz herausdestillieren. Außerdem lassen sich Rückschlüsse auf die imperialistischen Bestrebungen anderer europäischer Mächte ziehen. Da Österreich, das sonst kaum imperialistisches Engagement gezeigt hat, auch in Konflikte in der Region involviert war ist es eines der wenigen Phänomene, die genutzt werden können, um österreichische Imperialismusstrategien zu analysieren.

7. Literatur

Agstner, R. (1993). Das k.k. (k. u. k.) Konsulat für Central-Afrika in Khartoum 1850-1885. Kairo.

Agstner, R. (2010). Der Pallazzo di Venetia in Konstantinopel als k.k. Internuntiaturs- und k.u.k. Botschaft bei der Hohen Pforte. Österreich in Istanbul K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich. R. Agstner und E. Samsinger. Wien u.a., Lit-Verlag

Aksan, V. (2006). 5: War and peace. The Cambridge History of Turkey 2: The Later Ottoman Empire, 1603-1839. S. Faroqhi. Cambridge, Cambridge Histories Online (Cambridge University Press).

Angerlehner, R. (1968). Österreichischer Schiffsverkehr und Seehandel 1815-1838. Wien, Unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien.

Ansprenger, F. (2004). Geschichte Afrikas. München, C. H. Beck.

Asiwaju, A. I. (1977). "The Funj Sultanate of Sennar, c. 1500-1821." Tarikh 5(2): 16-25.

Bezanson, A. (1922). "The Early Use of the Term Industrial Revolution." Quarterly Journal of Economics 36: 343.

Black, J. (2002). Europe and the World, 1650-1830. London, Routledge.

Brook-Shepherd, G. (1972). Slatin Pascha - ein abenteuerliches Leben. Wien, Molden.

Brown, M. B. (1972). A critique of Marxist theories of imperialism. Studies in the theory of imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 35-70.

Brusatti, A. (1979). Technik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dargestellt an der industriellen Revolution in Österreich. Betrachtungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Ausgewählte Schriften von Alois Brusatti aus Anlass seines 60. Geburtstages. H. Matis, K. Bachinger und H. Koller. Berlin, Duncker & Humblot: 67-77.

Brusatti, A. (1979a). Der österreichische Außenhandel um 1820. Betrachtungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Ausgewählte Schriften von Alois Brusatti aus Anlass seines 60. Geburtstages. H. Matis, K. Bachinger und H. Koller. Berlin, Duncker & Humblot: 141-153.

Collins, R. O. (1975). The Southern Sudan in historical perspective. Tel Aviv, Israel Press Ltd.

Colloseus, G. (2008). Ein österreichisches Schicksal? Analyse von Kolonialprojekten am Beispiel der Mission Tegetthoffs und Heuglins ins Rote Meer 1857/58. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Coons, R. E. (1975). Steamships, Statesmen, and Bureaucrats. Austrian Policy towards the Steam Navigation Company of the Austrian Lloyd 1836-1848. Wiesbaden, Franz Steiner.

Darling, L. T. (2006). The Cambridge History of Turkey 6: Public finances: the role of the Ottoman centre. The Later Ottoman Empire, 1603–1839. S. N. Faroqhi. Cambridge, Cambridge University Press.

de Montesquieu, C. und K. Weigand (1994). Vom Geist der Gesetze, P. Reclam.

Diop, C. A. (1974). The African origin of civilization. Chicago, Ill., Lawrence Hill Books.

Eigner, P. und A. Helige, Eds. (1999). Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Wien, Christian Brandstätter.

Fahmy, K. (1998). The era of Muhammad 'Ali Pasha, 1805-1848. The Cambridge History of Egypt: Modern Egypt, from 1517 to the end of the twentieth century. Cambridge, Cambridge University Press.

Faroqhi, S. (2000). Geschichte des Osmanischen Reiches. München, C. H. Beck.

Fischer, R.-T. (2006). Österreich im Nahen Osten. Die Großmachtpolitik der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633 - 1918, Wien u.a., Böhlau.

Flandorfer, E. (1971). Rudolf Slatin. Pascha und Baron - das abenteuerliche Leben eines Österreichers in zwei Erdteilen, Universität Wien. Dissertation.

Fleet, K. (2009). The Turkish economy, 1071–1453. The Cambridge History of Turkey 1: Byzantium to Turkey, 1071–1453. Cambridge, Cambridge Histories Online (Cambridge University Press).

Gray, R. (1961). A history of the southern Sudan 1839-1889. Oxford, Oxford University Press.

Gritsch, M. (1975). Die Beziehungen Österreich-Ungarns zum ägyptischen Sudan. Die staatlichen, kirchlichen sowie privaten Interessen und Unternehmungen in diesem Raume. Wien, Unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien.

Hobsbawm, E. J. (1962). Europäische Revolutionen. Zürich, Kindler.

Hobsbawm, E. J. (1996a). The Age of Capital. New York, Vintage Books.

Hobsbawm, E. J. (1996b). The Age of Revolution. New York, Vintage Books.

Holt, P. M. und M. W. Daly (2000). A history of the Sudan from the coming of Islam to the present day. Harlow, Pearson.

Jordan, S. (2009). Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft. Paderborn, Ferdinand Schöningh.

Kemp, T. (1972). The Marxist theory of imperialism. Studies in the theory of imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 15-34.

Kennedy, H. (1998). Egypt as a province in the Islamic caliphate, 641-868. The Cambridge History of Egypt: Islamic Egypt, 640-1517. Cambridge, Cambridge University Press.

Koller, M. (2010) Die osmanische Geschichte Südosteuropas. Europäische Geschichte Online (EGO)

Kolm, E. (2001). Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. Frankfurt am Main ; Wien u.a., Lang.

Kornfeind, K. M. (2004). Ernst Marno als "Biedermann" im Sudan des 19. Jahrhunderts; Leben und Wirken eines österreichischen Afrikareisenden.

Lackner, H. (1995). Das Fabriksprodukten-Kabinet, das polytechnische Institut und die Anfänge der Industrialisierung in der österreichischen Monarchie. Das k. k. Fabriksprodukten-Kabinet. Technik und Design des Biedermeier. T. Werner. München, Prestel: 44-67.

Lindner, R. P. (2009). 4: Anatolia, 1300–1451. The Cambridge History of Turkey 1: Byzantium to Turkey, 1071-1453. K. Fleet. Cambridge, Cambridge Histories Online (Cambridge University Press).

Locke, J. (1690). Second Treatise of Government, Project Gutenberg.

Magdoff, H. (1972). Imperialism without colonies. Studies in the theory of imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 144-170.

Marx, K. und F. Engels (1989). Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Berlin.

McEwan, D. (1982). Habsburg als Schutzmacht der Katholiken in Ägypten. Kairo, Österreichisches Kulturinstitut Kairo.

McEwan, D. (1988). A Catholic Sudan: dream, mission, reality. Roma, Stabilimento Tipografico Julia.

Midgley, C., Ed. (1998). Gender and Imperialism. Studies in Imperialism. Manchester, Manchester University Press.

Neveril, G. (1999). Österreichische Afrikareiseberichte des 19. Jahrhunderts als Nachrichtenquellen dargestellt am Beispiel "Feuer und Schwert im Sudan" von Rudolf Slatin.

Nonn, C. (2007). Das 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn, Ferdinand Schöningh.

Northrup, S. L. (1998). The Bahri Mamluk sultanate, 1250-1390. Islamic Egypt, 640-1517. Cambridge, Cambridge University Press.

- O'Fahey, R. S. (1980). State and society in Darfur. London, Hurst.
- O'Fahey, R. S. und J. L. Spaulding (1974). Kingdoms of the Sudan. London, Methuen.
- Osterhammel, J. (2011). Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München, C. H. Beck.
- Owen, R. (1972a). Egypt and Europe: from French expedition to British occupation. Studies in the theory of imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 195-209.
- Owen, R. (1972b). Introduction. Studies in the theory of imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 1-11.
- Owen, R. (1981). The Middle East in the World Economy 1800-1914. London, Methuen & Co.
- Prebisch, R. (1950). The economic development of Latin America and its principal problems. Lake Success, United Nations, Dept. of Economic Affairs.
- Reinkowski, M. (2006) Das Osmanische Reich - ein antikoloniales Imperium? Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3,
- Reinton, P. O. (1971). "Imperialism and the Southern Sudan." Journal of Peace Research 8(3/4): 239-247.
- Revel, J. (2003). History and the Social Sciences. The Cambridge History of Science. Cambridge, Cambridge University Press: 391-404.
- Robinson, R. (1972). Non-European foundations of European imperialism: sketch for a theory of collaboration. Studies in the Theory of Imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 117-142.
- Robinson, R., J. Gallagher, et al. (1961). Africa and the Victorians. London, Macmillan.
- Rostow, W. W. (1960). The stages of economic growth Cambridge, University Press.
- Said, E. W. (1978). Orientalism. New York, Pantheon.
- Sanderson, N. G. (1985). The Nile Basin and the Eastern Horn, 1870-1908. The Cambridge History of Africa Volume 6: From 1870 to 1905. Cambridge, Cambridge University Press: 592-679.
- Sandgruber, R. (1995). Ökonomie und Politik: Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien, Ueberreuter.
- Sauer, W. (2007). Schwarz-Gelb in Afrika. Habsburgermonarchie und koloniale Frage. k. u. k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika. W. Sauer. Wien, Böhlau: 17-78.

Smith, A. (1990). Reichtum der Nationen. Paderborn, Voltmedia.

Sommerauer, E. (2010) Die Afrikanistik in Österreich, 1824-1992.

Stiansen, E. (2007). Franz Binder. Ein europäischer Araber im Sudan. k. u. k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika. W. Sauer. Wien, Böhlau: 111-126.

Tafla, B. (1994). Ethiopia and Austria. Wiesbaden, Harrassowitz.

Theobald, A. B. (1959). "Darfur and its neighbours under Sultan Ali Dinar 1898-1916." Sudan Notes and Records 40: 113-120.

Walter, R. (2006). Geschichte der Weltwirtschaft. Köln, Böhlau.

Wehler, H.-U. (1972). Industrial growth and Early German imperialism. Studies in the theory of imperialism. R. Owen und B. Sutcliffe. London, Longman: 71-92.

Winkler, D. und G. Pawlik (1989). Der Österreichische Lloyd 1836 bis heute. Graz, Weishaupt.

Winter, M. (1998). The Ottoman occupation. The Cambridge History of Egypt: Islamic Egypt, 640-1517. Cambridge, Cambridge University Press.

Zach, M. (1985). Österreicher im Sudan 1820 - 1914. Wien, Afro-Pub.

Zach, M. (2007a). "Eduard Ferdinand Freiherr von Callot: Ein Pionier der Sudanarchäologie? Korrekturen zu GM 79, 83 und 85." Göttinger Miszellen 213: 105-110.

Zach, M. (2007b). Ignaz Pallme. Ein unbekannter Kolonialentwurf für Nordostafrika aus dem Jahr 1851. k. u. k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika. W. Sauer. Wien, Böhlau: 79-109.

8. Kurzfassung (deutsch)

In der vorliegenden Diplomarbeit wird untersucht, warum es im 19. Jahrhundert zu einer österreichischen Präsenz im Sudan kam, und wie die im Sudan befindlichen Österreicher mit prokolonialen Gruppen in der Metropole zusammenarbeiteten. Sie bedient sich dabei verschiedener Imperialismustheorien.

Im ersten Teil werden die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen untersucht, die Österreich Anfang des 19. Jahrhunderts erfuhr. Diese Veränderungen sind vor allem Auswirkungen der Französischen Revolution und der Industrialisierung Großbritanniens, und führten zu einer allgemeinen Expansion Europas, in deren Rahmen sich Österreicher in den Sudan begaben. Die Gründe, warum die Österreicher den Sudan und nicht in andere Gebiete Afrikas als Ziel wählten, lagen im besonderen Verhältnis Österreichs zum Osmanischen Reich und in der Expansion Ägyptens. Die Annexion des Sudan durch Ägypten 1820 machte die Gebiete Europäern relativ leicht zugänglich.

Der zweite Teil untersucht die Interaktionen zwischen den Österreichern im Sudan und dem prokolonialen Cluster in der Metropole. Die *Men on the Spot*, Händler und Missionare erwarteten persönliche Vorteile von einem staatlichen Engagement im Sudan, weshalb sie versuchten, über Verbündete in der Metropole Einfluss auf die Politik in Österreich zu nehmen. Auch gab es unabhängig von den Händlern und Missionaren im Sudan Interessensgruppen in der Metropole, die von einer imperialen Expansion profitierten. Zu diesen gehörten die Händler und zivilen Seefahrer rund um den Österreichischen Lloyd und die Kriegsmarine. Letztendlich entscheidend war der Levantehandel. Offenbar konnte sich die Gruppe rund um den Österreichischen Lloyd den meisten Einfluss in den entscheidenden politischen Kreisen verschaffen. Als die Präsenz im Sudan keinen Nutzen mehr für den Lloyd bot, wurde sie sehr schnell aufgegeben.

Die Bedeutung der *Österreicher im Sudan* liegt darin, dass es eines der seltenen Phänomene ist, anhand dessen sich österreichische Imperialismusstrategien untersuchen lassen.

9. Abstract (english)

In the diploma thesis at hand I analyze how an Austrian presence in the Sudan was established in the 19th century and how the Austrians in the Sudan worked together with pressure groups in Austria. The thesis relies on several theories on imperialism.

In the first part, the social, economic and political transformation Austria experienced as a consequence of the French Revolution and rapid industrialization in Great Britain is examined as these two processes led to the European expansion that changed the world in the 19th century. It was in the course of this European expansion that Austrians decided to go abroad. They chose the Sudan as their destination as Austria already had fostered century-long connections with the Ottoman Empire and because of the expansion of its province Egypt southwards. The annexing of the Sudan by Egypt in 1820 opened up the region for European interests and eased traveling for Europeans.

In the second part interactions between the Austrians in the Sudan and the pro-colonial cluster in Austria are studied. The men on the spot, merchants and missionaries, expected personal advantages if they managed to convince Austria of an official engagement in the Sudan. Therefore they tried to gain influence on Austrian politics via their agents in Austria. Independent from these groups, others had interest in imperial expansion, too. These groups were the merchants and civilian seafarers around the Austrian Lloyd and the Austrian Navy. Decisive for the Austrian engagement in the Sudan proved the commercial interest in the Levant. It is obvious that the pressure group centered on the Austrian Lloyd had the greatest influence on the Austrian government. As the engagement in the Sudan proved not to be helpful for the Lloyd and its allies any more, it was closed down.

The significance of the Austrians in the Sudan lies in the fact that it is one of the few phenomena that allows scholars to study Austria's imperialist strategies.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Philipp Weingartshofer
E-Mail: philipp@weingartshofer.eu
Geburtsdatum: 14. September 1982
Geburtsort: Wien

Ausbildung

2004 bis 2013 Diplomstudium Afrikanistik an der Universität Wien
seit 2004 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung an der
Universität Wien
Auslandssemester an der Universität Leiden
Arbeitspraktikum an der Österreichischen Botschaft Abuja
1997-2002 Handelsakademie Schönborngasse, 1080 Wien
1992-1997 Schottengymnasium, 1010 Wien
1988-1992 Volksschule Knollgasse, 1170 Wien

Berufliches und andere Qualifikationen

2010 Junior Researcher für Afrika bei einer Wiener Consultingfirma mit
Feldforschung in Nigeria
seit 2011 Ausbildungsleiter beim Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband
Niederösterreich, Bezirksstelle Ernstbrunn-Korneuburg-Stockerau

Rettungssanitäter 13.03.2003

Notfallsanitäter 02.10.2004

Notfallkompetenz Arzneimittellehre 03.12.2006

Notfallkompetenz Venenzugang und Infusion 31.10.2007

AMLS-Provider 26.08.2012